



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien

Jahresfinanzbericht
Gem. § 124 Abs. 1 Börsegesetz
der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Wien

Zum Stichtag 31. März 2019

Für das Geschäftsjahr 2018/19

INHALTSÜBERBLICK:

**Teil A: GESCHÄFTSBERICHT DER ÖSTERREICHISCHE
STAATSDRUCKEREI HOLDING AG FÜR DAS
GESCHÄFTSJAHR 2018/19**

- **Geprüfter Konzernabschluss**
- **Konzernlagebericht**
- **Erklärung der gesetzlichen Vertreter**

**Teil B: EINZELABSCHLUSS DER ÖSTERREICHISCHE
STAATSDRUCKEREI HOLDING AG FÜR DAS
GESCHÄFTSJAHR 2018/19**

- **Geprüfter Einzelabschluss**
- **Lagebericht**
- **Erklärung der gesetzlichen Vertreter**



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien

Teil A:

**GESCHÄFTSBERICHT DER ÖSTERREICHISCHE
STAATSDRUCKEREI HOLDING AG**

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2018/19

Österreichische Staatsdruckerei
Holding AG

Geschäftsbericht 2018/19

OSD

OESTERREICHISCHE STAATSDRUCKEREI

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Geschäftsbericht 2018/19

Inhalt

Die wichtigsten Konzernkennzahlen im Überblick	5
Das Unternehmen	7
Vorwort des Vorstandes	9
Konzern-Lagebericht 2018/19	13
1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Konzerns	13
1.1. Geschäft und Rahmenbedingungen sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren	13
1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage	15
1.3. Finanzlage	16
1.4. Vermögenslage	16
1.5. Mitarbeiter	17
1.6. Forschung und Entwicklung (Forschungsbericht)	18
1.6.1. F&E Hochsicherheitsdruck	18
1.6.2. F&E e-government	18
1.6.3. F&E Digitale Identität	18
1.7. Umwelt	19
1.8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftjahres	19
2. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens	19
3. Risikoberichterstattung	20
3.1. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten, denen der Konzern ausgesetzt ist	20
Absatz- und Umsatzrisiko	20
Operational-Risiko	20
Forschung und Entwicklung	21
Beschaffungsrisiko	21
Liquiditätsrisiko	21
Preisrisiko	21
3.2. Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten	21
4. Angaben gemäß § 243a UGB	22
Corporate Governance Bericht 2018/19	26

IFRS-Konzernabschluss	31
A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden	39
B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung	66
C Sonstige Angaben zum Konzernabschluss	89
Bestätigungsvermerk	103
Bericht des Aufsichtsrates	111
Vorschlag für die Gewinnverteilung	112
Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 124 Abs. 1 BörseG	113



SMART IDEA: SMARTPHONE ID.

A hand holds a tablet displaying the MIA app interface. The screen shows a stylized fingerprint icon with the letters 'MIA' below it. The text 'DIGITALE IDENTITÄTEN SICHER MANAGEN' is visible at the bottom of the app screen. In the background, a smartphone displays the app's home screen, which includes a user profile picture and several green buttons for different services.

With My Identity App (MIA)

you have all your IDs, always
readily available on your smartphone.



SECURELY MANAGING
DIGITAL IDENTITIES

mia.at | facebook.com/MIAbyOeSD

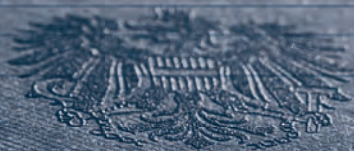
Die wichtigsten Konzernkennzahlen im Überblick:

		2018/19	2017/18
Umsatzerlöse	TEUR	43.468	46.778
Exportanteil	%	10,1%	10,7%
EBITDA	TEUR	6.852	11.239
Betriebsergebnis (EBIT)	TEUR	4.902	9.280
Ergebnis vor Steuern	TEUR	4.633	8.896
Periodenergebnis	TEUR	3.351	3.308
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	TEUR	21.983	22.260
Eigenkapitalquote	%	39,0%	38,5%
Fremdkapital	TEUR	34.344	35.562
Fremdkapitalquote	%	61,0%	61,5%
Personalstand im Durchschnitt			
		154	148
Anzahl der ausgegebenen Aktien	Stück	7.500.000	7.500.000
davon Eigene Aktien			
(Staatsdruckerei Mitarbeiter			
Privatstiftung und Rückkauf)	Stück	592.500	592.500
Angaben pro Aktie			
Ultimokurs	EUR	17,90	17,20
Periodenergebnis	EUR	0,49	0,48
Dividende	EUR	0,53 ¹	0,52

¹ Vorschlag für die Gewinnverwendung an die Hauptversammlung

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wurde auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung wie z. B. Teilnehmer/Innen, verzichtet. Entprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.

OSD



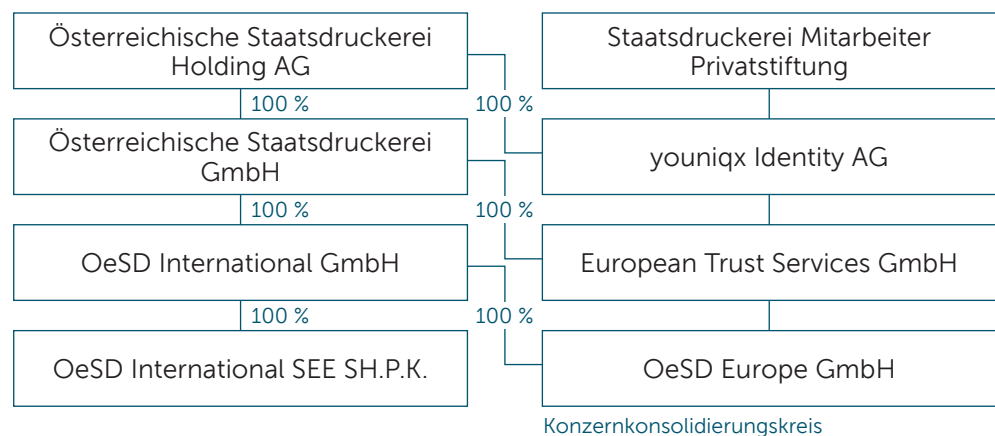
REISEPASS
EUROPÄISCHE UNION
REPUBLIK ÖSTERREICH

REISEPASS

Das Unternehmen

Die Österreichische Staatsdruckerei (OeSD) verfügt über mehr als 200 Jahre Erfahrung auf den Gebieten Identitätsmanagement und Sicherheitsdruck. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und ihre Konzernunternehmen (OeSD Gruppe) sind Anbieter von gesamtheitlichen Identitätsmanagementlösungen. Wir entwickeln und produzieren Hochsicherheitsidentitätsdokumente, wie z. B. den Reisepass mit Chip und biometrischen Sicherheitsmerkmalen, den Scheckkartenführerschein, den Personalausweis, den biometrischen Aufenthaltstitel mit Chip und den Scheckkartenzulassungsschein. Die Geschäftstätigkeit der OeSD Gruppe umfasst die Beratung für die Entwicklung, Implementierung und Verwaltung von Identitätsmanagementsystemen einschließlich Daten- und IT-Sicherheit und Biometrie und die Personalisierung von ID-Dokumenten sowie die damit zusammenhängende Logistik. Ein weiteres Geschäftsfeld ist die Produktion von fälschungssicheren Blankosicherheitsdokumenten und anderen Hochsicherheitsdruckprodukten. Neben zahlreichen internationalen Preisen ist die OeSD als „High Security Printer“ zertifiziert. Die OeSD Gruppe beliefert und betreut Kunden in mehr als 60 Staaten auf fünf Kontinenten.

Konzern Organigramm



Organe der Gesellschaft

Der Aufsichtsrat

Dr. Johannes Strohmayer
Vorsitzender

Dr. Wilfried Stadler
Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof
Stellvertreter des Vorsitzenden

Martin Smit

Thomas Sperlich

Der Vorstand

Ing. Robert Schächter
Vorsitzender

Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Mag. Lukas Praml
Vorstandsmitglied



Mag. Lukas Praml, Ing. Robert Schächter, Mag. Helmut Lackner

Vorwort des Vorstandes der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Verehrte Aktionärinnen und Aktionäre!

Der Geschäftsgang war im Geschäftsjahr 2018/19 überaus stark - obwohl der Umsatz nach dem Rekordergebnis des Vorjahres im „Super-Passjahr“ erwartungsgemäß etwas niedriger ausgefallen ist. Das Unternehmen hat sich im vergangenen Geschäftsjahr zudem intensiv mit Vorarbeiten für Projekte befasst, die im kommenden Geschäftsjahr schlagend werden. Vor allem im internationalen Geschäft konnten substantielle Vertragsabschlüsse erzielt werden. Erfolgreich forciert wurde auch die Vermarktung der neuen, international vielbeachteten Produkte MIA und MICK. Mit CHAINLOCK wurde im November 2018 ein weiteres hochinnovatives Produkt vorgestellt.

Solides Geschäftsergebnis und unveränderte Dividendenpolitik

Der Umsatz lag bei TEUR 43.468 nach TEUR 46.778 im Vorjahr. Während das Ergebnis im Vorjahr durch mehrere wesentliche Einmaleffekte (Super-Passjahr 2017, Vergleichszahlung der Republik Kosovo, Vorsorgebildung für Steuerprüfung) geprägt war, blieben diese 2018/19 aus. So konnte das Jahresergebnis mit TEUR 3.351 auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Die Dividendenpolitik wird mit dem Ziel einer Dividendenrendite von 3% unverändert weitergeführt. Der Vorstand wird daher in der Hauptversammlung eine gegenüber dem Vorjahr um 1 Cent erhöhte Dividende von EUR 0,53 pro Aktie vorschlagen.

Hochsicherheitsausweise für Österreich

Nach dem Super-Passjahr 2017 lag der Absatz bei den österreichischen Hochsicherheitsausweisen, die von der OeSD hergestellt werden – elektronischer Reisepass, Zulassungsschein, Personalausweis und Führerschein Card – im mehrjährigen Durchschnitt. Die Produktion erfolgte in gewohnt hoher Qualität und kurzer Lieferzeit.

Identitätslösungen für die ganze Welt

Während der internationale Umsatz des Geschäftsjahres 2018/19 auf Vorjahresniveau lag, konnten für die kommenden Jahre wichtige Erfolge erzielt werden. So konnten im Jänner 2019 die Vorarbeiten für einen Pass-Großauftrag mit einem Volumen von rund EUR 10 Mio. abgeschlossen und mit der Produktion begonnen werden. Erste Lieferungen erfolgten noch im Berichtsjahr, der überwiegende Lieferanteil entfällt aber auf das Geschäftsjahr 2019/20. Im November 2018 wurde mit einem afrikanischen Staat ein Vertrag über die Lieferung von Hard- und Software sowie Serviceleistungen für die Implementierung eines Personenregisters in der Höhe von EUR 13 Mio. abgeschlossen. Die Projektzeit beträgt zwei Jahre und beginnt nach kundenseitiger Erfüllung von aufschiebenden Bedingungen zu laufen.

Diese Großprojekte bestätigen und unterstreichen unsere internationale Wachstumsstrategie.

youniqx Identity AG: MIA, MICK und CHAINLOCK – Innovationen für die digitale Welt

Die im letzten Geschäftsjahr durch Abspaltung von der Österreichische Staatsdruckerei GmbH neu gegründete younix Identity AG hat ihre ersten Produkte MIA und MICK erfolgreich am Markt platziert. MICK, das Call Center für Video-Identifikation ist bereits für mehrere Kunden aktiv. Die Nachfrage nach dieser Dienstleistung reicht weit über den Bankenbereich hinaus. MIA, die weltweit erste App für digitale Ausweise wird bereits für erste staatliche Anwendungen genutzt. Nachdem digitale Ausweislösungen rechtliche Anpassungen auf Anwenderseite benötigen, gestalten sich Verkaufsprozesse naturgemäß etwas langfristiger. Dass die Zeit reif für digitale Ausweissysteme ist und unser Unternehmen dabei bestens aufgestellt ist, steht außer Frage.

CHAINLOCK wurde als hochsichere Lösung zur Verwahrung des Private Keys für auf Blockchain basierenden Anwendungen im Geschäftsjahr völlig neu entwickelt. Auch für diese Innovation gibt es großes Interesse und bereits erste Verkäufe.



Ausschreibung für österreichische Ausweisdokumente vor Abschluss

Seit Ende Juni 2018 läuft die Ausschreibung der Republik Österreich für österreichische Ausweisdokumente, die aufgrund einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs notwendig wurde. Der zweistufige Vergabeprozess sollte im Sommer 2019 abgeschlossen werden. Wir sind für diese Ausschreibung bestens aufgestellt und sehen der Vergabeentscheidung mit Zuversicht entgegen.

Gut gerüstet für die Zukunft

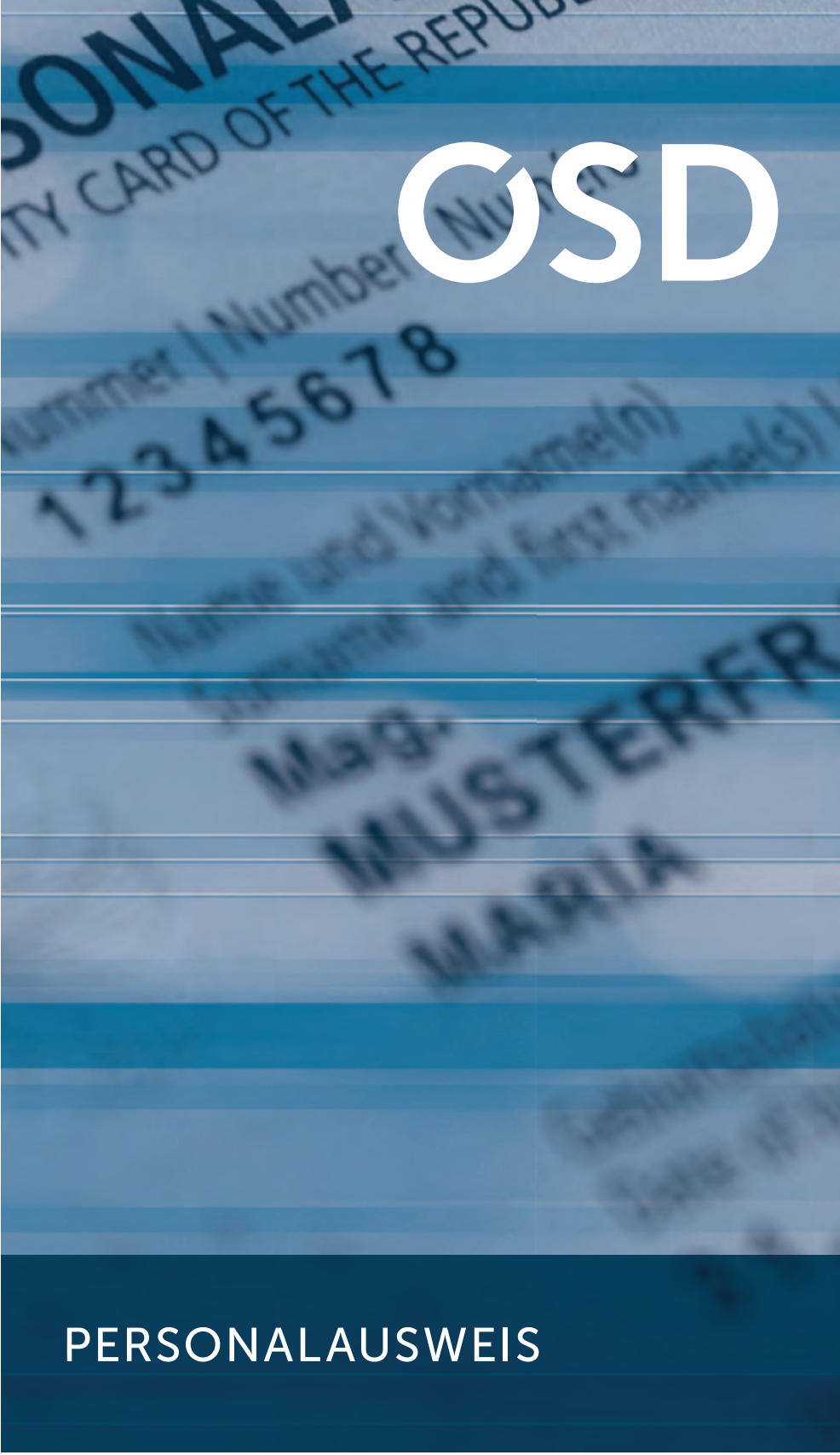
Die Österreichische Staatsdruckerei feiert 2019 ihr 215-jähriges Bestehen. Seit der Privatisierung vor jetzt beinahe 20 Jahren hat sich das Unternehmen von einer Druckerei zu einem technologie-orientierten Identitäts-Dienstleistungsunternehmen entwickelt, das sich im weltweiten Wettbewerb behauptet. Mit unseren Leistungen 2018/19 haben wir diesen Weg konsequent fortgesetzt. Wir sehen uns für die Zukunft bestens gerüstet. Unser Dank gilt vor allem unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ohne die diese positive Entwicklung nicht möglich wäre.

Wir laden Sie herzlich ein: Machen Sie sich mit dem vorliegenden Geschäftsbericht ein hochsicheres Bild von unserem Unternehmen, unseren Arbeitsschwerpunkten und unserem Geschäftserfolg 2018/19.

Wien, Juni 2019



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



ÖSD

PERSONAL AUSWEIS

Konzern-Lagebericht 2018/19

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Konzerns

1.1. Geschäft und Rahmenbedingungen sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Geschäftsjahr 2018/19 betrifft den Zeitraum 01.04.2018 bis 31.03.2019. Sämtliche in diesem Lagebericht dargestellten Jahresabschlusszahlen basieren auf IFRS-Werten.

Alle Angaben erfolgen in TEUR. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechnungsgenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG umfasst neben der Gesellschaft selbst wie im Vorjahr die Österreichische Staatsdruckerei GmbH (OeSD), die OeSD International GmbH, die OeSD International SEE SH.P.K. (Kosovo), die OeSD Europe GmbH, die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung sowie die im Vorjahr neu gegründeten Gesellschaften younix Identity AG und European Trust Services GmbH.

Die younix Identity AG entstand durch Abspaltung des Teilbetriebs „Innovations“ von der OeSD in eine neue Gesellschaft, die im 100%-Eigentum der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG steht und somit ein Schwesterunternehmen der OeSD ist. Die Abspaltung wurde am 22.11.2017 im Firmenbuch eingetragen. Die younix Identity AG betreut innerhalb des OeSD-Konzerns das Geschäft mit der elektronischen Identität sowie damit in Verbindung stehender Innovationen. Die European Trust Services GmbH ist ein Joint Venture mit der Cryptas International GmbH, an der die OeSD 51% des Stammkapitals hält. Die Gesellschaft ist als Trust Center tätig.

Seit 11.11.2011 notieren die 7.500.000 auf Inhaber lautende Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment „Standard Market Auction“. Kernaktionäre der Gesellschaft sind mit einem Anteil von 45,6% die GRT Privatstiftung und 45,7% die G3 Industrie Privatstiftung sowie mit einer Beteiligung von 4,9% die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Bei den von der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gehaltenen Aktien handelt es sich aus Sicht des Konzerns um eigene Anteile. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hielt während des gesamten Berichtsjahres 225.000 eigene Aktien, dies entspricht 3% der ausgegebenen Aktien.

Mitglieder des Konzernvorstands waren im Berichtsjahr Herr Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Herr Mag. Helmut Lackner und Herr Mag. Lukas Praml.

Dem Aufsichtsrat gehörten folgende Personen an: Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Dr. Wilfried Stadler (Vorsitzender-Stv.), Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof (Vorsitzender-Stv.), Martin Smit (Arbeitnehmervertreter) und Thomas Sperlich (Arbeitnehmervertreter). Im Geschäftsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsrats-sitzungen und zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist Anbieter von gesamtheitlichen Identitätsmanagementleistungen. Dies umfasst die Entwicklung und Herstellung von Sicherheitsdokumenten, bei deren Herstellungsprozess Geheimhaltung bzw. die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften geboten ist (Sicherheitsdruck, z. B. elektronische Reisepässe), die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen (z. B. Personalisierung und Consulting) sowie die Bereitstellung integrierter Identitätsmanagementsysteme. Die beschriebenen Leistungen werden durch die beiden Geschäftssegmente „Security Print“ und „e-government“ erbracht. Ziel ist es den Konzern als Kompetenzzentrum für sichere Identität für Regierungen und Wirtschaft in einer digitalen Welt zu positionieren.

Die Produktion erfolgt zentral am Unternehmensstandort 1230 Wien, Tenschartstraße 7, auf einer Betriebsfläche von rund 7.000 Quadratmeter.

Im Berichtsjahr lag der Umsatz bei EUR 43.468 (im Vorjahr TEUR 46.778). Es wurden 1,3 Mio. Reisepässe (im Vorjahr 1,5 Mio.), 1,0 Mio. ID-Cards (im Vorjahr 1,1 Mio.), 1,3 Mio. Visa (im Vorjahr 2,3 Mio.) und 5,4 Mio. Gutscheine (im Vorjahr 8,0 Mio.) abgesetzt. Der Inlandsumsatz betrug TEUR 39.078 (im Vorjahr TEUR 41.754), der Auslandumsatz erreichte TEUR 4.390 (im Vorjahr TEUR 5.024).

Der Umsatzrückgang im Inland resultiert insbesondere aus der geringeren Produktion österreichischer Reisepässe gegenüber dem Geschäftsjahr 2017/18, da das Jahr 2017 ein Megapassjahr mit einer ungewöhnlich hohen Nachfrage nach österreichischen Reisepässen war. Die Nachfrage nach den übrigen österreichischen Hochsicherheitsausweisen, die von der OeSD hergestellt werden, wie z. B. Zulassungsschein, Personalausweis und Führerschein Card blieb im Wesentlichen auf Vorjahresniveau.

Der Auslandsumsatz war zwar rückläufig, ist jedoch vor dem Hintergrund der laufenden Produktion eines Reisepass-Großauftrages zu sehen, der zum Großteil im folgenden Geschäftsjahr 2019/20 zur Auslieferung kommt und zu deutlich höheren Umsätzen führen wird.

Der Entwicklungsschwerpunkt des Konzerns lag wie in den Vorjahren bei Lösungsentwicklungen für eine sichere digitale Identität und konkreter Umsetzungsmöglichkeiten, die in der younix betreut werden. Die aktuell wesentlichen Produkte der younix Identity AG sind MIA (My Identity App), MICK (My Identity Check) sowie die im November 2018 vorgestellte CHAINLOCK. MIA ist ein digitales Ausweissystem, das verschiedene Ausweisdokumente in einer App integriert.

Die Ausweise können auf dem Smartphone gezeigt werden, ohne dass persönliche Daten dort gespeichert werden. MICK nutzt die Technik der Video-Identifizierung von Personen um sichere Identitäten zweifelsfrei festzustellen, ohne die Notwendigkeit physischer Präsenz der Ausweise oder der zu identifizierenden Person. CHAINLOCK ist eine hochsichere Lösung zur Verwahrung des Private Keys für auf Blockchain basierenden Anwendungen. Diese hochinnovativen Produkte stehen am Beginn ihres Produktlebenszyklus und wir erwarten ein entsprechendes Wachstum. MIA wurde in mehreren Testbetrieben erfolgreich eingesetzt und es gibt bereits zwei Anwendungen für Kunden. MICK und CHAINLOCK wurden erfolgreich bei mehreren Kunden gestartet.

1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage

Die Summe aus den Umsatzerlösen (TEUR 43.468, im Vorjahr TEUR 46.778), den Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (TEUR 669, im Vorjahr TEUR 8), anderen aktivierten Eigenleistungen (TEUR 825, im Vorjahr TEUR 308) sowie der sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 350, im Vorjahr TEUR 3.033) ergab Gesamterträge in Höhe von TEUR 45.312 (im Vorjahr TEUR 50.127). Der Anstieg der Bestandsveränderungen resultiert aus der starken Auftragslage des folgenden Geschäftsjahres. Die hohen sonstigen betrieblichen Erträge des Vorjahres stammen überwiegend aus dem Einmaleffekt der Vergleichszahlung der Republik Kosovo (TEUR 2.910).

Der Materialaufwand sank aufgrund des niedrigeren Umsatzes von TEUR 20.788 im Vorjahr auf TEUR 20.284. Der Personalaufwand stieg leicht von TEUR 12.527 im Vorjahr auf TEUR 12.610. Die Abschreibungen (TEUR 1.950, im Vorjahr TEUR 1.959) und der sonstige betriebliche Aufwand (TEUR 5.567, im Vorjahr TEUR 5.572) blieben auf Vorjahresniveau.

Das Betriebsergebnis lag somit bei TEUR 4.902 (im Vorjahr TEUR 9.280). In beiden Geschäftssegmenten kam es zu EBIT-Rückgängen. Das Segment EBIT e-government betrug TEUR 2.489 (im Vorjahr TEUR 3.840) und das Segment EBIT Security Print lag bei TEUR 2.413 (im Vorjahr TEUR 5.440). Da der Vorjahres-Einmaleffekt Kosovo (TEUR 2.910) das Segment Security Print betraf, fiel hier der Rückgang entsprechend stark aus.

Nach Abzug des Finanzergebnisses (TEUR -269, im Vorjahr TEUR -385) und der Ertragsteuern (TEUR -1.282, im Vorjahr TEUR -5.588) ergab sich ein Periodenergebnis von TEUR 3.351 (im Vorjahr TEUR 3.308). Der Steueraufwand war im Vorjahr durch die Bildung einer Rückstellung für mögliche Körperschaftsteuernachzahlungen in Höhe von TEUR 3.351 maßgeblich erhöht. Die Rückstellungsbildung im Vorjahr beruhte auf den zu erwartenden Feststellungen der damals noch laufenden steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 2010 bis 2012 in der die Finanzverwaltung zur Auffassung gelangte, dass der Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH aus dem Jahr 2007 nicht zu einer Firmenwertabschreibung berechtigt. Zwischenzeitlich ist die Steuerprüfung abgeschlossen und die zu erwartende Feststellung liegt nunmehr auch als Bescheid vor. Die OeSD teilt die Rechtsauffassung der Finanzbehörde nicht und bekämpft diesen Bescheid. Daher wird die Rückstellung fortgeführt und zum 31.03.2019 neu berechnet.

Unter Berücksichtigung des sonstigen Gesamtergebnisses nach Steuern von TEUR -55 (im Vorjahr TEUR 18) betrug das Gesamtergebnis TEUR 3.296 (im Vorjahr TEUR 3.326).

1.3. Finanzlage

Der Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit betrug im Berichtsjahr TEUR 3.467 (im Vorjahr TEUR 12.122). Der Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit des Vorjahrs war durch die Zahlung der Republik Kosovo in der Höhe von TEUR 4.950 deutlich erhöht. Den Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit des Berichtsjahres drückt ein Vorratsaufbau von TEUR 2.214 (im Vorjahr ein Abbau von TEUR 771) aufgrund der starken Auftragslage des kommenden Geschäftsjahres.

Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit belief sich auf TEUR -1.658 (im Vorjahr TEUR -1.141). Die Investitionen betrafen im Wesentlichen das Betriebsgebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Hard- und Software.

Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit betrug TEUR -6.326 (im Vorjahr TEUR -8.150) und setzte sich zusammen aus der Abnahme der Geldkredite (TEUR -2.446, im Vorjahr -4.700) und der Abnahme von Leasingverbindlichkeiten (TEUR -288, im Vorjahr TEUR -341), sowie der Dividendenausschüttung - von TEUR -3.592 (bereits gekürzt um die Auszahlung an die Mitarbeiter im Wege der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung in Höhe von TEUR 191, die aufgrund der Darstellung im Personalaufwand bereits im Cash Flow der betrieblichen Tätigkeit erfasst ist – im Vorjahr betrug die Dividendenausschüttung TEUR 3.108).

Der Finanzmittelbestand exklusive Wertberichtigungen sank somit in Summe um TEUR 4.517 (stieg im Vorjahr um TEUR 2.831) und betrug zum Bilanzstichtag TEUR 5.012 (im Vorjahr TEUR 9.534).

1.4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme sank im Berichtsjahr um TEUR 1.495 und beträgt zum 31.03.2019 TEUR 56.327 (im Vorjahr TEUR 57.822).

Das langfristige Vermögen sank um TEUR 267 auf TEUR 35.623 (im Vorjahr TEUR 35.890). Das kurzfristige Vermögen sank um TEUR 1.228 auf TEUR 20.704 (im Vorjahr TEUR 21.932).

Auf der Passivseite stieg das langfristige Fremdkapital um TEUR 1.905 und betrug zum 31.03.2019 TEUR 13.172 (im Vorjahr TEUR 11.267). Ursache hierfür war die Verlängerung eines ablaufenden Bankkredits.

Das kurzfristige Fremdkapital sank um TEUR 3.123 und betrug zum 31.03.2019 TEUR 21.171 (im Vorjahr TEUR 24.295). Der Rückgang stammt im Wesentlichen aus der Reduktion der kurzfristigen Bankkredite um TEUR 4.441 einerseits durch Tilgungen und andererseits durch die Verlängerung eines ablaufenden Bankkredits.

Das Eigenkapital sank um TEUR 277 auf TEUR 21.983 (im Vorjahr TEUR 22.260). Die Eigenkapitalveränderung resultiert aus dem Gesamtergebnis von TEUR 3.295 abzüglich der Dividendenzahlung korrigiert um die Auszahlung an die Mitarbeiterstiftung von TEUR 3.592.

Zum 31.03.2019 beträgt die Konzerneigenkapitalquote 39,0% (im Vorjahr 38,5%).

1.5. Mitarbeiter

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer betrug 154 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um sechs Personen erhöht. Von den 154 Mitarbeitern waren 56 Arbeiter (im Vorjahr 58), 98 Angestellte (im Vorjahr 90). Im Berichtsjahr wurden vier Lehrlinge (im Vorjahr drei) ausgebildet.

Der Anteil weiblicher Mitarbeiter im Konzern betrug 28% (im Vorjahr 30%). Die Frauenquote bei den Führungskräften beträgt 24% (im Vorjahr 25%). Aufgrund der hohen Anforderungen an die Arbeitnehmer bezüglich Fachwissen und Vertraulichkeit ist der Konzern bemüht die Mitarbeiter langfristig an das Unternehmen zu binden. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug wie im Vorjahr 43 Jahre. Die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit lag wie im Vorjahr bei 13 Jahren. Die Fluktuationsrate bereinigt um Pensionierungen lag bei 8% (im Vorjahr 4%).

Um die Attraktivität als Arbeitgeber weiter zu steigern, wurde im März 2012 die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gegründet, die mit 4,9% an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beteiligt ist und Dividendenzahlungen der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an die Mitarbeiter der OeSD auszahlt. Damit partizipieren die Arbeitnehmer am finanziellen Erfolg und Wachstum des Unternehmens. Im Geschäftsjahr 2018/19 wurden TEUR 191 an 112 anspruchsberechtigte Mitarbeiter ausbezahlt (im Vorjahr TEUR 165 an 122 Mitarbeiter). Die Anspruchsberechtigung setzt eine Betriebszugehörigkeit von mehr als zwei Jahren voraus. Der Rückgang der Zahl der Begünstigten resultiert aus der Abspaltung der younix identity AG aus der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, deren Mitarbeiter nicht dem Begünstigtenkreis der Stiftung angehören.

Die OeSD ist zertifiziert mit dem Audit Beruf und Familie und setzt entsprechende Aktivitäten um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu erhöhen. Im Berichtsjahr fand eine Reauditierung statt.

Der dort festgelegte Maßnahmenplan umfasst fünf Handlungsfelder: Aufnahme von Vereinbarkeit von Familie und Beruf ins Führungskräfteleitbild, Führungskräftebeurteilung, verstärkte Intranet-Nutzung zur Kommunikation im Unternehmen und weiße Tafel zur Mitarbeiterkommunikation sowie betriebspezifische Unterstützung der Mitarbeiter zur Aufrechterhaltung der Gesundheit und Employability. Letztgenannte Maßnahme steht auch im Zusammenhang damit, dass der OeSD am 24.03.2017 das Gütesiegel für betriebliche Gesundheitsförderung für die Jahre 2017-19 verliehen wurde. Weiters erhielt die OeSD das Milizgütesiegel vom österreichischen Bundesheer verliehen.

Die Personalentwicklung wird mittels bedarfsorientierter Fördermaßnahmen sichergestellt. Die Bedarfserhebung erfolgt insbesondere im Rahmen des jährlichen Mitarbeitergesprächs.

1.6. Forschung und Entwicklung (Forschungsbericht)

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Konzerns dienen der Stärkung der Kernkompetenzen Hochsicherheitsdruck, e-government und Identitätsmanagement. Ein wesentlicher Innovationsschwerpunkt lag dabei in den letzten Jahren auf der Entwicklung der digitalen Identität (digitaler Ausweis). Mit MIA (My Identity APP) stellte der Konzern am 12.11.2015 sein digitales Ausweissystem vor, das laufend weiterentwickelt wurde.

1.6.1. F&E Hochsicherheitsdruck

Im Hochsicherheitsdruck wird am Einsatz und der Weiterentwicklung von Sicherheitsmerkmalen gearbeitet. Seit 2010 existiert ein modernes Forschungs- und Qualitätszentrum mit nunmehr sechs Mitarbeitern. Mit Spezialgeräten wird die Qualität der Vormaterialien und Endprodukte überprüft. Parallel werden neue Verfahren zur Fälschungssicherheit entwickelt.

Mit der 2016 neu angeschafften modernen Intaglio-Druckmaschine können neue Sicherheitsfeatures angeboten werden.

1.6.2. F&E e-government

Der Bereich e-government entwickelt Software, die für Steuerung, Optimierung und Qualitätskontrolle von Personalisierungsprozessen eingesetzt wird. Weiters werden im Bereich e-government neue Sicherheitstechnologien im Bereich der Kryptografie, Steganografie und der Wasserzeichen gemeinsam mit Partnern entwickelt und getestet.

1.6.3. F&E Digitale Identität

Zur Unterstützung der Aktivitäten zur elektronischen Identität und entsprechender webbasierender Lösungen ist die Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Geschäftsjahr 2014 der FIDO Alliance beigetreten. Dabei handelt es sich um eine Allianz aller namhaften weltweit tätigen IT-Unternehmen, die das Ziel hat Softwarestandards für einfachen Login ohne Username/Password zu entwickeln.

Die Mitgliedschaft in der FIDO Alliance stellt einen wichtigen Baustein im Rahmen der Entwicklung eines umfassenden Identitätsmanagements dar. Erst durch die standardisierte Einführung und Verwendung von biometrischen Merkmalen zur sicheren Authentifizierung im Web wird die Grundlage für tatsächlich sichere digitale Identitäten und deren einfache Verwendung ermöglicht. Die Österreichische

Staatsdruckerei GmbH liefert vor allem in den Bereichen Privacy und Datenschutz ihr Know-how in die entsprechenden Arbeitsgruppen der FIDO Alliance ein.

Mit der Präsentation von MIA (My Identity App) am 12.11.2015 stellte der Konzern seine Lösung für ein digitales Ausweissystem vor. MIA integriert alle Ausweisdokumente in einer App. Die Ausweise können auf dem Smartphone gezeigt werden, ohne dass persönliche Daten dort gespeichert werden. Zeitgleich mit der Präsentation begann auch die Vermarktung des Systems. MIA wurde mittlerweile in mehreren Testbetrieben erfolgreich eingesetzt und es gibt bereits zwei Anwendungen bei Kunden. MIA wird laufend weiterentwickelt und den neuesten technologischen Standards angepasst.

Im Berichtsjahr wurde CHAINLOCK entwickelt und im November 2018 präsentiert. CHAINLOCK ist eine weltweit einzigartige hochsichere Lösung zur Verwahrung des Private Keys für auf Blockchain basierenden Anwendungen.

1.7. Umwelt

Die OeSD hat ein Umweltmanagementsystem gemäß ISO 14001 eingerichtet. Das erstmalige Audit fand am 19.04.2011 statt, die letzte Rezertifizierung erfolgte im März 2018. Die wesentlichen Umweltziele sind die Reduktion des Ressourceneinsatzes (Energie, Papier), die Optimierung der Brandschutzmaßnahmen sowie der Arbeitnehmerschutz.

1.8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Bilanzstichtag kamen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung vor.

2. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für das Kerngeschäft in Österreich – den Sicherheitsdokumenten – bestehen seit vielen Jahren aufrechte Lieferverträge mit der Republik Österreich. Mit Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen die Republik Österreich vom 20. März 2018 hat der EUGH wegen der direkten Vergabe von Dienstleistungsaufträgen an den Konzern eine Vertragsverletzung festgestellt. Am 22. Juni 2018 wurden sämtliche Hochsicherheitsausweise der Republik Österreich EU-weit ausgeschrieben. Das Vergabeverfahren läuft zweistufig: Nach der Präqualifikation wird mit den qualifizierten Bietern verhandelt. Aktuell läuft das Verhandlungsverfahren. Aufgrund der Aussagen der vergebenden Stelle rechnen wir mit einem Zuschlag an den Bestbieter im Zuge des Sommers 2019.

Wir haben uns für die Verhandlungsrunde qualifiziert und sehen uns bestens gerüstet. Die Leistungen für die Republik Österreich sind von hoher Kundenzufriedenheit geprägt und der Konzern verfügt über hohes Know-how. Auswirkungen auf das Geschäft werden aufgrund der durch die Ausschreibung normierten Vorlaufzeiten frühestens für das Geschäftsjahr 2022/23 erwartet.

Die OeSD sieht weiterhin große Wachstumschancen im Ausland und will den Ausbau des internationalen Verkaufs fortsetzen.

Für das Geschäftsjahr 2019/20 erwarten wir das nationale Geschäft wieder auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2017/18, da die Absatzprognose für den österreichischen Reisepass über dem Berichtsjahr liegt und die Drucksorten für zwei Bundeswahlen zu liefern sind (EU Wahl 2019 und vorgezogene Nationalratswahl 2019). Das Auslandsgeschäft erwarten wir aufgrund eines großen Reisepassprojekts mit einem Umsatz von rund EUR 10 Mio. Somit rechnen wir insgesamt mit einem Umsatz um rund EUR 50 Mio. und einer EBIT-Quote zwischen 12 und 15%.

3. Risikoberichterstattung

3.1. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten, denen das Unternehmen ausgesetzt ist

Absatz- und Umsatzrisiko

Ein großer Teil der Produkte des Konzerns hat die Republik Österreich als Abnehmer, so dass die Absatzmengen und Umsatzerlöse des Konzerns maßgeblich von der Fortsetzung der Geschäftsbeziehungen mit der Republik Österreich beeinflusst werden.

Nachdem die Republik Österreich, wie in Abschnitt 2 dargestellt, den Großteil ihrer Leistungen ausgeschrieben hat, besteht das Risiko, dass Marktanteile im nationalen Geschäft verloren werden oder dass das Preisniveau sinkt. Auswirkungen auf das Geschäft werden aufgrund langer Vorlaufzeiten, die die Ausschreibung im Falle eines Bieterwechsels vorsieht, frühestens für das Geschäftsjahr 2022/23 erwartet.

Operational-Risiko

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH ist nach ISO 9001 zertifiziert. Die letzte Rezertifizierung fand im März 2018 statt. Darüber hinaus ist die Österreichische Staatsdruckerei GmbH von der International Confederation for Printing and Allied Industries (Intergraf) als „High Security Printer“ zertifiziert. Das letzte Überwachungsaudit im Rahmen der ISO 14298 fand im Juli 2018 statt. Erstmals zum 06.11.2017 wurde die OeSD gemäß der ISO 22301 Business Continuity Management zertifiziert. Mit diesem zertifizierten Qualitäts- und Sicherheitsmanagement wird das Operational Risiko minimiert.

Zur Minimierung möglicher Risiken aus der Informationstechnologie setzen wir moderne Hardware und aktuelle Software ein. Im Jahr 2004 wurde die Software „SAP“ erfolgreich eingeführt und seither laufend erweitert. Höchstes Augenmerk wird auf IT-Security und Datenschutz gelegt. Dem Rechnung tragend hat sich die OeSD im Dezember 2012 erstmals dem ISO-Audit 27001 Informationssicherheit unterzogen und wurde erfolgreich zertifiziert. Die Rezertifizierung fand im Dezember 2018 statt.

Darüber hinaus wurde in Abstimmung mit dem österreichischen Innenministerium ein Datenschutzbeirat eingerichtet, der insbesondere den Umgang mit persönlichen Daten bei der Herstellung von Ausweisdokumenten in der OeSD überwachen und optimieren soll.

Forschung und Entwicklung

Da unsere Forschung und Entwicklung sehr anwendungsbezogen und größtenteils durch unser eigenes Personal erfolgt, sehen wir derzeit kein Risiko, dass konkrete Projekte nicht fortgeführt werden oder die Zulassung für daraus hervorgehende Produkte nicht erteilt wird.

Beschaffungsrisiko

Bei der Lieferantenauswahl sind Qualität und Liefersicherheit die wesentlichen Entscheidungskriterien. Für die wesentlichen Materialien und Dienstleistungen bestehen mittel- und langfristige Liefervereinbarungen. Soweit möglich wird eine Second-Source-Strategie verfolgt, sodass Lieferausfälle vermieden werden. Zur Absicherung von Gewährleistungs- und Garantieansprüchen werden entsprechende Haftrücklässe einbehalten.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, sich nicht jederzeit Finanzmittel beschaffen zu können, um eingegangene Verbindlichkeiten zu begleichen. Die Beherrschung des Liquiditätsrisikos in der OeSD erfolgt durch vorausschauende Liquiditätsplanung, die Vereinbarung ausreichender Kreditlinien sowie die ausreichende Diversifizierung der Kreditgeber.

Preisrisiko

Im nationalen Markt existierten bislang langfristige Lieferverträge mit unseren Kunden, mit indexierten Verkaufspreisen. Aufgrund der laufenden Ausschreibung besteht das Risiko, dass das Preisniveau mittelfristig sinkt oder Marktanteile verloren gehen. Auf der Beschaffungsseite existieren für die wesentlichen Vorprodukte mittel- und langfristige Rahmenverträge, die starke Preisschwankungen verhindern.

3.2. Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten

Da die OeSD zum überwiegenden Teil öffentliche Stellen als Kunden hat, war das Forderungsausfallsrisiko in den letzten Jahren sehr gering.

Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen in Euro, sodass das Fremdwährungsrisiko sehr gering ist.

Im Berichtsjahr wurden wie auch im Vorjahr keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

4. Angaben gemäß § 243a UGB

Zusammensetzung Kapital, Maßgebliche Aktionäre und Angaben zur Ausübung von Stimmrechten (§ 243a Abs. 1 UGB)

Das Grundkapital der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt.

Gemäß § 243a Abs. 1 Z 3 UGB anzugebende Aktionäre mit einer Beteiligung von zumindest 10% sind die GRT-Privatstiftung mit 45,6% und die G3 Industrie Privatstiftung mit 45,7%.

Die im März 2012 gemeinsam mit der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG errichtete Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung hält einen Anteil von 4,9%. Jede Verfügung über diese Anteile durch die Stiftung (z. B. Verkauf, Verpfändung, Schenkung usw.) bedarf der Zustimmung durch die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG.

Die Stiftung wird durch den Stiftungsvorstand vertreten. Vorsitzender des Stiftungsvorstands ist Mag. Helmut Lackner, der auch Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist. Bei der Ausübung ihrer Stimmrechte wird die Stiftung durch den Stiftungsvorstand vertreten.

In der Hauptversammlung vom 21.07.2017 wurde der Vorstand für die Dauer von 30 Monaten zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 sowie Abs. 1a und 1b AktG bis zu maximal 10% des Grundkapitals ermächtigt. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen oder wieder zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen oder auf Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit § 153 Abs. 3 und 4 AktG ist, unbeschadet der Bestimmung des § 65 Abs. 1b letzter Satz AktG, die Verwendung von erworbenen eigenen Aktien zum Zwecke der Bedienung von Mitgliedern des Vorstands gewährten Aktienoptionen im Ausmaß von maximal bis zu 225.000 Aktien gestattet, wobei diesfalls das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist.

Schließlich wurde der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ermächtigt, erworbene eigene Aktien gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit §§ 169 bis 171 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf jede andere gesetzliche Art, auch außerbörslich zu veräußern, wobei der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht (das Wiederkaufsrecht) der Aktionäre ausschließen kann.

Mit diesem Beschluss wurde der vorangegangene Hauptversammlungsbeschluss vom 11.07.2014 ersetzt.

Bislang fanden zwei Aktienrückkaufprogramme statt:

Das erste Rückkaufprogramm fand von 30.09.2013 bis 18.10.2013 statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 11,80 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 11,80 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.328. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Das zweite Rückkaufprogramm fand von 04.09.2014 bis 19.09.2014 statt. Erneut wurden 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) erworben. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 12,10 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 12,10 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.361. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Die Gesellschaft hält somit in Summe 225.000 Stück eigene Aktien.

Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (§ 243a Abs. 2 UGB)

Unter dem internen Kontrollsystem (IKS) sind sämtliche aufeinander abgestimmte Methoden und Maßnahmen zu verstehen, die dazu dienen, das Vermögen zu sichern, die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Abrechnungsdaten zu gewährleisten und die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschäftspolitik zu unterstützen.

Das Risikomanagement umfasst sämtliche Prozesse, die der Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken sowie der Ergreifung von geeigneten Maßnahmen zur Risikokontrolle dienen.

Die Einrichtung eines angemessenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bzw. die Finanzberichterstattung liegt in der Verantwortung des Vorstands. Das am Sitz der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG angesiedelte Rechnungswesen ist für die Finanzbuchhaltung und das Controlling aller in den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG vollkonsolidiert einbezogenen Unternehmen zuständig. Das Rechnungswesen ist direkt dem Vorstand unterstellt.

Durch entsprechende organisatorische Maßnahmen wird sichergestellt, dass die gesetzliche Vorgabe, dass die Eintragungen in die Bücher und die sonstigen Aufzeichnungen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet zu erfolgen haben, erfüllt wird.

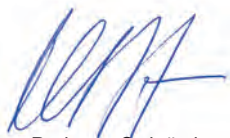
Der gesamte Prozess von der Beschaffung bis zur Zahlung unterliegt Regeln und Richtlinien, die die wesentlichen damit im Zusammenhang stehenden Risiken vermeiden sollen. Zu diesen Maßnahmen und Regeln zählen beispielsweise Funktionstrennungen, Unterschriftenordnungen, ausschließlich kollektive und auf

wenige Personen eingeschränkte Zeichnungsermächtigung für Zahlungen sowie systemunterstützte Prüfungen durch die verwendete SAP-Software. Durch dieses systematische Kontrollmanagement ist es gewährleistet, dass die Rechnungslegung der Gesellschaft in Einklang mit den nationalen und internationalen Rechnungslegungsstandards sowie internen Richtlinien steht.

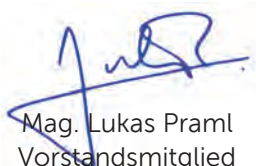
Zwischen Controlling und der Finanzbuchhaltung besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Informationen des internen und externen Rechnungswesens basieren auf derselben Datenbasis und werden monatlich für das Berichtswesen abgestimmt. Das Berichtswesen umfasst neben unmittelbar finanziellen Leistungsindikatoren (einschließlich Soll-Ist-Vergleiche) auch Informationen über sonstige für die Unternehmenssteuerung relevante Betriebskennzahlen. Auf Basis dieses standardisierten Finanzberichtswesens wird der Vorstand laufend über alle relevanten Sachverhalte informiert. Bei bedeutenden Ereignissen erfolgt eine unmittelbare anlassbezogene Berichterstattung an den Vorstand.

Der Aufsichtsrat wird in zumindest einer pro Quartal stattfindenden Aufsichtsratssitzung über den laufenden Geschäftsgang inklusive operativer Planung und mittelfristiger Strategie unterrichtet. In besonderen Fällen wird der Aufsichtsrat auch unmittelbar informiert. Die Überwachung des internen Kontrollsystems erfolgt durch regelmäßige Berichterstattung und Behandlung im Aufsichtsrat bzw. Prüfungsausschuss.

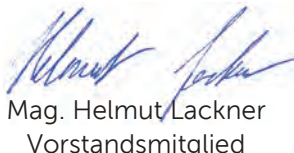
Wien, 11. Juni 2019



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Mag. Lukas Praml
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

OSD

A close-up photograph of a license plate being processed by a machine, overlaid with a semi-transparent orange filter. The license plate is partially visible, showing a portrait and some text. The machine's components, including a roller and a cutting mechanism, are visible below the plate.

FÜHRERSCHEIN

Corporate Governance Bericht 2018/19

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Unsere Gesellschaft, die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s), mit Sitz in 1230 Wien, deren Aktien zum Handel auf dem geregelten Markt im Sinn des § 1 Abs. 2 BörseG in Österreich zugelassen sind, erteilt folgenden Corporate Governance Bericht in Übereinstimmung mit § 243b bzw. § 267a des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB):

1. Unsere Aktien werden im Handelssegment „Standard Market Auction“ der Wiener Börse gehandelt.
2. Der in Österreich allgemein anerkannte Corporate Governance Kodex ist der vom österreichischen Arbeitskreis für Corporate Governance herausgegebene „Österreichische Corporate Governance Kodex“.
3. Der „Österreichische Corporate Governance Kodex“ kann unter www.corporate-governance.at im Internet angefordert und abgerufen werden.
4. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG bekennt sich zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Unternehmensführung. Unsere zentralen Werte Sicherheit und Vertrauen prägen seit jeher unser Handeln.

Die durch den Corporate Governance Kodex vorgegebenen Leitlinien zur Unternehmensführung werden somit im Laufe des langjährigen Bestehens unseres Unternehmens implementiert ohne sich dabei formal auf diesen Kodex zu beziehen.

5. Angaben zur Zusammensetzung des Vorstands

Name	Geburtsjahr	Funktion	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode
Ing. Robert Schächter	1958	Vorsitzender	29.07.2010	28.07.2020
Mag. Helmut Lackner	1968		29.07.2010	28.07.2020
Mag. Lukas Praml	1973		01.07.2017	28.07.2020

Die Vorstände üben keine konzernexternen Aufsichtsratsmandate aus.

6. Angaben zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Name	Geburts-jahr	Funktion	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode	Unabhängigkeit gem. C-Regel 53
Dr. Johannes Strohmayer	1950	Vorsitzender	14.07.2017	HV 2021	Nein
Dr. Wilfried Stadler	1951	Vorsitzender-Stellvertreter	14.07.2017	HV 2021	Ja
Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof	1955	Vorsitzender-Stellvertreter	14.07.2017	HV 2021	ja
Martin Smit	1972	vom Betriebs-rat entsendet	01.04.2015	n.a.	n.a.
Thomas Sperlich	1972	vom Betriebs-rat entsendet	01.03.2016	n.a.	n.a.

Dr. Johannes Strohmayer und Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof üben noch weitere Aufsichtsratsmandate in in- oder ausländischen kapitalmarktorientierten Gesellschaften aus. Dr. Johannes Strohmayer ist Mitglied des Aufsichtsrates bei Frauenthal Holding AG. Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof ist Mitglied des Aufsichtsrates bei DO & CO Aktiengesellschaft sowie bei Best in Parking Holding AG.

Die Vergütungen an die Aufsichtsratsmitglieder betrugen in Summe für das Geschäftsjahr 2018/19 TEUR 16. Die Aufsichtsräte Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof und Dr. Wilfried Stadler erhielten eine Vergütung von je TEUR 8. Dr. Johannes Strohmayer verzichtet auf eine Vergütung.

Die Kriterien der Unabhängigkeit für Aufsichtsratsmitglieder entsprechen den Kriterien der im Corporate-Governance Kodex, Anhang 1, angeführten Leitlinien und sind unter www.corporate-governance.at im Internet abrufbar. Ein Aufsichtsratsmitglied kann sich demnach als unabhängig erklären, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder deren Vorstand steht, die einen materiellen Interessenskonflikt begründet und daher geeignet ist, das Verhalten des Mitglieds zu beeinflussen.

7. Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2018/19 wurden vier ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats abgehalten.

8. Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss ist der einzige vom Aufsichtsrat eingerichtete Ausschuss und besteht per Oktober 2011 aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats. Im Geschäftsjahr 2018/19 fanden zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

9. Angaben zum Vorstand

Im Geschäftsjahr 2018/19 wurden 12 Sitzungen des Vorstandes abgehalten. Der Vorsitzende des Vorstandes Herr Ing. Robert Schächter verantwortet die Strategie, Konzernentwicklung und Kommunikation. Herr Mag. Helmut Lackner betreut die Bereiche International Sales, Produktion und Finanzen. Herr Mag. Lukas Praml ist zuständig für den Inlandsmarkt und Innovations.

10. Maßnahmen zur Förderung von Frauen in leitender Stellung

Es ist Ziel des Konzerns Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in leitenden Stellungen zu fördern, ohne jedoch Quoten festzulegen. Rund ein Drittel der Führungskräfte im Konzern sind weiblich.

11. Diversitätskonzept

Der Aufsichtsrat verfolgt für die Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat folgendes Diversitätskonzept gemäß § 243c Abs. 2 Z 2a UGB:

11.1. Besetzung des Vorstands:

Ziele:

Ziel des Diversitätskonzepts ist es, den Vorstand mit Persönlichkeiten zu besetzen, die aufgrund ihrer Ausbildung und Berufserfahrung in der Lage sind den OeSD Konzern bestmöglich zu führen und optimale Ergebnisse zu erzielen. Die Vorstandsmitglieder sollen sich dabei aufgrund ihrer unterschiedlichen Qualifikation und Erfahrung gegenseitig ergänzen.

Konzept:

- ♦ Die Besetzung einer Vorstandsposition erfolgt aufgrund der fachlichen Qualifikation für das entsprechende Ressort unter Berücksichtigung des bisherigen Lebenslaufs. Branchenkenntnisse sind von Vorteil.
- ♦ Der Vorstand soll in seiner Gesamtheit über eine langjährige Erfahrung auf den Gebieten Innovation, Produktion, Vertrieb, Finanzen und Informationstechnologie verfügen.
- ♦ Alter, Geschlecht und Herkunft einer Person spielen bei der Vorstandsbesetzung keine Rolle und führen weder zu einer Bevorzugung noch zu einer Benachteiligung im Auswahlverfahren.

Umsetzung:

Über die Besetzung von Vorstandspositionen entscheidet der Aufsichtsrat anhand der im Diversitätskonzept festgelegten Kriterien.

Ergebnisse im Berichtszeitraum:

Im Geschäftsjahr 2018/19 kam es zu keinen Änderungen in der Besetzung des Vorstands. Das Diversitätskonzept war im Geschäftsjahr 2018/19 aufgrund der Zusammensetzung des Vorstands erfüllt.

11.2. Besetzung des Aufsichtsrats

Ziele:

Ziel des Diversitätskonzepts ist, dass der Aufsichtsrat mit Personen besetzt ist, die sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Qualifikationen und Erfahrung gegenseitig ergänzen, sodass Strategie und Geschäftstätigkeit des OeSD Konzerns fachkundig und kritisch überwacht werden können.

Konzept:

- ♦ Analog zum Vorstand soll der Aufsichtsrat derart zusammengesetzt sein, dass die Expertise auf den Gebieten Innovation, Produktion, Vertrieb, Finanzen und Informationstechnologie abgedeckt ist.
- ♦ Dem Aufsichtsrat soll möglichst ein Mitglied angehören, das aufgrund seiner Vorerfahrung den OeSD Konzern sehr gut kennt.
- ♦ Diversitätsaspekte des Aufsichtsrats sind im Hinblick auf die Vertretung beider Geschlechter und der Altersstruktur angemessen zu berücksichtigen. Mit zunehmender Anzahl an Aufsichtsratsmitgliedern ist im erhöhten Ausmaß darauf zu achten.

Umsetzung:

Die Wahlvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung sollen die im Diversitätskonzept festgelegten Kriterien berücksichtigen.

Ergebnisse im Berichtszeitraum:

Im Geschäftsjahr 2018/19 kam es zu keinen Änderungen in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats. Das Diversitätskonzept war im Geschäftsjahr 2018/19 aufgrund der Zusammensetzung des Aufsichtsrats erfüllt.

12. Compliance Richtlinie

Mit einer konzernweit verpflichtenden Compliance-Richtlinie will der Konzern die missbräuchliche Verwendung von Insider-Informationen verhindern. Die Richtlinie basiert auf den aktuellen österreichischen Rechtsvorschriften und wird laufend an die aktuelle Gesetzgebung angepasst. Die Richtlinie gilt uneingeschränkt für alle Mitarbeiter des Konzerns, die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sowie externe Berater. Zu den Aufgaben des Compliance-Verantwortlichen zählt die Kontaktpflege zu den von der Richtlinie erfassten Personen, die Information zu Sperrfristen und Handelsverboten, die Einrichtung von Vertraulichkeitsbereichen, die Veröffentlichung von ad-hoc Meldungen sowie die Sicherstellung des korrekten Umgangs mit Compliance-relevanten Daten.

13. Code of Conduct

Der Aufsichtsrat hat in seiner 6. Sitzung am 14.02.2012 eine Verhaltensrichtlinie für den Konzern verabschiedet. Der Konzern verpflichtet sich darin, bei seinen unternehmerischen Aktivitäten seine gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Dabei werden die Gesetze und maßgeblichen Regeln der Länder beachtet, in denen der Konzern tätig ist. Die wesentlichen Grundsätze der Richtlinie sind Anti-Diskriminierung, Gesundheitsschutz, Umweltschutz, gewaltfreies Verhalten am Arbeitsplatz, korrekter Umgang mit fremdem geistigen Eigentum und Geschäftsgeheimnissen, die Ablehnung von Zwangs- und Kinderarbeit, die Einhaltung von Anti-Korruptionsbestimmungen sowie von Kartell- und Embargobestimmungen.

In der 10. Aufsichtsratssitzung am 05.03.2013 wurden eine Neufassung des Code of Conduct und eine Antikorruptionsrichtlinie auf Basis des Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetzes 2012 beschlossen.

In der Folge werden alle Mitarbeiter des Konzerns laufend über den neuen Code of Conduct, die Anti-Korruptionsrichtlinie, Kapitalmarkt-Compliance sowie das Informationssicherheitsmanagement ISO 27001 des Konzerns persönlich geschult.

Angaben gemäß §243b (2) 3.

Die Vorstandsbezüge von Mag. Helmut Lackner und Mag. Lukas Praml setzen sich aus einem Grundgehalt und einem variablen Gehaltsbestandteil (Prämie) zusammen. Die Prämie bemisst sich nach dem Konzernergebnis.

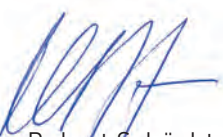
Die Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2018/19 betrugen von Mag. Helmut Lackner TEUR 432 (davon TEUR 235 variabel) und von Mag. Lukas Praml TEUR 446 (davon TEUR 235 variabel).

Darüber hinaus gibt es einen Managementvertrag mit der ECP Capital Partners GmbH in der Höhe von TEUR 390, der auch die Vorstandstätigkeit von Ing. Robert Schächter miteinschließt.

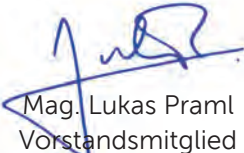
D&O Versicherung

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hat für Vorstände, Geschäftsführer und Aufsichtsräte im Konzern ein „Directors & Officers“ (D&O)-Versicherung abgeschlossen und trägt dafür die Kosten in Höhe von TEUR 5.

Wien, 11. Juni 2019



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Mag. Lukas Praml
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

IFRS-Konzernabschluss

der

**Österreichische Staatsdruckerei
Holding AG**

Tenschertstraße 7

1230 Wien

zum

31. März 2019

Inhaltsverzeichnis

IFRS-Konzernabschluss	31
Konzern Gesamtergebnisrechnung 2018/19	34
Konzern Bilanz zum 31.03.2019	35
Konzern Geldflussrechnung 2018/19	36
Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals	37
 A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden	 39
1 Rechnungslegungsgrundsätze	40
2 Konsolidierungsgrundsätze, Konsolidierungsvorgang und -kreis	49
3 Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	52
 B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung	 66
1 Umsatzerlöse	66
2 Sonstige betriebliche Erträge	67
3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	68
4 Personalaufwand	68
5 Abschreibungen	69
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	69
7 Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Finanzanlagen	70
8 Zinserträge und Zinsaufwendungen	70
9 Sonstiges Finanzergebnis	70
10 Ertragsteuern	70
11 Sonstiges Ergebnis	71
12 Ergebnis je Aktie	72
13 Immaterielle Vermögenswerte	72
14 Sachanlagen	76
15 Nach der Equity Methode bilanzierte Finanzanlagen	77
16 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	78
17 Vertragskosten	78
18 Vorräte	79
19 Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	79
20 Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte	80
21 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	80
22 Latente Steuern und Verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern	80
23 Eigenkapital	82
24 Rückstellungen	83
25 Finanzverbindlichkeiten	86
26 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	87
27 Verbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden	87
28 Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	88
29 Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	88

C Sonstige Angaben zum Konzernabschluss 89

1	Segmentberichterstattung	89
2	Eventualverbindlichkeiten	91
3	Finanzinstrumente	91
4	Leasing	97
5	Transaktionen mit nahestehenden Personen bzw. Unternehmen	99
6	Erläuterungen zur Konzern Geldflussrechnung	99
7	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	100
8	Organe der Muttergesellschaft	100

Der Konzernabschluss ist in TEUR aufgestellt. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechengenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Konzern Gesamtergebnisrechnung 2018/19

(alle Werte in TEUR)

	Erläuterungen	2018/19	2017/18
Umsatzerlöse	B1	43.468	46.778
Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		669	8
andere aktivierte Eigenleistungen	B13	825	308
sonstige betriebliche Erträge	B2	350	3.033
Gesamterträge		45.312	50.127
Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen	B3	-20.284	-20.788
Personalaufwand	B4	-12.610	-12.527
Abschreibungen	B5	-1.950	-1.959
sonstige betriebliche Aufwendungen	B6	-5.567	-5.572
Betriebsergebnis (EBIT)		4.902	9.280
Zinserträge	B8	0	1
Zinsaufwendungen	B8	-276	-394
Ergebnisse aus nach der Equity Methode bilanzierten Finanzanlagen	B7	-1	-4
sonstiges Finanzergebnis	B9	9	13
Finanzergebnis		-269	-385
Ergebnis vor Steuern		4.633	8.896
Ertragsteuern	B10	-1.282	-5.588
Periodenergebnis		3.351	3.308
Beträge, die in künftigen Perioden nicht ergebniswirksam werden			
Neubewertung Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen		-73	24
Ertragsteuern		18	-6
sonstiges Ergebnis nach Ertragsteuern	B11	-55	18
Gesamtergebnis		3.296	3.326
davon entfallend auf Eigentümer des Mutterunternehmens		3.296	3.326
Ergebnis je Aktie (unverwässert) in EUR	B12	0,49	0,48
Ergebnis je Aktie (verwässert) in EUR	B12	0,49	0,48

Konzern Bilanz zum 31.03.2019

(alle Werte in TEUR)

Vermögenswerte	Erläuterungen	31.03.2019	31.03.2018
<i>Langfristiges Vermögen</i>			
Immaterielle Vermögenswerte	B13	23.248	22.898
Sachanlagen	B14	12.306	12.979
Vertragskosten	B17	57	0
Nach der Equity Methode bilanzierte Finanzanlagen	B15	12	14
		35.623	35.890
<i>Kurzfristiges Vermögen</i>			
Vorräte	B18	6.906	4.692
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	B16	6.783	6.588
Vertragskosten		341	0
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	B19	358	121
Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte	B20	1.303	997
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	B21	5.012	9.534
		20.704	21.932
Summe Vermögenswerte		56.327	57.822
Eigenkapital und Schulden			
<i>Eigenkapital</i>	B23		
Grundkapital		7.500	7.500
Eigene Anteile		-6.915	-6.915
Gesetzliche Rücklage		750	750
Rücklage aus Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen		-488	-433
Einbehaltene Gewinne		21.136	21.358
		21.983	22.260
<i>Langfristiges Fremdkapital</i>			
Rückstellungen	B24	1.786	1.832
Finanzverbindlichkeiten	B25	8.077	6.335
Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden	B27	35	0
Latente Steuerschulden	B22	353	93
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	B28	2.805	2.808
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	B29	117	201
		13.172	11.267
<i>Kurzfristiges Fremdkapital</i>			
Ertragsteuerschulden	B10	4.689	5.935
Finanzverbindlichkeiten	B25	4.990	9.431
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	B26	4.311	3.672
Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden	B27	2.668	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	B28	326	311
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	B29	4.188	4.946
		21.171	24.295
Summe Eigenkapital und Schulden		56.327	57.822

Konzern Geldflussrechnung 2018/1

(alle Werte in TEUR)

	Erläuterungen	2018/19	2017/18
Periodenergebnis		3.351	3.308
unbare Aufwendungen und Erträge			
+ Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	B5	1.950	1.959
– Gewinn / + Verlust aus dem Abgang von Sachanlagen		-1	-1
– Zuschreibungen / + Abschreibungen zu Wertpapieren	B9	3	-8
+ Dotierung / – Abnahme Rücklage im Zusammenhang mit Aktienoptionsprogramm	B23	0	-939
+ Ertragssteuern	B10	1.282	5.588
– Gewinne / + Verlust aus nach der Equity Methode bilanzierten Finanzanlagen	B7	1	4
+ Finanzaufwendungen		247	368
– Finanzerträge		-11	-6
		6.822	10.274
Veränderung der Vermögenswerte und Schulden			
– Zunahme / + Abnahme langfristiger Vertragskosten	B17	203	0
– Zunahme / + Abnahme der Vorräte	B18	-2.214	771
– Zunahme / + Abnahme kurzfristiger Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	B16	-196	1.275
– Zunahme / + Abnahme kurzfristiger Vertragskosten	B17	-224	0
– Zunahme / + Abnahme kurzfristiger finanzieller Vermögenswerte	B19	-239	2.109
– Zunahme / + Abnahme kurzfristiger nicht finanzieller Vermögenswerte	B20	-310	-516
+ Zunahme / – Abnahme langfristiger finanzieller Verbindlichkeiten	B28	-3	38
+ Zunahme / – Abnahme sonstiger langfristiger nicht finanzieller Verbindlichkeiten	B29	-36	71
+ Zunahme / – Abnahme Rückstellungen	B24	-119	-194
+ Zunahme / – Abnahme langfristiger Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden	B27	-249	0
+ Zunahme / – Abnahme kurzfristiger Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden	B27	1.293	0
+ Zunahme / – Abnahme kurzfristiger Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	B26	705	-249
+ Zunahme / – Abnahme sonstiger kurzfristiger finanzieller Verbindlichkeiten	B28	15	-102
+ Zunahme / – Abnahme sonstiger kurzfristiger nicht finanzieller Verbindlichkeiten	B29	513	-130
– bezahlte Ertragsteuern		-2.252	-878
– bezahlte Zinsen		-248	-352
+ erhaltene Zinsen	B8	0	1
+ erhaltene Dividenden		6	5
Geldflussrechnung aus der betrieblichen Tätigkeit		3.467	12.122
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellem Vermögen		1	24
– Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen und immaterielles Vermögen		-1.659	-1.147
– Auszahlungen für den Erwerb von Anteilen an nach der Equity Methode bilanzierten Finanzanlagen	B15	0	-18
Geldflussrechnung aus der Investitionstätigkeit		-1.658	-1.141
– Tilgung Geldkredite	C6	-5.946	-7.700
+ Aufnahme Geldkredite	C6	3.500	3.000
– Tilgung Leasing	C6	-288	-341
– Dividendenausschüttungen	B22	-3.592	-3.108
Geldflussrechnung aus der Finanzierungstätigkeit		-6.326	-8.150
Kapitalfluss aus der betrieblichen Tätigkeit		3.467	12.122
Kapitalfluss aus der Investitionstätigkeit		-1.658	-1.141
Free Cash Flow		1.809	10.981
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	B21	9.534	6.703
Erstanwendung von IFRS 9 zum 01.04.2018		-11	0
Änderungen von Rechnungslegungsmethoden IFRS 9		5	0
Veränderung Zahlungsmittel		-4.517	2.831
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	B21	5.012	9.534

Erläuterungen zur Geldflussrechnung finden sich unter Punkt C6.

Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals

(alle Werte in TEUR)

	Grundkapital	eigene Anteile	Rücklage aus Aktienoptionen	Gesetzliche Rücklage	Rücklage aus Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen	Einbehaltene Gewinne	Konzern-eigenkapital
Stand 31.03.2018	7.500	-6.915	0	750	-433	21.358	22.260
Änderung von Rechnungslegungsmethoden	0	0	0	0	0	19	19
Stand 01.04.2018	7.500	-6.915	0	750	-433	21.378	22.279
Erwerb eigener Anteile	0	0	0	0	0	0	0
Aktienoptionsprogramm	0	0	0	0	0	0	0
Dividenden	0	0	0	0	0	-3.592	-3.592
Periodenergebnis	0	0	0	0	0	3.351	3.351
sonstiges Ergebnis	0	0	0	0	-55	0	-55
Gesamtergebnis	0	0	0	0	-55	3.351	3.296
Stand 31.03.2019	7.500	-6.915	0	750	-488	21.136	21.983

	Grundkapital	eigene Anteile	Rücklage aus Aktienoptionen	Gesetzliche Rücklage	Rücklage aus Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen	Einbehaltene Gewinne	Konzern-eigenkapital
Stand 01.04.2017	7.500	-6.915	939	750	-451	21.159	22.982
Erwerb eigener Anteile	0	0	0	0	0	0	0
Aktienoptionsprogramm	0	0	-939	0	0	0	-939
Dividenden	0	0	0	0	0	-3.108	-3.108
Periodenergebnis	0	0	0	0	0	3.308	3.308
sonstiges Ergebnis	0	0	0	0	18	0	18
Gesamtergebnis	0	0	0	0	18	3.308	3.326
Stand 31.03.2018	7.500	-6.915	0	750	-433	21.359	22.260

Erläuterungen zur Veränderung des Eigenkapitals finden sich unter Punkt B23.

OSD

VISA

Country of issue/Pays

Place of issue/Place

Type/Type

VISUM



Anhang zum Konzernabschluss zum 31.03.2019

A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s) entstand durch formwechselnde Umwandlung der High Security Holding GmbH, die mit Generalversammlungsbeschluss vom 24.06.2010 in eine Aktiengesellschaft mit neuem Firmenwortlaut umgewandelt wurde. Diese formwechselnde Umwandlung wurde mit Beschluss des Handelsgerichts Wien vom 28.07.2010, GZ Fr 10082/10s, bewilligt und am 29.07.2010 in das Firmenbuch zu FN 290506 s eingetragen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist eine Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält alle Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH (FN 186375 g, HG Wien), die wiederum alle Anteile an der OeSD International GmbH (FN 292591 g, HG Wien) hält. Die OeSD International GmbH hält alle Anteile an der OeSD International SEE SH.P.K (Kosovo) und der OeSD Europe GmbH (FN 382708 g, HG Wien).

Mit Generalversammlungsbeschluss vom 14.11.2017 wurde im Wege der Abspaltung zur Neugründung zum Stichtag 01.04.2017 der Teilbetrieb ‚Innovations‘ von der Österreichische Staatsdruckerei GmbH auf die neu gegründete younix Identity AG übertragen. Die Abspaltung wurde am 22.11.2017 beim Firmenbuch mit der Nummer 481441 b eingetragen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält alle Anteile an der younix Identity AG. Im Vorjahr wurde ein Joint Venture der Österreichische Staatsdruckerei GmbH mit der Cryptas International GmbH gegründet. Die European Trust Services GmbH wurde mit 24.01.2018 ins Firmenbuch mit der Nummer 484412 x eingetragen. Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH hält 51% am Stammkapital.

Zum Konsolidierungskreis gehört seit dem Geschäftsjahr 2011/12 auch die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Diese Stiftung wurde im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, als Stifter, gemeinsam errichtet.

Diese Gesellschaften bilden den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, wobei die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG die oberste Konzerngesellschaft ist.

Die Tätigkeit des Konzerns umfasst vor allem die Herstellung von Sicherheitsprodukten und die Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt auf Produkten, bei deren Herstellungsprozess Geheimhaltung bzw. die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften (Sicherheitsdruck) geboten ist.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende Stückaktien zerlegt. Seit 11.11.2011 notieren die Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment ‚Standard Market Auction‘.

Kernaktionäre sind die GRT Privatstiftung mit einem Anteil von rund 45,6% und die G3 Industrie Privatstiftung mit einem Anteil von rund 45,7 %, sowie die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung mit 4,9 %.

1 Rechnungslegungsgrundsätze

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG erstellte zum 31.03.2010 erstmalig einen Abschluss nach IFRS. Als Übergangsstichtag von den bisherigen Rechnungslegungsgrundsätzen (UGB) wurde der 01.04.2008 festgesetzt. Der Konzernabschluss entspricht den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS/IAS), den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretation Committee („IFRS IC“), sowie den Interpretationen des Standards Interpretation Committee („SIC“), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den nach §245a UGB zu beachtenden unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Im Geschäftsjahr wurden folgende geänderte Standards und Interpretationen erstmalig angewendet:

Geänderte Standards bzw. Interpretation		Datum der Veröffentlichung / Datum der Übernahme EU-Recht	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IFRS 9	Finanzinstrumente	24.07.2014 / 22.11.2016	01.04.2018	siehe anschließende Ausführungen
IFRS 15	Erlöse aus Verträgen mit Kunden	28.05.2014 / 22.09.2016	01.04.2018	siehe anschließende Ausführungen
Änderungen IFRS 4	Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente mit IFRS 4 Versicherungsverträge	12.09.2016 / 03.11.2017	01.04.2018	Keine Auswirkungen
Klarstellungen zu IFRS 15	Erlöse aus Verträgen mit Kunden	12.04.2016 / 31.10.2017	01.04.2018	siehe anschließende Ausführungen
	Jährliche Verbesserungen der IFRS – Zyklus 2014 – 2016, Klarstellungen zu IAS 28 und IFRS 1	08.12.2016 / 07.02.2018	01.04.2018	Keine Auswirkungen
Änderungen an IFRS 2	Klassifizierung und Bewertung von Geschäftsvorfällen mit anteilsbasierter Vergütung	20.06.2016 / 26.02.2018	01.04.2018	Keine Auswirkungen
Änderungen an IAS 40	Nutzungsänderungen von als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	08.12.2016 / 14.03.2018	01.04.2018	Keine Auswirkungen
IFRIC 22	Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen	08.12.2016 / 28.03.2018	01.04.2018	Keine Auswirkungen



Der Konzernabschluss ist in TEUR aufgestellt. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechengenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Erstmalige Anwendung von IFRS 9 – Finanzinstrumente und IFRS 15 – Erlöse aus Verträgen mit Kunden

Für die erstmalige Anwendung der Standards IFRS 9 – Finanzinstrumente und IFRS 15 – Erlöse aus Verträgen mit Kunden wurde die kumulative Übergangsmethode gewählt, wodurch weder die Konzern Bilanz noch die Konzern Gesamtergebnisrechnung für die Vergleichsperiode 2017/18 angepasst wurden. Die kumulativen Effekte zum Erstanwendungszeitpunkt, dem 01.04.2018, wurden im Eigenkapital erfasst und stellen sich folgendermaßen dar:

Vermögenswerte	Werte zum 31.03.2018	IFRS 9	IFRS 15	Latente Steuern	Werte zum 01.04.2018
<i>Langfristiges Vermögen</i>					
Vertragskosten	0		260		260
<i>Kurzfristiges Vermögen</i>					
Vertragskosten	0		117		117
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	9.534	-11			9.523
<i>Eigenkapital</i>					
Einbehaltener Gewinn	21.358	-11	37	-6	21.378
<i>Langfristiges Fremdkapital</i>					
Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden	0		284		284
Ertragssteuerschulden - latente	93			6	99
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	201		-48		153
<i>Kurzfristiges Fremdkapital</i>					
Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden	0		1.375		1.375
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	4.946		-1.271		3.675

Erstanwendung IFRS 9 – Finanzinstrumente

IFRS 9 enthält Vorschriften für den Ansatz, die Bewertung und die Ausbuchung von Finanzinstrumenten sowie für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und ersetzt in diesen Bereichen den bisherigen Standard IAS 39. Neu gefasst wurden insbesondere die Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die nun vom Geschäftsmodell und den vertraglichen Zahlungsströmen abhängig sind. Abhängig von der Art des finanziellen Vermögenswerts und den beiden genannten Kriterien ergibt sich die Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, erfolgswirksam oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (fair value). Die wesentlichste Änderung des IFRS 9 besteht in der Neuregelung der Bilanzierung von Wertminderungen (impairment) finanzieller Vermögenswerte, die nunmehr die Erfassung bereits erwarteter Verluste (expected loss model) vorsieht.

Aus der Erstanwendung von IFRS 9 per 01.04.2018 wurde ein kumulierter Effekt in Höhe von TEUR 11 vor Steuern kapitalmindernd berücksichtigt. Dieser Effekt resultiert zur Gänze aus Veränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die bei Banken veranlagt werden, die zum 01.04.2018 mit Ratings von A2 bis Baa1 bei der Ratingagentur Moody's bewertet wurden.

Die geschätzte Wertberichtigung auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente wurde auf Grundlage erwarteter Verluste innerhalb von zwölf Monaten berechnet und spiegeln die kurzen Laufzeiten der Veranlagungen wieder. Die Kunden des Konzerns bestehen hauptsächlich aus öffentlichen Stellen, sodass das Ausfallsrisiko äußerst gering ist und Forderungsausfälle weiterhin nicht erwartet werden. Hinsichtlich der Buchwerte der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich daher durch die Erstanwendung von IFRS 9 keine Änderungen ergeben.

Die Klassifizierung und Bewertung der Finanzinstrumente von IAS 39 auf IFRS 9 lässt sich wie folgt überleiten:

Aktive (in TEUR)	Bewertungskategorie nach IAS 39	Bewertungskategorie nach IFRS 9
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten (LaR)	zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC)
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten (LaR)	zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC)
Finanzielle Vermögenswerte		
davon Wertpapiere	Für Handelszwecke gehalten (HfT)	erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (FVTPL)
davon sonstige finanzielle Vermögenswerte	Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten (LaR)	zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC)



Passiva (in TEUR)	Bewertungskategorie nach IAS 39	Bewertungskategorie nach IFRS 9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten (FLAC)	zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten (FLAC)	zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC)
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten (FLAC)	zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC)
Finanzielle Verbindlichkeiten	Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten (FLAC)	zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC)

IFRS 15 – Erlöse aus Verträgen mit Kunden

Zielsetzung des IFRS 15 ist es, eine Vielzahl der bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zusammenzuführen. Das Kernprinzip von IFRS 15 ist, dass Erlöse in der Höhe erfasst werden, in der für die übernommenen Leistungsverpflichtungen, also die Übertragung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, Gegenleistungen erwartet werden. Dieses Kernprinzip wird mit einem fünfstufigen Rahmenmodell umgesetzt. Das Modell legt fest, dass der Übergang der Kontrolle (control approach) den Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Umsatzrealisierung bestimmt und damit das bisherige risk and reward-Modell (Übertragung von Risiken und Chancen) ablöst. Zusätzlich wird das Ausmaß der geforderten Anhangangaben erweitert.

Aus der Erstanwendung von IFRS 15 per 01.04.2018 wurde ein kumulierter Effekt in Höhe von TEUR 37 vor Steuern kapitalerhöhend berücksichtigt. Hinsichtlich des Zeitpunktes der Erfüllung der Leistungsverpflichtungen sowie der Zuordnung des Transaktionspreises haben sich dabei keine Auswirkungen ergeben. Änderungen resultierten jedoch aus der Erfassung von Kosten, die im Zusammenhang mit der Anbahnung von Verträgen über die Lieferung von Gütern und Dienstleistungen an Kunden entstehen. Vertragskosten, die der Vertragsanbahnung direkt zugerechnet werden können, sind gemäß IFRS 15 zu aktivieren. Diese aktivierten Vertragskosten sind analog zum Übergang der Verfügungsgewalt von Gütern und Dienstleistungen auf den Kunden abzuschreiben. Zum Teil gegenläufige Auswirkungen resultieren aus der zusätzlichen Passivierung von Verpflichtungen für Vertragskosten (Mitarbeiterprämien, Vertragserrichtungskosten).

Die bisher unter den sonstigen nicht finanziellen Verbindlichkeiten ausgewiesenen erhaltenen Anzahlungen von Kunden sowie Erlösabgrenzungen im Zusammenhang mit Kundenverträgen werden nunmehr unter der Position Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden dargestellt. In der nachfolgenden Tabelle sind die beschriebenen Änderungen auf die Konzern Bilanz und die Konzern Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.03.2019 dargestellt.

Auswirkungen auf die Konzern Bilanz zum 31.03.2019

(alle Werte in TEUR)

	Werte berichtet zum 31.03.2019	Anpassungen	Werte ohne Anwendung IFRS 15 zum 31.03.2019
Vermögenswerte			
<i>Langfristiges Vermögen</i>			
Vertragskosten	57	-57	0
	57	-57	0
<i>Kurzfristiges Vermögen</i>			
Vertragskosten	341	-341	0
	341	-341	0

Eigenkapital und Schulden

<i>Eigenkapital</i>			
Einbehaltene Gewinne	21.136	-300	20.836
	21.136	-300	20.836
<i>Langfristiges Fremdkapital</i>			
Latente Steuerschulden	353	-98	255
	353	-98	255
<i>Kurzfristiges Fremdkapital</i>			
Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden	2.668		2.668
	2.668		2.668

Auswirkungen auf die Konzern Gesamtergebnisrechnung

(alle Werte in TEUR)

	Werte berichtet zum GJ 2018/19	Anpassungen	Werte ohne Anwendung IFRS 15 zum GJ 2018/19
Personalaufwand	-12.610	-361	-12.971
Betriebsergebnis (EBIT)	4.902	-361	4.541
Finanzergebnis	-269	0	-269
Ergebnis vor Steuern	4.633	-361	4.272
Ertragsteuern	-1.282	92	-1.191
Periodenergebnis	3.351	-269	3.082

Übrige Änderungen

Aus der Anwendung der übrigen Änderungen ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss, da diese Änderungen lediglich Klarstellungen betreffen.



Die folgenden Standards und Interpretationen wurden verabschiedet, gelten aber noch nicht für Geschäftsjahre, die am oder vor dem 31.03.2019 enden, und werden daher von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG noch nicht angewendet. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG wird die Standards mit Inkrafttreten anwenden.

Neue und geänderte, aber noch nicht anzuwendende bzw. angewendete Standards

Standard bzw. Interpretation		Datum der Veröffentlichung durch IASB / Datum der Übernahme EU-Recht	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IFRS 16	Leasingverhältnisse	13.01.2016 / 31.10.2017	01.04.2019	siehe anschließende Ausführungen
IFRIC 23	Unsicherheit bezüglich der ertragsteuerlichen Behandlung	07.06.2017 / 23.10.2017	01.04.2019	voraussichtlich keine Auswirkungen
Änderungen an IFRS 9	Vorfälligkeitsregelungen mit negativer Ausgleichsleistung	12.10.2017 / 22.03.2019	01.04.2019	voraussichtlich keine Auswirkungen
Änderungen an IAS 28	Langfristige Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	12.10.2017 / 08.02.2019	01.04.2019	voraussichtlich keine Auswirkungen
Änderungen zu IAS 19	Planänderungen, Plankürzungen oder Settlement	07.02.2018 / 13.03.2019	01.04.2019	voraussichtlich keine Auswirkungen
	Jährliche Verbesserungen zu IFRS-Zyklus 2015-2017	12.12.2017 / 14.03.2019	01.04.2019	voraussichtlich keine Auswirkungen
IFRS 17	Versicherungsverträge	18.05.2017 / ausstehend	01.04.2021	voraussichtlich keine Auswirkungen
Änderungen an IFRS 2,3,6,14, IAS 1,8,34, 37,38, IFRIC 12,19, 20,22 und SIC32	Aktualisierung dieser Verlautbarungen im Hinblick auf darin enthaltene Verweise auf das und Zitate aus dem Rahmenkonzept oder zwecks Klarstellung, auf welche Version des Rahmenkonzepts sie sich beziehen	29.03.2018 / ausstehend	01.04.2020	voraussichtlich keine Auswirkungen
Änderungen an IAS 1	Darstellung des Abschlusses und IAS 8 Rechnungsmethoden: Definition von Wesentlichkeit	31.10.2018 / ausstehend	01.04.2020	voraussichtlich keine Auswirkungen

IFRS 16: Leasing

Der neue IFRS 16 ersetzt die bisherigen Vorschriften des IAS 17 und der zugehörigen Interpretationen, wobei insbesondere die bilanzielle Abbildung von Leasingverträgen beim Leasingnehmer neu geregelt wurde. Der Leasingnehmer erfasst nunmehr für jedes Leasingverhältnis eine Verbindlichkeit für die zukünftig zu leistenden Leasingzahlungen. Die Verbindlichkeit wird beim Erstansatz abgezinst und in den Folgejahren einerseits durch die Leasingzahlungen vermindert, andererseits durch Aufzinsung (unwinding) erhöht. Gleichzeitig wird ein Nutzungsrecht in Höhe des Barwerts der künftigen Leasingzahlungen aktiviert und in weiterer Folge linear abgeschrieben. Die bisherige Unterscheidung zwischen operating lease und finance lease entfällt somit. Ausgenommen sind geringwertige Vermögensgegenstände sowie kurzfristige Leasingverträge. Für Leasinggeber sind die Regelungen des neuen Standards dagegen ähnlich der bisherigen Vorschriften des IAS 17. IFRS 16 enthält darüber hinaus Regelungen zu sale-and-lease-back-Transaktionen sowie zu den erforderlichen Anhangangaben.

IFRS 16 ist verpflichtend ab Berichtsperioden anzuwenden, die ab 1. Jänner 2019 beginnen. Für die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ergibt sich somit eine erstmalige Anwendung für das Geschäftsjahr 2019/20. Der Standard gewährt das Wahlrecht zwischen einer vollständig retrospektiven Anwendung nach IAS 8 oder einer modifiziert retrospektiven Anwendung, die einen allfälligen kumulativen Anpassungseffekt im Jahr der Erstanwendung als Buchung im Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres der Erstanwendung erfasst. Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hat mehrere Leasingvereinbarungen abgeschlossen, die in den Anwendungsbereich des IFRS 16 fallen. Die wesentlichen Vereinbarungen, welche die Produktionsliegenschaft sowie einige Produktionsmaschinen betreffen, sind dabei so ausgestaltet, dass diese bereits nach den derzeit anzuwendenden Bestimmungen des IAS 17 als Finanzierungsleasingvereinbarungen eingestuft werden. Folglich werden entsprechende Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing in der Bilanz ausgewiesen.

Der Buchwert der bilanzierten Vermögenswerte aus Finanzierungsleasingvereinbarungen beträgt zum 31.03.2019 rd. TEUR 8.148, die damit im Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten belaufen sich auf einen Wert von rd. TEUR 4.724.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beabsichtigt im Zuge der Erstanwendung von der Möglichkeit des kumulativen Anpassungseffektes („catch-up-Ansatz“) Gebrauch zu machen. Dementsprechend werden bei den Finanzierungsleasingvereinbarungen sowohl der Buchwert des Vermögenswertes als auch der Buchwert der Verbindlichkeit fortgeführt, so dass für diese Leasingverhältnisse mit keinen Auswirkungen auf den Konzernabschluss gerechnet wird. Einzelne Leasingvereinbarungen (beispielsweise für Kopiergeräte oder PKW) werden derzeit als Operating-Leasingverhältnisse bilanziert. Bei diesen Vereinbarungen wird es im Zuge der erstmaligen Anwendung von IFRS 16 zu Anpassungen kommen. Da die Gesellschaften des Konzerns als Leasingnehmer bei Operating-Leasingverträgen auftreten, wird die Anwendung des IFRS 16 die oben genannten Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Auf Basis der zum 31.03.2019 bestehenden Vertragsverhältnisse wird es voraussichtlich zu einer Erhöhung der Bilanzsumme von rd. TEUR 180 kommen. In der Gewinn- und Verlustrechnung ist damit eine



geringfügige Verschiebung von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu den Abschreibungen und Zinsaufwendungen verbunden, wobei die Ergebnisauswirkungen unwesentlich sind. Voraussichtlich wird die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG von der Vereinfachungsmöglichkeit Gebrauch machen, im Rahmen der Erstanwendung die Vermögenswerte mit dem Wert der berechneten Verbindlichkeit anzusetzen. In der Gewinn- und Verlustrechnung wird es zu einer geringfügigen Verschiebung von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu den Abschreibungen und Zinsaufwendungen kommen, wobei die Ergebnisauswirkung insgesamt vernachlässigbar erscheint. Es wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf den Ansatz von kurzfristigen Verträgen und Verträgen über Vermögenswerte von geringem Wert zu verzichten. Zu den am Stichtag bestehenden Operating-Leasingverträgen wird auf Punkt C4 verwiesen.

Übrige neue oder geänderte Standards

Aus der zukünftigen Anwendung der übrigen neuen oder geänderten Standards ergeben sich voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss, da diese lediglich Klarstellungen betreffen oder nicht anwendbar sind.





2 Konsolidierungsgrundsätze, Konsolidierungsvorgang und -kreis

Sämtliche in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen führen einheitlich den Bilanzstichtag 31. März. Nachdem alle Tochterunternehmen in Euro bilanzieren, war im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses keine Währungsumrechnung erforderlich.

Tochterunternehmen sind vom Konzern beherrschte Unternehmen. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er schwankenden Renditen aus seinem Engagement bei den Unternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrecht auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels seiner Verfügungsgewalt über das Unternehmen zu beeinflussen.

Tochterunternehmen werden von dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen (Vollkonsolidierung), ab dem die Kontrolle auf den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG übergegangen ist. Sie werden zu dem Zeitpunkt endkonsolidiert, ab dem die Kontrolle endet. Die Bilanzierung erworbener Tochterunternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode

Beim Unternehmenserwerb werden die Vermögenswerte und Schulden der erworbenen Tochterunternehmen mit ihren beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbszeitpunkt bewertet. Übersteigen die Anschaffungskosten des Unternehmenserwerbs die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden, so wird der Unterschiedsbetrag als Firmenwert ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden zum Erwerbszeitpunkt ertragswirksam erfasst.

Die Ergebnisse der im Laufe eines Jahres erworbenen oder veräußerten Tochterunternehmen werden entsprechend vom effektiven Erwerbszeitpunkt oder bis zum effektiven Abgangszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie in das sonstige Ergebnis einbezogen. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden einheitlich von allen Tochtergesellschaften angewendet.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Erwerbsmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten der Anteile mit dem Neubewerteten Eigenkapital der konsolidierten Tochterunternehmen zum Zeitpunkt des Erwerbs. Daraus resultierende aktivische Unterschiedsbeträge werden, soweit eine Zuordnung zu den einzelnen Vermögenswerten und Schulden nicht möglich ist, als Firmenwert unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Als Gemeinschaftsunternehmen werden vertragliche Vereinbarungen zweier oder mehrerer Partner über eine wirtschaftliche Tätigkeit, die von Ihnen gemeinschaftlich geführt wird, verstanden. Die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen erfolgt nach der Equity Methode.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung werden Ausleihungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, andere Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten mit den korrespondierenden Verbindlichkeiten und Rückstellungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen verrechnet.

Sämtliche konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Zu berücksichtigende Zwischengewinne liegen nicht vor.

Der Konsolidierungskreis der vollkonsolidierten verbundenen Unternehmen umfasst wie im Vorjahr neben der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG folgende Gesellschaften:

- ❖ Österreichische Staatsdruckerei GmbH (zu 100% im Eigentum der Muttergesellschaft)
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 186375 g, HG Wien
- ❖ OeSD International GmbH (zu 100% im Eigentum der Österreichische Staatsdruckerei GmbH)
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 292591 g, HG Wien
- ❖ OeSD International SEE SH.P.K. (zu 100% im Eigentum der OeSD International GmbH)
10000 Pristina, Tringe Smajli Nr. 31-1
B.No. 70819694, Ministry of Trade and Industry
- ❖ OeSD Europe GmbH (zu 100% im Eigentum der OeSD International GmbH)
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 382708 g, HG Wien
- ❖ Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 37713 a, HG Wien
- ❖ younix Identity AG (zu 100% im Eigentum der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG)
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 481441 b, HG Wien

Als Gemeinschaftsunternehmen nach der Equity Methode wird seit dem Geschäftsjahr 2017/18 folgende Gesellschaft in den Konzernabschluss einbezogen:

- ❖ European Trust Services GmbH (zu 51% im Eigentum der Österreichische Staatsdruckerei GmbH)
1030 Wien, Franzosengraben 8/4. OG
FN 484412 x, HG Wien



Die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung wurde im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, als Stifter, gemeinsam errichtet. Mit den von den Stiftern zugewendeten Mitteln hat die Stiftung von den Aktionären der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG insgesamt 367.500 Aktien zu einem Kaufpreis von 11,50 EUR je Aktie erworben. Die Stiftung hält somit insgesamt 4,9% der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG.

Mit der Errichtung der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung wird das Ziel verfolgt, die Mitarbeiter des Konzerns langfristig an den Konzern zu binden und diesen die Möglichkeit einzuräumen, am Unternehmenserfolg zu partizipieren.

Anlässlich der Errichtung der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung haben die Stifter alle relevanten Aktivitäten der Stiftung in der Stiftungsurkunde im Detail definiert und somit die Ausführung durch den Stiftungsvorstand, dessen Vorsitzender ein Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG oder Geschäftsführer der Österreichische Staatsdruckerei GmbH ist, im Sinne der Stifter genau vorgeben. Maßgebliche Kompetenzen wie insbesondere das Recht zur Änderung der Stiftungserklärung sowie die Zustimmung über jegliche Disposition (Verkauf, Verpfändung, Schenkung) der von der Stiftung gehaltenen Aktien haben sich die Stifter ebenso vorbehalten wie unter bestimmten Voraussetzungen auch die Stellung der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG als Letztbegünstigte. Schließlich besteht eine Verpflichtung der Stifter zur Tragung der laufenden Verwaltungskosten und Steuerzahlungen der Stiftung, da die Erträge aus deren einzigem Vermögen (den Aktien) an die Mitarbeiter weiterzuleiten sind.

Die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung ist demnach als Special Purpose Vehicle zu sehen, welches den von den Stiftern über die Stiftungsurkunde definierten Zweck erfüllt ohne vermögensrechtlich selbständig über die zugewendeten Aktien disponieren zu können.

Aus diesem Grund wird die Stiftung auch nach den Regeln des IFRS 10 als beherrschte - und damit konsolidierungspflichtige - Einheit behandelt. Bei den von der Stiftung an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG gehaltenen Aktien handelt es sich folglich aus der Sicht des Konzernabschlusses um eigene Aktien, deren Erwerb zu einer erfolgsneutralen Eigenkapitalminderung geführt hat. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt. Zuwendungen der Stiftung (aus den Dividenden der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG) an die begünstigten Arbeitnehmer werden im Konzernabschluss folglich als Personalaufwand erfasst.

Die bei der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung anfallenden laufenden Aufwendungen für Verwaltungskosten und Steuerzahlungen werden von den Stiftern gemäß ihrer Verpflichtung in der Stiftungsurkunde in Form von Nachstiftungen getragen. Es handelt sich bei dieser Verpflichtung im weiteren Sinn um Risiken, die mit Anteilen des Unternehmens an konsolidierten strukturierten Unternehmen einhergehen (IFRS 12.14).

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde die OeSD Europe GmbH in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Im Geschäftsjahr 2011/12 wurden die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung und die OeSD International SEE SH.P.K. erstmals einbezogen. Im Geschäftsjahr 2017/18 wurde der Konsolidierungskreis um die durch Abspaltung neu gegründete younix Identity AG und die gemeinsam mit der Cryptas International GmbH gegründete European Trust Services GmbH erweitert. Obwohl die Österreichische Staatsdruckerei GmbH die Mehrheit der Stimmrechte hält liegt keine Beherrschung im Sinne von IFRS 10 vor, da dem Mitgesellschafter im Gesellschaftsvertrag bzw. Syndikatsvertrag umfangreiche Mitsprache- und Gestaltungsrechte eingeräumt wurden und es somit zu einem Joint-Venture kommt. Die European Trust Services GmbH wird mit 51% nach der Equity Methode konsolidiert.

3 Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte

Firmenwerte entstehen im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen und stellen die positive Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem erworbenen (anteiligen) neubewerteten Reinvermögen dar. Firmenwerte sind gemäß IFRS 3 nicht planmäßig abzuschreiben, sondern mindestens einmal jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung zu unterziehen. Für diesen Zweck werden die Firmenwerte auf jene zahlungsmittelgenerierenden Einheiten verteilt, die erfahrungsgemäß von den infolge eines Unternehmenszusammenschlusses entstehenden Synergien profitieren werden. Die Werthaltigkeitsprüfung eines Firmenwerts erfolgt, indem der erzielbare Betrag einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit mit ihrem Buchwert einschließlich Firmenwert verglichen wird. Unterschreitet der erzielbare Betrag den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, so ist zunächst der Firmenwert abzuschreiben. Gegebenenfalls verbleibende Wertminderungen reduzieren pro rata die Buchwerte der anderen Vermögenswerte. Firmenwertabschreibungen dürfen in Folgeperioden nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten erfolgt im Konzern aufbauend auf der dreijährigen Mittelfristplanung im vierten Quartal der Berichtsperiode. Der erzielbare Betrag einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird mittels Discounted Cash Flow Methode (DCF) ermittelt. Beim erzielbaren Betrag handelt es sich um einen Nutzungswert. In der ewigen Rente wurden Wachstumsraten berücksichtigt. Wachstum wird dabei nach dem Modell von Gordon/Shapiro als Produkt von langfristiger Rendite und Thesaurierungsquote verstanden.

Bei der Ermittlung der langfristigen Rendite wurde auf die aus Vergangenheitsdaten der Peer Group abgeleitete EBIT-Margen abgestellt. Die Kapitalkosten werden als gewichteter Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten berechnet und nach dem Capital Asset Pricing Model (CAPM) ermittelt.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden gemäß IAS 38 zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen und all-



fällige Wertminderungen im Sinne des IAS 36, angesetzt. Die Nutzungsdauern betragen wie im Vorjahr drei bis zehn Jahre. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer liegen im Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG nicht vor.

Entwicklungskosten werden im Konzernabschluss bei Erfüllung der Ansatzkriterien gemäß IAS 38 mit den Herstellungskosten aktiviert und in weiterer Folge vermindert um planmäßige Abschreibungen bzw. allfällige Wertminderungen im Sinne des IAS 36 angesetzt. Bei den aktivierten Entwicklungskosten handelt es sich u.a. um die Herstellungskosten für das Verfahren zur Produktion des österreichischen Reisepasses mit Chip, die MIA - My Identity App, welche die hochsichere Nutzung elektronischer Ausweise für Smartphones ermöglicht und damit in Zusammenhang stehende Erweiterungen und Entwicklungen neuer Features. Im Berichtsjahr wurden Entwicklungskosten für CHAINLOCK, eine hochsichere Lösung zur Verwahrung des Privat key für auf Blockchain basierenden Anwendungen aktiviert. Im Geschäftsjahr 2016/17 wurde mit der Entwicklung einer neuen Personalisierungsplattform begonnen. Die Herstellungskosten eines selbst geschaffenen immateriellen Vermögenswertes umfassen alle direkt zurechenbaren Kosten, die erforderlich sind, den Vermögenswert zu entwerfen, herzustellen und so vorzubereiten, dass er für den vom Management beabsichtigten Gebrauch betriebsbereit ist. Die Abschreibung abgeschlossener Entwicklungsprojekte erfolgt über einen Zeitraum der voraussichtlichen Nutzung (derzeit fünf bzw. zehn Jahre).

Forschungsaufwendungen beziehen sich gemäß IAS 38 auf die eigenständige und planmäßige Suche mit der Aussicht, neue wissenschaftliche oder technische Erkenntnisse zu gewinnen, und werden als Aufwand in jener Periode erfasst, in der sie anfallen. Wenn eine Trennung von Forschungs- und Entwicklungskosten nicht möglich ist, dann werden die Entwicklungskosten ebenfalls in jener Periode als Aufwand erfasst, in der sie anfallen.

Sachanlagen

Sachanlagen, die im Geschäftsbetrieb länger als ein Jahr genutzt werden, werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten (einschließlich allenfalls aktivierungspflichtiger Rückbau- und Stilllegungskosten) abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen und allfälliger Wertminderungen bewertet. Die Herstellungskosten selbsterstellter Anlagen umfassen neben den Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Material- und Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalkosten werden bei Vorliegen eines qualifizierten Vermögenswertes aktiviert, wobei derzeit diesbezüglich kein Anwendungsfall vorliegt. Mangels derzeitiger Anwendungsfälle werden keine Zinsen in Zusammenhang mit der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte (IAS 23) angesetzt.

Gemietete oder geleaste Vermögenswerte, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen vom Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG getragen werden, werden mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen oder dem gegebenenfalls niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert. In gleicher Höhe wird eine Leasingverbindlichkeit passiviert. Die Vermögenswerte werden über die erwartete Nutzungsdauer oder gegebenenfalls über die kürzere Leasing-

dauer (bei nicht hinreichend sicherer Eigentumsübertragung am Ende der Laufzeit des Leasingverhältnisses) abgeschrieben.

Die planmäßigen Abschreibungen betragen unverändert zum Vorjahr für:

	Abschreibungsdauer von
Grundstücke und Bauten	5 bis 26 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	2 bis 20 Jahre
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Fuhrpark	3 bis 10 Jahre

Sachanlagen werden auf Wertminderungen untersucht, wenn Ereignisse oder Änderungen der Verhältnisse darauf hinweisen, dass der Buchwert eines Vermögenswertes über dem erzielbaren Betrag liegt. Entsprechend den Vorschriften des IAS 36 wird ein Aufwand aufgrund einer Wertminderung erfasst, wenn der Buchwert über dem höheren Wert vom beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder dem Nutzungswert liegt. Der beizulegende Zeitwert nach Abzug von Veräußerungskosten entspricht jenem Betrag, der in einer fremdüblichen Verkaufstransaktion erzielbar ist.

Der Nutzungswert entspricht den geschätzten abgezinsten Netto-Zahlungsströmen, die aus der fortgesetzten Nutzung eines Vermögenswertes und seinem Abgang am Ende der Nutzungsdauer zu erwarten sind. Bei der Ermittlung des Nutzungswertes schätzt der Vorstand die künftigen Netto-Zahlungsströme der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf Basis der Geschäftspläne, die aus bisherigen Ergebnissen und den besten Schätzungen bezüglich künftiger Entwicklungen abgeleitet wurden. In Einklang mit IAS 36 wird sichergestellt, dass künftige Erweiterungsinvestitionen und Restrukturierungsausgaben (ohne bestehende Verpflichtung) nicht in die Nutzungswertberechnung einbezogen werden. Der Kapitalisierungssatz ist ein Vor-Steuer-Zinssatz, der die gegenwärtigen Markteinschätzungen, den Zeitwert des Geldes und die spezifischen Risiken des Vermögenswerts widerspiegelt. Wertminderungen werden unter den Abschreibungen erfasst. Entfällt gegebenenfalls die Wertminderung in einer Folgeperiode, so wird die Wertaufholung ergebniswirksam erfasst.

Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen werden im Jahr des Anfalls als laufender Aufwand erfasst, Ersatz- sowie wertsteigernde Investitionen werden aktiviert. Bei Anlagenabgängen werden die Anschaffungskosten und die kumulierten Abschreibungen in den Büchern als Abgang erfasst, wobei die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen oder Aufwendungen erfasst wird.

Leasingverhältnisse

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, wird auf Basis des wirtschaftlichen Gehalts der Vereinbarung zum Zeitpunkt des Abschlusses getroffen und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts oder bestimmter Vermögenswerte abhängig ist und ob die Vereinbarung ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts einräumt. Bei einer wesentlichen Änderung der Charakteris-



tika und Modalitäten des Leasingverhältnisses kann eine Neubeurteilung der Vereinbarung nach dessen Beginn erforderlich werden.

Leasingverhältnisse, bei denen dem Konzern (als Leasingnehmer) im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen eines Vermögenswertes übertragen werden, werden als Finanzierungsleasing eingestuft. Anderenfalls liegt ein operatives Leasingverhältnis vor. Sachanlagen, die im Zuge von Finanzierungsleasingverträgen erworben wurden, werden in Höhe des beizulegenden Zeitwertes des Leasinggegenstandes oder des niedrigeren Barwertes der Mindestleasingzahlungen zu Beginn des Leasingverhältnisses abzüglich Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen angesetzt.

Der Konzern tritt lediglich in einem Fall als Leasinggeber auf. Dabei handelt es sich um ein operatives Leasingverhältnis. Der Leasinggegenstand wird nach den auf den Vermögenswert anwendbaren Regeln in Übereinstimmung mit IAS 16 angesetzt. Die Leasingzahlungen werden als sonstige betriebliche Erträge erfasst.

Finanzinstrumente

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden angesetzt, wenn der Konzern vertragliche Vereinbarungen über ein Finanzinstrument trifft. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, sobald der Konzern die Verfügungsgewalt über das vertraglich zugesicherte Finanzinstrument verliert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertragliche Verpflichtung erlischt. Reguläre Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden am Abrechnungstag erfasst.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder erbrachten Leistung angesetzt. Transaktionskosten werden bei der erstmaligen Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes berücksichtigt, außer bei jenen Finanzinstrumenten, die als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ klassifiziert werden.

Bei der erstmaligen Erfassung wird ein finanzieller Vermögenswert nach Art des Instruments wie folgt eingestuft und bewertet:

- ❖ Zu fortgeführten Anschaffungskosten
- ❖ Zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen im sonstigen Ergebnis (FVOCI)
- ❖ Zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen im Periodenergebnis (FVTPL)

Eine Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten wird in Abhängigkeit von der jeweiligen Kategorie durchgeführt. Eine Änderung der erstmaligen Klassifizierung wird grundsätzlich nicht durchgeführt, es sei denn, der Konzern ändert sein Geschäftsmodell zur Steuerung der finanziellen Vermögenswerte. Sofern eine derartige Änderung durchgeführt wird, werden alle betroffenen Vermögenswerte am ersten Tag der Berichtsperiode reklassifiziert.

Ein finanzieller Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn beide der nachfolgenden Bedingungen erfüllt sind und er nicht als FVTPL designiert wurde:

- ❖ Der finanzielle Vermögenswert wird im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung darin besteht, finanzielle Vermögenswerte zur Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme zu halten und
- ❖ die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswertes führen zu festgelegten Zeitpunkten zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen

In diese Kategorie fallen im Konzern Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Diese Vermögenswerte werden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Die fortgeführten Anschaffungskosten werden um Wertminderungsaufwendungen vermindert. Zinserträge, Wechselkursgewinne und –verluste, Effekte aus der Ausbuchung sowie Wertminderungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Vom Wahlrecht, finanzielle Vermögenswerte, für die ansonsten die Bedingungen für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zu FVOCI erfüllt sind, als FVTPL zu designieren, um ansonsten auftretende Rechnungslegungsanomalien („accounting mismatch“) zu beseitigen, wurde nicht Gebrauch gemacht.

Beim erstmaligen Ansatz eines Eigenkapitalinvestments, das nicht zu Handelszwecken gehalten wird, kann der Konzern unwiderruflich wählen, Folgeänderungen im beizulegenden Zeitwert des Investments im sonstigen Ergebnis zu zeigen. Diese Wahl wird einzelfallbezogen für jedes Investment getroffen. Der Konzern hat bisher davon nicht Gebrauch gemacht.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (FVTPL) eingestuft und bewertet. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird zu FVTPL eingestuft, wenn sie als zu Handelszwecken gehalten eingestuft wird, ein Derivat ist oder beim Erstansatz als eine solche designiert wurde. Im Geschäftsjahr 2018/19 wurden sämtliche finanziellen Verbindlichkeiten als zu fortgeführten Anschaffungskosten eingestuft und bewertet.

Finanzielle Verbindlichkeiten aus der Bewertungskategorie „fortgeführte Anschaffungskosten“ werden mittels der Effektivzinsmethode bewertet. Ein allfälliges Agio, Disagio oder sonstiger Unterschied zwischen dem zugeflossenen Betrag und dem Rückzahlungsbetrag wird über die Laufzeit der Finanzierung verteilt. Zinsaufwendungen und Fremdwährungsumrechnungsdifferenzen werden im Gewinn oder Verlust erfasst. Gewinne oder Verluste aus der Ausbuchung werden ebenfalls im Gewinn oder Verlust erfasst.

Derivative Finanzinstrumente liegen, wie im Vorjahr, nicht vor.



Forderungen sind mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Bilanzstichtagswerten angesetzt. Fremdwährungsforderungen werden mit dem am Bilanzstichtag gültigen Devisenmittelkursen bewertet.

Wertminderungen werden dann erfasst, wenn aufgrund kundenspezifischer Umstände nicht mehr mit der Einbringlichkeit der Ansprüche zu rechnen ist. Indikatoren für Wertminderungen sind dabei insbesondere über den Schuldner eröffnete Insolvenzverfahren, erfolglose Mahn- und Exekutionsversuche und andere Informationen, die Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Schuldners begründen. Bei der Ermittlung von Wertminderungen wird die Bonität des Schuldners entsprechend berücksichtigt.

Für die Berechnung der Höhe des Wertminderungsbedarfs werden die Buchwerte mit den Barwerten der zu erwartenden zukünftigen Cashflows verglichen. Ein daraus resultierender Verlustbetrag wird ergebniswirksam erfasst. Sofern sich in Folgeperioden der Wertminderungsbedarf reduziert, wird die Wertaufholung ebenso ergebniswirksam erfasst.

Weist ein Vermögenswert beim Zugang noch keine Wertminderung auf, wird er bei der erstmaligen Beurteilung nach dem Konzept der 12-Monats-Kreditausfälle beurteilt. Ist das Kreditrisiko eines finanziellen Vermögenswertes am Abschlussstichtag seit dem erstmaligen Ansatz signifikant gestiegen, ist die Bewertung nach dem Konzept der lebenslangen Kreditausfälle anzuwenden. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden anhand des vereinfachten Modells sofort mit den lebenslangen zu erwartenden Kreditausfällen bewertet. Da der Konzern zum überwiegenden Teil öffentliche Stellen im In- und Ausland als Kunden hat und Auslandsprojekte mittels Garantien und Akkreditiven abgesichert sind, ist das Forderungsausfallsrisiko grundsätzlich sehr gering. Auf eine Wertberichtigung auf Basis der zu erwarteten Kreditverluste wird daher mangels Wesentlichkeit verzichtet.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente setzen sich aus dem Kassenbestand sowie Guthaben bei Kreditinstituten zusammen (höchstens 3-Monats-Bindung) und werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich der zu erwarteten Kreditverluste bewertet.

Vorräte

Die Vorräte umfassen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie unfertige und fertige Erzeugnisse. Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten der Fertigstellung und des Vertriebs.

Die Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für gleichartige Vorräte erfolgt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren. Die Herstellungskosten beinhalten direkt zurechenbare Kosten (insbesondere Fertigungsmaterial und Fertigungslöhne) sowie alle anteiligen Material- und Fertigungsgemeinkosten auf Basis einer Normalauslastung.

Allgemeine Verwaltungs- und Vertriebskosten werden nicht aktiviert. Fremdkapitalzinsen werden ebenfalls nicht aktiviert, da keine qualifizierten Vermögenswerte hergestellt werden.

Rückstellungen

Als Rückstellungen werden gemäß IAS 37 rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten ausgewiesen, die auf zurückliegenden Ereignissen beruhen, bei denen es wahrscheinlich ist, dass sie zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden, und bei denen eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Unterscheidet sich der auf Basis eines marktüblichen Zinssatzes ermittelte Barwert der Rückstellung wesentlich vom geschätzten Zahlungsbetrag, wird der Barwert der Verpflichtung angesetzt.

Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern

Abfertigungen

Abfertigungsrückstellungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Mitarbeitern gebildet, die sich im Falle der Erreichung des Pensionsantrittsalters sowie bei der Beendigung des Dienstverhältnisses durch den Dienstgeber ergeben. Die Höhe der Ansprüche ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt maximal 12 Monatsgehälter. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) und basiert auf einer sachgerechten Schätzung des Abzinsungsfaktors, der Gehaltssteigerungen, des Pensionsantrittsalters und der Fluktuation. Der Zinsaufwand wird im Finanzergebnis und nicht im Personalaufwand ausgewiesen.

Für alle nach dem 31.12.2002 in Österreich beginnenden Arbeitsverhältnisse besteht kein Direktanspruch des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber auf eine gesetzliche Abfertigung. Für diese Arbeitsverträge zahlt der Arbeitgeber monatlich 1,53% des Bruttoentgelts in eine Mitarbeitervorsorgekasse, in der die Beiträge auf einem Konto des Arbeitnehmers veranlagt werden. Bei diesem Abfertigungsmodell ist der Arbeitgeber nur zur regelmäßigen Leistung der Beiträge verpflichtet. Aus diesem Grund erfolgt eine Bilanzierung als beitragsorientierter Plan gemäß IAS 19.

Jubiläumsgelder

Gemäß einer Betriebsvereinbarung erhalten Arbeiter nach 25 Dienstjahren ein Jubiläumsgeld im Ausmaß von einem halben bzw. nach 40 Dienstjahren im Ausmaß von einem Monatslohn. Für Angestellte sieht die Betriebsvereinbarung nach 25 Dienstjahren eine Zuwendung von einem Monatsgehalt und nach 45 Dienstjahren eine Zuwendung im Ausmaß von zwei Monatsgehältern vor. Diese Betriebsvereinbarung gilt für Mitarbeiter mit einem Eintrittsdatum bis 31.12.2002. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) und basiert auf einer sachgerechten Schätzung des Abzinsungsfaktors, der Gehaltssteigerungen und der Fluktuation. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden sofort erfolgswirksam im Personalaufwand erfasst.



Erlöse aus Kundenverträgen

Erlöse werden gemäß dem control approach (anstatt dem vorherigen risk and reward-Modell) zum Zeitpunkt bzw. im Zeitraum des Übergangs der Kontrolle realisiert, wobei das 5-stufige Rahmenmodell im Konzern umgesetzt wurde. Zu Beginn des Modells steht die Identifizierung des Vertrages mit dem Kunden, gefolgt von der Identifizierung der separaten Leistungsverpflichtungen. Demnach sind eigenständig abgrenzbare Dienstleistungen sowie Bündel aus Gütern und Dienstleistungen zu separieren. Im dritten Schritt wird der Transaktionspreis bestimmt. Als Transaktionspreis gilt der Betrag der Gegenleistung, auf den das liefernde Unternehmen im Austausch gegen die gelieferten Güter oder Dienstleistungen erwartungsgemäß Anspruch hat. Anschließend wird der Transaktionspreis auf die identifizierten Leistungsverpflichtungen aufgeteilt. Im letzten Schritt ist die Umsatzrealisierung bei Erfüllung der Leistungsverpflichtung festzustellen. Die Umsatzrealisierung findet entweder über einen bestimmten Zeitraum oder zu einem bestimmten Zeitpunkt statt. Alle wesentlichen im Konzern bilanzierten Kundenverträge des Geschäftsjahres 2018/19 werden zeitpunktbezogen realisiert.

Bestimmte Kosten, die bei der Anbahnung und der Erfüllung eines Vertrages über die Lieferung von Gütern und Dienstleistungen an den Kunden entstehen, müssen entsprechend den Vorgaben von IFRS 15 aktiviert werden. Diese Vertragskosten (hauptsächlich Vertriebsprovisionen) werden aktiviert und analog dem Übergang der Verfügungsgewalt von Gütern und Dienstleistungen an den Kunden amortisiert.

Unter den Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden werden sämtliche Verpflichtungen, Güter oder Dienstleistungen, für die der Konzern bereits eine Gegenleistung erhalten hat, ausgewiesen. Der Großteil der Position betrifft dabei vor allem Anzahlungen von Kunden.

Der für die Gesellschaft wesentlichste Kundenvertrag betrifft die Lieferung des österreichischen Reisepasses an die Republik Österreich. Dieser Vertrag sieht für die unterschiedlichen Passkategorien (vor allem Erwachsenenpass und Kinderpass) ein Entgelt je ausgeliefertem Stück vor, wobei dieses sich aus Komponenten für das Pass-Booklet, den Chip und die Personalisierung zusammensetzt. Die Erlösrealisierung erfolgt zeitpunktbezogen bei Auslieferung der Pässe. Für bestimmte Preisbestandteile richtet sich das Entgelt pro Einheit nach der Gesamtzahl der im Kalenderjahr ausgelieferten Pässe (stückzahlenabhängige Staffelpreise). Da das Geschäftsjahr des Konzerns der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG jeweils zum 31. März eines jeden Jahres endet, besteht die Notwendigkeit, den Preis für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten (betroffenen) Produktgruppen auf Basis der Erwartungen für die Gesamtabatzmengen im Kalenderjahr abzuschätzen.

Sofern zum Bilanzstichtag damit zu rechnen ist, dass der auf Basis einer jährlichen erwarteten Absatzmenge festgelegte unterjährige Verrechnungspreis pro Einheit aufgrund höherer Absatzmengen zum Jahresende (Kalenderjahr) nach unten angepasst werden muss, wird für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten Produkte der erwartete niedrigere Preis realisiert und die erwartete Gutschrift an die Abnehmer in Form einer Vertragsverbindlichkeit aus Verträgen mit Kunden abgegrenzt.

Derzeit läuft eine Ausschreibung für die Lieferung sämtlicher Hochsicherheitsdokumente der Republik Österreich, die auch den österreichischen Reisepass umfasst. In diesem mehrstufigen Verfahren hat sich der Konzern für die Verhandlungsrunde qualifiziert. Mit dem Zuschlag an den Bestbieter wird im Zuge des Sommers 2019 gerechnet. Auswirkungen auf das Geschäft werden aufgrund der durch die Ausschreibung normierten (rechtlichen und faktischen) Vorlaufzeiten frühestens für das Geschäftsjahr 2022/23 erwartet.

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird gemäß IAS 33 ermittelt. Demnach sind zwei Kenngrößen, das unverwässerte und das verwässerte Ergebnis je Aktie, zu berechnen und auszuweisen.

Ertragsteuern

Der für das Geschäftsjahr ausgewiesene Ertragsteueraufwand umfasst neben den laufenden Ertragsteuern auch die Veränderung der latenten Steuern.

Latente Steuern werden – unter Bedachtnahme auf die in IAS 12.15 und IAS 12.24 geregelten Ausnahmeregelungen – für alle temporären Differenzen zwischen der Steuerbasis der Vermögenswerte/Verbindlichkeiten (tax base) und ihren Buchwerten im IFRS-Abschluss angesetzt (Balance Sheet Liability-Methode).

Im Sommer 2014 fand eine Betriebsprüfung im Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG statt. Ein wesentlicher Diskussionspunkt war dabei die Anerkennung der steuerlichen Firmenwertabschreibung im Rahmen der Gruppenbesteuerung. Seitens der Finanzverwaltung wird dabei der im Jahr 2007 stattgefundenen Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH als ein die Firmenwertabschreibung (und in weiterer Folge auch den Abzug der Fremdfinanzierungskosten) ausschließender Erwerb von einem konzernzugehörigen Unternehmen bzw. von einem unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausübenden Gesellschafter qualifiziert. Nach Auffassung des Konzerns liegen derartige Ausschlussgründe nicht vor.

Für die Bilanzierung unsicherer Steuerpositionen wird ein zweistufiger Ansatz gewählt. Eine Bilanzierung erfolgt demnach nur, wenn die Mindestwahrscheinlichkeit größer als 50% ist. Somit führen unsichere Steuerpositionen, bei welchen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit mit einem Eintritt gerechnet wird, zu einem bilanziellen Ansatz.

Aufgrund des Fortgangs der Betriebsprüfung im Geschäftsjahr 2017/18 (Nichtanerkennung der Firmenwertabschreibung im Rahmen der Übermittlung der vorläufigen Prüfungsfeststellung im Dezember 2017 sowie dazu mit der Betriebsprüfung abgehaltene Besprechung Ende Februar 2018) wurde daher bereits im Vorjahr eine in den Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern enthaltene Vorsorge in Höhe von TEUR 3.351 gebildet, welche mögliche Steuernachzahlungen in Folge der Nichtanerkennung geltend gemachter Firmenwertabschreibungen, mit der Akquisition zusammenhängender Fremdkapitalzinsen (ab 2011) sowie sich in Folge ergebender Anspruchsinsen umfassen.



Im Berichtsjahr wurde die Betriebsprüfung abgeschlossen und mit Bescheid vom Februar 2019 festgestellt, dass die Firmenwertabschreibung von der Finanzbehörde nicht anerkannt wird. Da der Vorstand eine andere Rechtsauffassung vertritt, werden alle notwendigen Schritte gesetzt um die gegebene Zulässigkeit der steuerlichen Firmenwertabschreibung nachzuweisen bzw. durchzusetzen. Entsprechend wurde die Rückstellung angesetzt und beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 3.087.

Soweit latente Steuern im Rahmen einer Transaktion, die keinen Unternehmenszusammenschluss darstellt, aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit entstehen, die zum Zeitpunkt der Transaktion weder einen Effekt auf den bilanziellen noch auf den steuerlichen Gewinn oder Verlust hat, unterbleibt die Steuerabgrenzung sowohl zum Zeitpunkt des Erstansatzes als auch danach.

Latente Steuerverbindlichkeiten, die durch temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen entstehen, werden nicht angesetzt, wenn der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen vom Konzern bestimmt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit aufgrund dieses Einflusses nicht umkehren werden.

Latente Steuerforderungen werden in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuernder Gewinn verfügbar sein wird, gegen den die temporäre Differenz verwendet wird. Im Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG liegen keine Verlustvorträge vor, so dass derzeit kein Anwendungsbereich für eine Aktivierung eines Steuervorteils aus Verlustvorträgen gegeben ist.

Zu jedem Bilanzstichtag werden die bisher unberücksichtigten sowie der Buchwert der gebildeten künftigen Steueransprüche neu eingeschätzt. Jene bisher nicht aktivierten künftigen Steueransprüche werden in dem Ausmaß berücksichtigt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass der zukünftige steuerbare Gewinn die Verwendung der künftigen Steueransprüche zulässt. Im Gegensatz dazu wird der Buchwert der aktivierten künftigen Steueransprüche in jenem Ausmaß wertberichtigt, in dem es nicht länger wahrscheinlich ist, dass in Zukunft genügend steuerbare Gewinne zur Verwendung der aktivierten künftigen Steueransprüche vorhanden sein werden.

Latente Steuern werden direkt mit dem Eigenkapital verrechnet oder diesem gutgeschrieben, wenn die Steuer sich auf Posten bezieht, die in derselben oder in einer anderen Periode mit dem Eigenkapital verrechnet oder diesem gutgeschrieben werden.

Latente Steuern werden unter Anwendung der Steuersätze und Steuervorschriften bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder im Wesentlichen gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuerforderung bzw. der Begleichung der latenten Steuerverbindlichkeit erwartet wird. Da der Ertrag der Gesellschaft lediglich in Österreich zu versteuern ist, kommt der derzeit gültige Körperschaftsteuersatz von 25% zur Anwendung.

Ermessensbeurteilungen und zukünftige Schätzungen

Im Zuge der Erstellung des Konzernabschlusses muss der Vorstand Schätzungen vornehmen und Annahmen treffen, die die Höhe der ausgewiesenen Vermögenswerte und Schulden sowie der angeführten Eventualverbindlichkeiten am Bilanzstichtag und die Aufwendungen und Erträge während des Berichtszeitraumes beeinflussen können. Die tatsächlichen Werte können von diesen Schätzungen abweichen. Sämtliche Schätzungen und Beurteilungen werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Insbesondere bei folgenden Annahmen und Schätzungen besteht ein Risiko, dass es in zukünftigen Geschäftsjahren zu einer Anpassung von Vermögenswerten und Schulden kommen kann:

- ❖ Versorgungspläne für Arbeitnehmer: Die Bewertung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldansprüche beruht auf einer Methode, bei der Parameter wie der erwartete Abzinsungsfaktor, Gehalts- und Pensionssteigerungen sowie Fluktuationsraten angewendet werden. Wenn sich die relevanten Parameter erheblich anders entwickeln als erwartet, kann dies Auswirkungen auf die Rückstellungen und in der Folge auf die Nettopersonalaufwendungen des Konzerns haben. Die diesbezüglichen Buchwerte und Sensitivitätsanalysen werden unter Punkt B24 dargestellt.
- ❖ Wertminderung: Die Werthaltigkeitsprüfung des Firmenwertes sowie der sonstigen immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen basiert grundsätzlich auf geschätzten künftigen abgezinsten Netto-Zahlungsströmen. Faktoren wie geringere Umsatzerlöse und daraus resultierende niedrigere Nettozahlungsströme sowie Änderungen der verwendeten Abzinsungsfaktoren können zu einer Wertminderung führen. Ein großer Teil der Umsatzerlöse der Österreichische Staatsdruckerei GmbH resultiert aus der Herstellung von Ausweisen und amtlichen Dokumenten für die Republik Österreich. In Folge der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes im März 2018, wonach die nach Maßgabe der Bestimmungen des § 2 Abs. 3 Staatsdruckereigesetzes bisher durchgeführte direkte Vergabe von Aufträgen der Republik Österreich gegen EU-Recht verstößt, wurden im Juni 2018 sämtliche Hochsicherheitsausweise der Republik Österreich EU-weit ausgeschrieben. Das Vergabeverfahren läuft zweistufig: Nach der Präqualifikation wird mit den qualifizierten Bietern verhandelt. Aktuell läuft das Verhandlungsverfahren. Aufgrund der Aussagen der vergebenden Stelle rechnen wir mit einem Zuschlag an den Bestbieter im Zuge des Sommers 2019. Wir haben uns für die Verhandlungsrunde qualifiziert und sehen uns bestens gerüstet. Die Leistungen für die Republik Österreich sind von hoher Kundenzufriedenheit geprägt und der Konzern verfügt über hohes Know-how. Wesentliche Auswirkungen auf das Geschäft werden aufgrund der durch die Ausschreibung normierten Vorlaufzeiten frühestens für das Geschäftsjahr 2022/23 erwartet. Die durchgeführte Überprüfung der Werthaltigkeit des Firmenwertes hat zu keiner Wertminderung geführt. Hinsichtlich Buchwert und weiterer Sensitivitätsberechnungen sowie der Beschreibung der herangezogenen Bewertungsparameter wird auf die Ausführungen unter Punkt B13 verwiesen.



- ❖ Einschätzung der Nutzungsdauern des Anlagevermögens: Die Nutzungsdauern werden nach den Gegebenheiten des Konzerns bei üblicher Instandhaltung festgelegt. Die tatsächliche Nutzungsdauer kann von diesen Einschätzungen abweichen. Die Buchwerte sind unter Punkt B13 und B14 dargestellt.
- ❖ Gutschriften: Die Abrechnung von bestimmten Produktgruppen erfolgt auf Basis eines Rahmenvertrages, der ein Entgelt pro Produkteinheit vorsieht, das in Abhängigkeit von der Gesamtzahl der im Kalenderjahr ausgelieferten Produkte steht (stückzahlenabhängige Staffelpreise). Da das Geschäftsjahr des Konzerns der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG jeweils zum 31. März eines jeden Jahres endet, besteht die Notwendigkeit, den Preis für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten (betroffenen) Produktgruppen auf Basis der Erwartungen für die Gesamtabatzmengen im Kalenderjahr abzuschätzen. Sofern zum Bilanzstichtag damit zu rechnen ist, dass der auf Basis einer jährlichen erwarteten Absatzmenge festgelegte unterjährige Verrechnungspreis pro Einheit aufgrund höherer Absatzmengen zum Jahresende (Kalenderjahr) nach unten angepasst werden muss, wird für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten Produkte der erwartete niedrigere Preis realisiert und die erwartete Gutschrift an die Abnehmer in Form einer sonstigen Verbindlichkeit abgegrenzt. Eine Verminderung der für die Monate April bis Dezember geschätzten Gesamtabatzmenge um 10% hätte zum Ausweis eines um TEUR 48 (im Vorjahr TEUR 138) höheren Ergebnisses geführt. Eine Erhöhung der geschätzten Absatzmenge um 10% hätte zu einem um TEUR 88 reduzierten Ergebnis (im Vorjahr TEUR -46) geführt.
- ❖ Vorräte: Bei der Bewertung der Vorräte werden Annahmen zur Gängigkeit sowie zu den erzielbaren Veräußerungspreisen getroffen. Da die Verkaufspreise im Regelfall fixiert sind und die Produktion primär auftragsbezogen erfolgt, bestehen bei der Bewertung der Vorräte keine nennenswerten Unsicherheiten. Die Buchwerte der Vorräte sind unter Punkt B18 ersichtlich.
- ❖ Unsichere Steuerpositionen: Im Rahmen der im Berichtsjahr abgeschlossenen Betriebsprüfung wurden seitens der Finanzverwaltung das Vorliegen der Voraussetzungen für die Firmenwertabschreibung im Rahmen der Gruppenbesteuerung nicht anerkannt. Bereits im Vorjahresabschluss hat der Konzern aufgrund der sich abzeichnenden Ablehnung der Finanzverwaltung entsprechende Vorsorgen getroffen. Der Vorstand vertritt weiterhin eine andere Rechtsauffassung. Eine Anerkennung der Firmenwertabschreibung ist allerdings nur durch Rechtsmittel zu erstreiten, wobei gerichtliche bzw. höchstgerichtliche Entscheidungen schwer vorhersehbar sind und in diesem Fall auch von einer mehrjährigen Verfahrensdauer ausgegangen werden muss. Für eine detailliertere Beschreibung wird auf die Ausführungen in Punkt B10 und B22 verwiesen.

Kapitalmanagement

Ziele des Kapitalmanagements sind:

- ❖ Sicherstellung der kurz-, mittel- und langfristigen Liquidität
- ❖ Steigerung des Unternehmenswertes
- ❖ Erreichung der Wachstumsziele des Konzerns
- ❖ Optimierung der Kapitalstruktur hinsichtlich der Refinanzierungskosten
- ❖ Dividendenfähigkeit
- ❖ Ertragskraft

Das wirtschaftliche Eigenkapital entspricht dem in der Konzernbilanz ausgewiesenen Eigenkapital. Bei einer Bilanzsumme von TEUR 56.327 (im Vorjahr TEUR 57.822) beträgt die Eigenkapitalquote zum 31.03.2019 39,0% (im Vorjahr 38,5%).



chainlock
INNOVATIVE. SIMPLE. OFFLINE.

In collaboration with
coinfinity

The secure private key for digital currencies.
chainlock.com

YOUNIQX
A Company of the
Austrian State Printing House
OSD

B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung

1 Umsatzerlöse

Die Effekte aus der erstmaligen Anwendung von IFRS 15 auf die Erlöse aus Kundenverträgen ist im Kapitel A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden beschrieben und dargestellt. Innerhalb der Umsatzerlöse selbst kam es zu keinen wesentlichen Auswirkungen aufgrund der neuen Vorschriften.

Der Konzern ist Anbieter von gesamtheitlichen Identitätsmanagementleistungen. Dies umfasst die Entwicklung und Herstellung von Sicherheitsdokumenten, bei deren Herstellungsprozess Geheimhaltung bzw. die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften geboten ist (Sicherheitsdruck, z. B. elektronische Reisepässe), die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen (z. B. Personalisierung und Consulting) sowie die Bereitstellung integrierter Identitätsmanagementsysteme. Der Umsatz wird dabei realisiert, wenn die Lieferung und Leistung erfolgt und somit die Kontrolle über das Produkt an den Kunden übergeht. In der Regel entspricht dies den Zeitpunkt der Lieferung gemäß den spezifisch vereinbarten Lieferbedingungen. Dadurch sind keine wesentlichen Ermessungsentscheidungen notwendig. Wesentliche zeitraumbezogen realisierte Erlöse bestehen nicht.

Kunden des Konzerns sind neben der Republik Österreich (einschließlich der mit der mittelbaren Bundesverwaltung betrauten Organe der Landesverwaltung wie beispielsweise Bezirkshauptmannschaften und Magistrate) vor allem andere Staaten und internationale Organisationen. Ein kleinerer Teil der Umsatzerlöse entfällt auf Firmenkunden wie beispielsweise Versicherungen (Papierzulassungsscheine) oder Handelsunternehmen (Druck von Gutscheinen).

Wesentliche Rücknahme- und Erstattungspflichten und Garantien existieren nicht. Die vereinbarten Zahlungsbedingungen umfassen einen branchenüblichen Umfang, wesentliche Finanzierungskomponenten sind zum Stichtag nicht vorhanden.

Die Nachfrage an österreichischen Reisepässen war im Vorjahr aufgrund des Megapassjahres 2017 deutlich höher. Bei sämtlichen wesentlichen anderen österreichischen Hochsicherheitsausweisen, die von der OeSD hergestellt werden – Zulassungsschein, Personalausweis und Führerschein Card – konnte das starke Vorjahresniveau gehalten werden.

Der Auslandsumsatz umfasst Visa- und Reisepassaufträge für mehrere Staaten. Im Berichtsjahr wurde ein großer Reisepass-Auftrag begonnen, welcher zum Großteil im folgenden Geschäftsjahr 2019/20 zur Auslieferung kommt und zu einem deutlich höheren Umsatz führen wird. Ursache für die Umsatzschwankung ist der Projektcharakter des Auslandsgeschäfts.



Der Entwicklungsschwerpunkt des Konzerns lag wie in den Vorjahren bei Lösungsentwicklungen für eine sichere digitale Identität und konkreter Umsetzungsmöglichkeiten. Die aktuell wesentlichen Produkte der younix Identity AG sind MIA (My Identity App), MICK (My Identity Check) sowie die im November 2018 vorgestellte CHAINLOCK.

Die nachstehende Aufstellung zeigt die Verteilung des Umsatzes auf In- und Ausland:

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Umsatz Österreich	39.078	41.754
Umsatz Ausland	4.390	5.024
Gesamt	43.468	46.778

Bei jenen Verträgen, bei denen die Leistungsverpflichtung eine ursprünglich erwartete Laufzeit von mehr als einem Jahr beträgt, beträgt die Gesamthöhe des Transaktionspreises, der den noch nicht erfüllten Leistungsverpflichtungen zugeordnet ist, rd. TEUR 28.910. Es handelt sich bei diesen Verträgen durchgängig um Auslandsaufträge. Der Konzern erwartet, dass aus diesen Leistungsverpflichtungen im Geschäftsjahr 2019/20 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 13.805 resultieren sowie in den Jahren 2020/21ff Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 15.105 erwirtschaftet werden können.

Für jene Leistungsverpflichtungen, bei denen die ursprünglich erwartete Vertragslaufzeit weniger als ein Jahr beträgt wird von der Vereinfachungsbestimmung des IFRS 15.121 Gebrauch gemacht.

Weitere Erläuterungen zu den Umsatzerlösen finden sich unter Punkt C1 im Rahmen der Segmentberichterstattung.

2 Sonstige betriebliche Erträge

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Gesamt	350	3.033

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Berichtsjahr Kostenersätze in Zusammenhang mit schadhaften Rohstoffen in der Höhe von TEUR 120 (im Vorjahr TEUR 0) und gutgeschriebene Forschungsprämien sowie Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln in der Höhe von TEUR 63 (im Vorjahr TEUR 1) enthalten. Des Weiteren beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Umsatzboni von Lieferanten (TEUR 25, im Vorjahr TEUR 21) sowie Mieterträge aus der Vermietung eines Grundstücksstreifens der Betriebsliegenschaft (wie im Vorjahr TEUR 5). Aus der Abschlagszahlung der Republik Kosovo ergab sich im Vorjahr ein sonstiger betrieblicher Ertrag von TEUR 2.910. Der Rückgang bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist daher auf diesen Einmaleffekt des Vorjahres zurückzuführen.

3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Materialaufwand	12.472	12.160
Bezogene Leistungen	7.811	8.628
Gesamt	20.284	20.788

Im Materialaufwand werden insbesondere die Kosten für Papier, Folien, Inlays und Chip-Rohlinge erfasst.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen vor allem Porti und Postgebühren für den Versand der inländischen Sicherheitsdokumente an die Bürger sowie Frachtkosten von in Summe TEUR 4.868 (im Vorjahr TEUR 5.131). Weiters ist der Aufwand für externes Personal in Höhe von TEUR 2.039 (im Vorjahr TEUR 2.031) enthalten. Der Aufwand für Lohnarbeiten und Dienstleistungen von Dritten beträgt TEUR 692 (im Vorjahr TEUR 1.080).

Das Bestellobligo zum 31.03.2019 beträgt TEUR 5.029 (im Vorjahr TEUR 5.564).

4 Personalaufwand

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Löhne	2.414	2.524
Gehälter	7.424	7.226
Aufwendungen für Abfertigungen und MVK-Beiträge	155	220
Gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben	2.430	2.379
Sonstige Sozialaufwendungen	186	178
Gesamt	12.610	12.527

In den Aufwendungen für Abfertigungen und MVK-Beiträge sind keine freiwilligen Abfertigungszahlungen (im Vorjahr TEUR 58) sowie MVK-Beiträge in der Höhe von TEUR 114 (im Vorjahr TEUR 101) berücksichtigt.

Die Mitarbeiterstruktur setzt sich wie folgt zusammen:

	31.03.2019	31.03.2018	Durchschnitt		Veränderung	
			2018/19	2017/18	Ø	%
Arbeiter	56	58	56	58	-2	3
Angestellte	101	94	98	90	+8	9
Gesamt	157	152	154	148	+6	4

5 Abschreibungen

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	564	562
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.386	1.398
Gesamt	1.950	1.959

Abschreibungen aufgrund von Wertminderungen (Impairments) waren weder im Geschäftsjahr 2018/19 noch im Vorjahr erforderlich. Vermögenswerte mit Anschaffungs- oder Herstellkosten von bis zu EUR 400 werden als geringwertige Wirtschaftsgüter eingestuft und wegen untergeordneter Bedeutung sofort aufwandsmäßig verrechnet.

In den oben angeführten Abschreibungen sind Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von TEUR 16 (im Vorjahr TEUR 16) enthalten.

6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Mieten, Pacht und Leasing	169	197
Instandhaltung	1.197	1.610
Rechts- und Beratungsaufwand	1.247	1.279
Fremdleistungen	850	769
Werbeaufwand	675	436
Reisekosten	259	356
Versicherungsaufwendungen	68	65
Spesen des Geldverkehrs	299	50
Steuern	10	18
Übrige Aufwendungen	793	792
Gesamt	5.567	5.572

Vom Abschlussprüfer wurde für die Konzernabschlussprüfung und die Prüfung der Einzelabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ein Honorar in der Höhe von insgesamt TEUR 51 (im Vorjahr TEUR 50) verrechnet. Für sonstige Beratungsleistungen wurden TEUR 31 (im Vorjahr TEUR 29) verrechnet.

Der Anstieg der Spesen des Geldverkehrs im Berichtsjahr auf TEUR 299 (im Vorjahr TEUR 50) resultiert vor allem aus den bei der Auszahlung eines Dokumentenakkreditivs für ein internationales Reisepassprojekt angefallenen Spesen.

In den übrigen Aufwendungen sind Schulungs- und Tagungsaufwendungen in der Höhe von TEUR 180 (im Vorjahr TEUR 174), Gebühren und Umlagen in der Höhe von TEUR 182 (im Vorjahr TEUR 33), Telefonkosten in der Höhe von TEUR 71 (im Vorjahr TEUR 64), Mitgliedsbeiträge in der Höhe von TEUR 61 (im Vorjahr TEUR 47) sowie nicht produktbezogene Lizenzen in der Höhe von TEUR 95 (im Vorjahr TEUR 73) enthalten.

7 Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Finanzanlagen

Das Ergebnis aus der nach der Equity Methode bilanzierten Finanzanlagen beträgt im Geschäftsjahr 2018/19 TEUR -3 (im Vorjahr TEUR -4). Hinsichtlich der Detailausführungen wird auf die Erläuterungen unter Punkt 15 verwiesen.

8 Zinserträge und Zinsaufwendungen

Im Berichtsjahr gibt es keine Zinserträge (im Vorjahr TEUR 1). Die Zinsaufwendungen setzten sich wie folgt zusammen:

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Zinsen aus langfristigen Krediten	69	173
Zinsen aus Kontokorrentkrediten	17	46
Zinsen aus Finanzierungsleasingvereinbarungen	148	149
Zinsaufwand Abfertigungsrückstellung	29	26
Sonstige Zinsen	13	0
Gesamt	276	394

Die Zinsen aus langfristigen Krediten betreffen die Kreditzinsen für einen im Berichtsjahr verlängerten Kredit in der Höhe von TEUR 4.000, sowie die Kreditzinsen für die Finanzierung der neuen Druckmaschine im Wert von TEUR 2.190, die im Geschäftsjahr 2015/16 angeschafft wurde.

9 Sonstiges Finanzergebnis

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Dividenden aus Wertpapieren	6	5
Fair-Value-Bewertung nach IFRS 9	-3	0
Kursgewinne (+) / Kursverluste (-) aus Fremdwährungen	5	8
Gesamt	9	13

Eine nähere Erläuterung des sonstigen Finanzergebnisses unterbleibt mangels Wesentlichkeit.

10 Ertragsteuern

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Aufwand für laufende Ertragsteuern	1.010	5.245
Latenter Steueraufwand (+) / -ertrag (-)	272	343
Ertragsteueraufwand im Periodenergebnis berücksichtigt	1.282	5.588
Veränderung latenter Steuern im sonstigen		
Gesamtergebnis, Steueraufwand (+) / -ertrag (-)	-18	6

Jener Teil der latenten Steuern, der im sonstigen Gesamtergebnis ausgewiesen ist, steht ausschließlich im Zusammenhang mit versicherungsmathematischen Ergebnissen.

Im Geschäftsjahr 2007/08 wurde ein steuerlicher Gruppenvertrag zwischen der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG als Gruppenträger und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH als Gruppenmitglied abgeschlossen. Seit dem Geschäftsjahr 2011/12 sind auch die OeSD International GmbH und seit dem Geschäftsjahr 2017/18 die OeSD Europe GmbH und die younix Identity AG Gruppenmitglieder. Der Gruppenvertrag sieht vor, dass vom Gruppenmitglied für steuerpflichtige Ergebnisse eine Steuerumlage an den Gruppenträger zu leisten ist. Verluste werden evident gehalten und in den Folgejahren mit steuerpflichtigen Ergebnissen gegengerechnet.

In Folge einer Neueinschätzung des Risikos der steuerlichen Nichtanerkennung der Firmenwertabschreibung im Rahmen der Gruppenbesteuerung wurde im Vorjahr zum 31.03.2018 unter den Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern ausgewiesene Vorsorgen in Höhe von TEUR 3.351 gebildet. Der laufende Steueraufwand ist daher im Vorjahr durch diesen Sachverhalt maßgeblich erhöht.

Die Ursachen für den Unterschied zwischen rechnerischem und ausgewiesenem Ertragssteueraufwand im Konzern stellen sich folgendermaßen dar:

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Ergebnis vor Steuern	4.633	8.896
Konzernsteuersatz 25%		
Erwarteter Steueraufwand	-1.158	-2.224
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	-26	-245
Nicht steuerpflichtige Erträge	4	41
Steuerersparnis Firmenwertabschreibung § 9 KStG	0	0
Steuereffekte aus Vorperioden	-93	-3.161
Sonstige Auswirkungen	-9	0
Ausgewiesene Ertragsteuern	-1.282	-5.588
Effektiver Steuersatz	27,7%	62,8%

11 Sonstiges Ergebnis

Das sonstige Gesamtergebnis umfasst die Ergebnisse aus der Neubewertung der Schulden aus leistungsorientierten Verpflichtungen (versicherungsmathematische Effekte bei den Abfertigungsrückstellungen). Die versicherungsmathematischen Verluste sind insbesondere durch das gesunkene Zinsniveau bedingt. Die Ertragsteuern auf das sonstige Ergebnis stehen im Zusammenhang mit den Ergebnissen aus der Neubewertung der Schulden aus leistungsorientierten Verpflichtungen.

12 Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie ermittelt sich wie folgt:

	2018/19	2017/18
Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnender Jahresüberschuss (TEUR)	3.351	3.308
Gewichtete durchschnittliche Anzahl während der Periode ausstehender Aktien (Stück):	6.907.500	6.907.500
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (EUR):	0,49	0,48

	2018/19	2017/18
Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnender Jahresüberschuss (TEUR)	3.351	3.308
Gewichtete durchschnittliche Anzahl während der Periode ausstehender Aktien (Stück):	6.907.500	6.907.500
Verwässertes Ergebnis je Aktie (EUR):	0,49	0,48

Bei den unter Punkt B23 dargestellten gesellschaftsrechtlichen Ermächtigungen des Vorstandes hinsichtlich genehmigtes Kapital, Möglichkeit zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen sowie bedingtes Kapital handelt es sich noch nicht um potentiell verwässernde Aktien im Sinne des IAS 33, da noch keine Ausgabe erfolgt ist.

13 Immaterielle Vermögenswerte

Der Firmenwert in Höhe von TEUR 20.751 resultiert aus dem Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und wird als Teil der immateriellen Vermögenswerte ausgewiesen.

Der unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesene Firmenwert hat einen zum Vorjahr unveränderten Buchwert in Höhe von TEUR 20.751. Für Zwecke der Durchführung der Werthaltigkeitsprüfung wird der Firmenwert den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten (cash generating unit - CGU) bestehen die Segmente Security Print und e-government.

Die Aufteilung des Firmenwertes, welcher aus dem vor der erstmaligen IFRS-Bilanzierung zurückliegenden Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH resultiert, erfolgte auf Basis der im Erwerbszeitpunkt vorliegenden Businesspläne. Auf dieser Grundlage entfällt auf die CGU Security Print ein Firmenwert in Höhe von TEUR 8.035 und auf die CGU e-government ein Firmenwert in Höhe von TEUR 12.716.

Im Rahmen des Werthaltigkeitstests wurde durch Diskontierung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme der Nutzungswert für die beiden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelt. Die Zahlungsströme für das Geschäftsjahr 2019/20



wurden auf Basis des vom Aufsichtsrat genehmigten Budgets angesetzt. Im Hinblick auf die laufende Ausschreibung für sämtliche Hochsicherheitsausweise der Republik Österreich liegt noch keine vom Aufsichtsrat formal genehmigte darüberhinausgehende Mittelfristplanung vor. Aufgrund der durch die Ausschreibung normierten Vorlaufzeiten (rechtlicher wie faktischer Natur) geht der Vorstand davon aus, dass die Ergebnisse der Ausschreibung für den Konzern frühestens im Geschäftsjahr 2022/23 zu relevanten Auswirkungen in den Zahlungsströmen führen können. Aus diesem Grund wurde im Rahmen des Werthaltigkeitstests für den dreijährigen Detailplanungszeitraum von einer gesicherten Fortführung der bestehenden Aufträge ausgegangen. Weitere wesentlichen Annahmen sind eine Ausweitung des Auslandsgeschäfts (zum überwiegenden Teil auf Basis bereits eingegangener oder schon in Umsetzung befindlicher Aufträge) sowie eine Absatzentwicklung beim österreichischen Reisepass auf der Grundlage der zu erneuernden Reisepässe nach Ablauf deren zeitlicher Gültigkeit. Bei den übrigen wesentlichen Positionen der Inlandsumsätze, welche den Führerschein und die Zulassungsscheinkarte betreffen, wird im Wesentlichen von einer konstanten Mengenentwicklung ausgegangen. Die in der Dreijahresplanung angesetzten Umsätze liegen für das Budgetjahr 2019/20 aufgrund eines bereits in Umsetzung befindlichen ausländischen Großauftrages sowie eines stärkeren Passjahres deutlich über dem Umsatz der Berichtsperiode. Für die beiden Folgejahre wird im Schnitt mit einem knapp 9% höheren Umsatzniveau als in der Berichtsperiode gerechnet.

Unterteilt nach den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ergibt sich für die CGU Security Print ein im Jahr 2019/20 aufgrund der Auslandsaufträge deutlich höheres Umsatzniveau als in der Berichtsperiode bzw. für die beiden Folgejahre ein etwas unter der Berichtsperiode liegendes Umsatzniveau. Für die CGU e-government wird im Dreijahreszeitraum von durchschnittlich 12% höheren Umsatzerlösen als in der Berichtsperiode ausgegangen.

Für die Cashflow-Prognosen nach dem dreijährigen Detailplanungszeitraum wird wie im Vorjahr von einer aus den Vergangenheitswerten der Peer Group abgeleiteten EBIT-Marge ausgegangen. Diese beträgt für beide CGU 6,82% (im Vorjahr 7,66%). Diese EBIT-Margen liegen unter den Vergangenheits- bzw. dreijährigen Planungsdaten des Konzerns. In der wurde wie im Vorjahr eine Wachstumsrate von 2% unterstellt, wobei eine Thesaurierungsquote von 42,79% (im Vorjahr 42,87%) berücksichtigt wurde.

Die Diskontierung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme erfolgt mit einem WACC (vor Steuern) in Höhe von 6,23% (im Vorjahr ebenfalls 6,23%). Die Ermittlung des WACC erfolgte auf Basis von Kapitalmarktdaten von Vergleichsunternehmen. Das unverschuldete Beta wurde für die Peer Group mit 0,54 (im Vorjahr 0,5) ermittelt. Unter Berücksichtigung des Verschuldungsgrades der Peer Group ergibt sich ein verschuldetes Beta von 0,65 (im Vorjahr 0,56).

Die ermittelten Nutzungswerte liegen in beiden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten deutlich über den Buchwerten der auf ihre Werthaltigkeit überprüften Vermögenswerte (Firmenwert, andere immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen).

Die durchgeführten Sensitivitätsanalysen zeigen, dass sich weder bei einem um 1%-Punkt höheren Zinssatz (WACC) noch bei einer um 1% reduzierten Wachstumsrate in der ewigen Rente oder bei durchgängig um 10% geringerer Cashflows ein Impairmentbedarf ergibt. Lediglich im Falle eines negativen Ausgangs der Ausschreibung bei gleichzeitigem Nichtgelingen der Akquisition neuer (alternativer) Aufträge nach Ablauf der angesprochenen Übergangszeiten könnte dazu führen, dass der Buchwert der CGU ihren erzielbaren Wert übersteigt. Aus Sicht des Vorstands sprechen zum Bilanzstichtag keine Gründe dafür, die den Eintritt eines solchen Szenarios mit einigermaßen realistischer Wahrscheinlichkeit erwarten lassen würden.

In den immateriellen Vermögenswerten sind Entwicklungskosten gemäß IAS 38 mit Herstellungskosten von TEUR 4.518 (im Vorjahr TEUR 3.693) bzw. einem Restbuchwert von TEUR 2.190 (im Vorjahr TEUR 1.740) enthalten. Die Buchwerte betreffen im Ausmaß von TEUR 51 (im Vorjahr TEUR 203) Entwicklungen in Zusammenhang mit dem österreichischen Reisepass mit Chip. Die Entwicklungskosten für Scheckkartenformate mit Chip haben einen Buchwert von TEUR 300 (im Vorjahr TEUR 33), der Buchwert von weiteren Sicherheitsinnovationen, unter anderem die Entwicklung der MIA- My Identity App inklusive neuer Features und Weiterentwicklungen sowie der neuen Personalisierungsplattform betragen TEUR 1.839 (im Vorjahr TEUR 1.504).

Im Geschäftsjahr wurden Entwicklungskosten in der Höhe von TEUR 825 (im Vorjahr TEUR 308) aktiviert. An Forschungs- und Entwicklungskosten wurden TEUR 222 (im Vorjahr TEUR 200) aufwandswirksam erfasst.



Die Gliederung der immateriellen Vermögenswerte ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Immaterielle Vermögensgegenstände (alle Werte in TEUR)

Anschaffungs- und Herstellungskosten	Firmenwert	Rechte, Daten- verarbeitungs- programme	Aktiviert Entwicklungs- kosten	Geleistete Anzahlungen	Summe
Stand 01.04.2018	20.751	2.033	3.693	0	26.477
Zugänge	0	89	825	0	914
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Abgänge	0	1	0	0	1
Stand 31.03.2019	20.751	2.120	4.518	0	27.389
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.04.2018	0	1.626	1.953	0	3.579
Zugänge	0	188	375	0	564
Abgänge	0	1	0	0	1
Stand 31.03.2019	0	1.813	2.328	0	4.141
Buchwerte per 01.04.2019	20.751	407	1.740	0	22.898
Buchwerte per 31.03.2019	20.751	307	2.190	0	23.248

Anschaffungs- und Herstellungskosten	Firmenwert	Rechte, Daten- verarbeitungs- programme	Aktiviert Entwicklungs- kosten	Geleistete Anzahlungen	Summe
Stand 01.04.2017	20.751	1.904	3.385	157	26.197
Zugänge	0	56	308	0	364
Umbuchungen	0	157	0	-157	0
Abgänge	0	84	0	0	84
Stand 31.03.2018	20.751	2.033	3.693	0	26.477
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.04.2017	0	1.520	1.581	0	3.101
Zugänge	0	190	372	0	562
Abgänge	0	84	0	0	84
Stand 31.03.2018	0	1.626	1.953	0	3.579
Buchwerte per 01.04.2017	20.751	385	1.804	157	23.096
Buchwerte per 31.03.2018	20.751	407	1.740	0	22.898

14 Sachanlagen

Die Gliederung der Sachanlagen ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Sachanlagevermögen (alle Werte in TEUR)

Anschaffungs- und Herstellungskosten	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen	Summe
Stand 01.04.2018	12.471	16.600	3.797	150	33.018
Zugänge	27	265	338	84	714
Umbuchungen	0	150	0	-150	0
Abgänge	0	375	59	0	435
Stand 31.03.2019	12.498	16.639	4.075	84	33.297
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.04.2018	3.356	13.746	2.938	0	20.040
Zugänge	480	585	322	0	1.386
Abgänge	0	375	59	0	435
Stand 31.03.2019	3.835	13.956	3.200	0	20.991
Buchwerte per 01.04.2019					
	9.115	2.854	859	150	12.979
Buchwerte per 31.03.2019					
	8.663	2.684	875	84	12.306

Anschaffungs- und Herstellungskosten	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen	Summe
Stand 01.04.2017	12.429	16.895	3.305	0	32.628
Zugänge	42	65	564	150	822
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Abgänge	0	360	72	0	432
Stand 31.03.2018	12.471	16.600	3.797	150	33.018
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.04.2017	2.888	13.504	2.658	0	19.050
Zugänge	467	602	329	0	1.398
Abgänge	0	360	49	0	408
Stand 31.03.2018	3.356	13.746	2.938	0	20.040
Buchwerte per 01.04.2017					
	9.541	3.391	647	0	13.578
Buchwerte per 31.03.2018					
	9.115	2.854	859	150	12.979

Das Bestellobligo per 31.03.2019 für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte beträgt TEUR 979 (per 31.03.2018 TEUR 343). Bezüglich der Leasinganlagen wird auf den Punkt C4 verwiesen.

15 Nach der Equity Methode bilanzierte Finanzanlagen

Die Gesellschaft weist zum Stichtag 31.03.2019 Finanzanlagen, welche nach der Equity Methode bilanziert werden aus. Dabei handelt es sich um das gemeinschaftlich geführte Unternehmen European Trust Services GmbH. Die Gesellschaft weist ebenfalls den 31. März als Bilanzstichtag auf.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertansätze für die Beteiligung entsprechend IFRS 12 – Angaben zu Beteiligungen und anderen Unternehmen:

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Umsatzerlöse	0	0
Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-3	-8
<i>davon</i>		
<i>Abschreibungen</i>	0	0
<i>Zinsaufwand</i>	0	0
<i>Ertragssteueraufwand</i>	-1	-1
sonstiges Ergebnis	0	0
Gesamtergebnis des Jahres	-3	-8
kurzfristige Vermögenswerte	25	36
<i>davon liquide Mittel</i>	24	34
langfristige Vermögenswerte	0	0
kurzfristige Verbindlichkeiten	1	9
<i>davon kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten</i>	0	8
langfristige Verbindlichkeiten	0	0
<i>davon langfristige finanzielle Verbindlichkeiten</i>	0	0
Nettovermögen	24	27
Anteil der Gruppe am Nettovermögen zu Beginn des Jahres	14	0
Neuzugang	0	18
Anteil am Jahresergebnis	-1	-4
- abzüglich bezogene Dividenden	0	0
realisierte Währungsgewinne/-verluste	0	0
Anteil der Gesellschaft am Nettovermögen per 31.03.	12	14
Buchwert nach der Equity Methode bilanzierter Finanzanlagen per 31.03.	12	14

16 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

31.03.2019 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.783	0	0	6.783
Gesamt	6.783	0	0	6.783

31.03.2018 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.588	0	0	6.588
Gesamt	6.588	0	0	6.588

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen zur Gänze aus dem Verkauf von Druckprodukten und Sicherheitsdienstleistungen.

Zum 31.03.2019 wurden wie im Vorjahr keine Wertberichtigungen gebildet. Da es sich bei den Kunden des Konzerns um staatsnahe Betriebe bzw. Behörden handelt und entsprechende Absicherungen zur Abdeckung des Ausfallsrisikos durchgeführt werden ist das Ausfallsrisiko äußerst gering einzustufen. Aufgrund der mangelnden Wesentlichkeit für den Konzernabschluss wird daher auf eine gemäß IFRS 9 vorzunehmende Wertberichtigung auf Basis des zu erwarteten Kreditverlustes verzichtet.

Die überfälligen und nicht wertberichtigten Forderungen gliedern sich wie folgt:

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
1 – 60 Tage	1.384	1.104
61 – 120	116	0
Über 121 Tage	168	439
Gesamt	1.668	1.543

Aus den Erfahrungen des Konzerns mit öffentlichen Auftraggebern sind mitunter Abweichungen im Zahlungsverhalten vom Fälligkeitsdatum zu beobachten und regelmäßig auf behördeninterne Freigabeprozesse zurückzuführen. Die Erfahrung zeigt, dass derartige Zahlungsverzögerungen allein noch keinen Hinweis auf ein erhöhtes Ausfallsrisiko liefern. Den über 121 Tagen offenen Forderungen liegt ein vertraglich vereinbarter Zahlungsplan zugrunde.

17 Vertragskosten

Die Vertragskosten betreffen im Wesentlichen die Verkaufsprovisionen sowie Kosten für die Vertragsanbahnung. Diese Kosten wurden aktiviert und werden analog zum Übergang der Verfügungsgewalt von Gütern und Dienstleistungen auf den Kunden amortisiert.



Die aktivierten Vertragskosten entwickelten sich wie folgt:

	31.03.2019 (in TEUR)
Stand 01.04.2018	377
Im Berichtsjahr aktivierte Vertragskosten	119
Im Berichtsjahr aufwandswirksam erfasste Amortisation	-98
Erfasste Wertminderung	0
Stand 31.03.2019	398

Der Aufwand aus der Amortisation der aktivierten Vertragskosten ist in der Position Personalaufwand enthalten.

Die den Vertragskosten zugrunde liegenden Umsätze werden überwiegend im nächsten Geschäftsjahr 2019/20 realisiert (97%). Die restlichen Projekte haben eine Laufzeit von bis zu 3 Jahren.

18 Vorräte

Die Aufteilung des Vorratsvermögens stellt sich wie folgt dar:

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.925	1.380
Unfertige Erzeugnisse	3.577	2.903
Fertige Erzeugnisse und Waren	405	409
Gesamt	6.906	4.692

Es werden Stichtags- bzw. permanente Inventuren durchgeführt.

Im Geschäftsjahr 2018/19 wurden keine Wertberichtigungen auf Vorräte (im Vorjahr TEUR 32) aufwandswirksam erfasst. Der Buchwert der zum Nettoveräußerungswert angesetzten Vorräte beläuft sich im Vorjahr per 31.03.2018 auf TEUR 122.

19 Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte

Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Wertpapiere und Anteile	71	74
Debitorische Kreditoren	34	41
Forderungen Kostenersätze iZm schadhaften Rohstoffen	120	0
Sonstige Forderungen	133	6
Gesamt	358	121

Bei den Wertpapieren und Anteilen handelt es sich um Aktien an einem ungarischen und an einem griechischen Unternehmen. Die Bewertung erfolgt mit dem Börsenkurs zum Bilanzstichtag.

20 Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte

Sonstige kurzfristige nicht finanzielle Vermögenswerte	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Forderungen aus Steuern und Abgaben	387	563
geleistete Anzahlungen und Rechnungsabgrenzungen	915	434
Gesamt	1.303	997

Die Forderungen aus Steuern und Abgaben betreffen wie im Vorjahr Vorsteuerguthaben.

21 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Kassenbestand	3	6
Guthaben bei Kreditinstituten	5.014	9.528
Wertberichtigung nach IFRS 9	-5	0
Gesamt	5.012	9.534

Sämtliche Bestandteile der liquiden Mittel stehen zur freien Verfügung des Konzerns. Gemäß IFRS 9 und basierend auf einem expected-credit-loss-Modell wurde eine Risikovorsorge auf Basis der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Erwartungen potentieller Ausfälle bei der Veranlagung vorgesehen. Dabei wurden offizielle Ratingangaben der einzelnen Bankinstitute für die Berechnung der Ausfallwahrscheinlichkeiten herangezogen.

22 Latente Steuern und Verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern

Die Steuerlatenzen resultieren im Wesentlichen aus der unterschiedlichen Behandlung von Leasingvereinbarungen (Anlagevermögen bzw. Verbindlichkeiten), aktivierten Entwicklungskosten, der Zeitwertbewertung von Wertpapieren, aus den Abfertigungsrückstellungen sowie aus Vertragskosten gemäß IFRS 15. Steuerlich wurden die Abfertigungsrückstellungen im Geschäftsjahr 2001 vollständig aufgelöst. Steuerliche Verlustvorträge liegen keine vor.

Latente Steuerverbindlichkeiten, die durch temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen entstehen, werden nicht angesetzt, wenn der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen vom Konzern bestimmt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit aufgrund dieses Einflusses nicht umkehren werden. Die Summe derartiger temporärer Differenzen, für die keine latenten Steuerschulden bilanziert werden, beträgt TEUR 911 (im Vorjahr TEUR 799).

Die Unterschiede zwischen den Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren aus folgenden Unterschiedsbeträgen bzw. wirken sich mit folgender Steuerlatenz aus:

Unterschiedsbeträge

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Personalrückstellungen (aktive)	2.205	2.240
Verbindlichkeiten (aktive)	139	242
Wertberichtigungen von finanziellen Vermögenswerten (aktive)	5	0
Gesamt (aktive)	2.349	2.482
Anlagevermögen (passive)	3.309	2.823
Wertpapiere und Anteile (passive)	35	38
Aktivierte Vertragskosten (passive)	398	0
Gesamt (passive)	3.742	2.861

Steuerlatenzen

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Personalrückstellungen (aktive)	551	560
Verbindlichkeiten (aktive)	35	61
Wertberichtigungen von finanziellen Vermögenswerten (aktive)	4	0
Gesamt (aktive)	590	621
Anlagevermögen (passive)	825	704
Wertpapiere und Anteile (passive)	9	9
Aktivierte Vertragskosten (passive)	109	0
Gesamt (passive)	943	713

In der Bilanz wurde eine Saldierung von aktiven und passiven Steuerlatenzen vorgenommen und der Überhang von TEUR 353 (im Vorjahr TEUR 93) auf der Passivseite ausgewiesen.

Die Veränderung der latenten Steuern leitet sich folgendermaßen über:

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Latente Steuern zum Geschäftsjahresbeginn	-93	256
Erstansatz IFRS 9 und IFRS 15	-6	0
Latenter Steueraufwand (-) / -ertrag (+)	-272	-343
Veränderung latente Steuern im sonstigen Gesamtergebnis	18	-6
Latente Steuern zum Geschäftsjahresende	-353	-93

Die Verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern in der Höhe von TEUR 4.689 (im Vorjahr TEUR 5.935) betreffen noch nicht veranlagte Körperschaftsteuern, welche sich als Differenzbetrag zwischen den getätigten Vorauszahlungen und den sich auf Basis der Körperschaftsteuererklärungen ergebenden Ertragsteuern.

Zum 31.03.2019 waren die Geschäftsjahre 2016/17, 2017/18 sowie 2018/19 noch nicht veranlagt. In Folge einer Neueinschätzung des Risikos der steuerlichen Nichtanerkennung der Firmenwertabschreibung im Rahmen der Gruppenbesteuerung wurden zum 31.03.2018 ebenfalls unter den Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern ausgewiesene Vorsorgen in Höhe von TEUR 3.351 gebildet, welche mögliche Steuernachzahlungen in Folge der Nichtanerkennung geltend gemachter Firmenwertabschreibungen, mit der Akquisition zusammenhängender Fremdkapitalzinsen (ab 2011) sowie sich in der Folge ergebender Anspruchszinsen umfassen. Diese Verbindlichkeit beträgt per 31.03.2019 TEUR 3.087.

23 Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals kann aus der Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals entnommen werden.

Grundkapital und eigene Anteile

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt.

Hauptaktionäre sind die GRT-Privatstiftung mit einem Anteil von rund 45,6% und die G3 Industrie Privatstiftung mit einem Anteil von jeweils rund 45,7%. Die im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG gemeinsam mit der Österreichische Staatsdruckerei GmbH errichtete Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung hält einen Anteil von 4,90%.

Bei den von der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung am 29.03.2012 außerbörslich erworbenen 367.500 Aktien handelt es sich aufgrund der Einbeziehung der Stiftung in den Konzernabschluss (vgl. dazu die Ausführungen unter Punkt A2) bilanziell um eigene Anteile. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt.

Am 18.10.2013 wurden zum Zwecke der Bedienung des inzwischen ausgelaufenen Aktienoptionsprogramms 112.500 eigene Aktien zu je EUR 11,80 erworben. Am 19.09.2014 wurden zu diesem Zwecke 112.500 Aktien zu je EUR 12,10 erworben. Die angeschafften Aktien entsprechen 3% der ausgegebenen Aktien.

Die eigenen Anteile werden zu Anschaffungskosten im Eigenkapital abgezogen.

Gesetzliche Rücklage

Die gesetzlich vorgeschriebene Gewinnrücklage im Ausmaß von 10% des Grundkapitals wurde bereits in Vorjahren in voller Höhe gebildet.

Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen

Diese im Eigenkapital gesondert dargestellte Position resultiert aus der Anwendung des IAS 19 und betrifft die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, die über das sonstige Gesamtergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst wurden. Zum 31.03.2019 besteht für die Rücklage ein negativer Wert von TEUR 488 (im Vorjahr TEUR -433).



Einbehaltene Gewinne

Die einbehaltenen Gewinne enthalten thesaurierte Gewinne aus Vorjahren. Für das Berichtsjahr wird der Vorstand der Gesellschaft die Auszahlung einer Dividende von EUR 0,53 pro stimmberechtigter Aktie vorschlagen. Dies entspricht einer Ausschüttung von insgesamt rund TEUR 3.856.

Für das vorangegangene Geschäftsjahr wurde eine Dividende von TEUR 3.783 (EUR 0,52 pro stimmberechtigter Aktie) ausgeschüttet. Unter Berücksichtigung der von der konzernzugehörigen Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gehaltenen Anteile sowie der eigenen Anteile betrug die an die Eigentümer ausgeschüttete Dividende TEUR 3.592.

Sonstige Angaben

In der Hauptversammlung vom 21.07.2017 wurde der Vorstand für die Dauer von 30 Monaten zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 sowie Abs. 1a und 1b AktG bis zu maximal 10% des Grundkapitals ermächtigt. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen oder wieder zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen oder auf Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit § 153 Abs. 3 und 4 AktG ist, unbeschadet der Bestimmung des § 65 Abs. 1b letzter Satz AktG, die Verwendung von erworbenen eigenen Aktien zum Zwecke der Bedienung von Mitgliedern des Vorstands gewährten Aktienoptionen im Ausmaß von maximal bis zu 225.000 Aktien gestattet, wobei diesfalls das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist.

Schließlich wurde der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ermächtigt, erworbene eigene Aktien gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit §§ 169 bis 171 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf jede andere gesetzliche Art, auch außerbörslich zu veräußern, wobei der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht (das Wiederkaufsrecht) der Aktionäre ausschließen kann.

Mit diesem Beschluss wurde der vorangegangene Hauptversammlungsbeschluss vom 11.07.2014 ersetzt.

24 Rückstellungen

Bei der Ermittlung der Rückstellungen wurde beurteilt, ob eine Inanspruchnahme durch die Gesellschaft wahrscheinlich ist und ob die voraussichtliche Höhe der Rückstellung zuverlässig geschätzt werden konnte.

Personalrückstellungen

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Abfertigungen	1.741	1.781
Jubiläumsgelder	45	51
Gesamt	1.786	1.832

Versicherungsmathematische Annahmen

Die folgende Tabelle zeigt die bei der Bewertung von Verpflichtungen aus Jubiläumsgeldzuwendungen und Abfertigungen verwendete Annahmen:

	2018/19	2017/18
Abzinsungsfaktor	1,07%	1,76%
Gehaltssteigerung p.a.	2,01%	2,00%

Bei der Berechnung wurden die sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen berücksichtigt. Die Pensionseintrittsalter richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen der Pensionsreform 2003.

Abfertigungsrückstellung:

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Dienstzeitaufwendungen	53	59
Zinsaufwand	29	26
Erfassung im Gewinn und Verlust der laufenden Periode	82	85
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) aus der Veränderung finanzieller Annahmen	80	-42
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) aus erfahrungsbedingten Anpassungen	9	18
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) aus demographischen Anpassungen	-16	0
Erfassung im sonstigen Gesamtergebnis	73	-24

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Barwert der erworbenen Anwartschaften 01.04.	1.781	1.987
Dienstzeitaufwendungen	53	59
Zinsaufwand	29	26
Abfertigungszahlungen	-195	-267
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+)	73	-24
Barwert der erworbenen Anwartschaften 31.03.	1.741	1.781

Sensitivitätsbetrachtung der Abfertigungsrückstellung:

Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden als erheblich erachtet und mit folgenden Spannen gestresst; Abzinsungssatz +/- 0,25%, Lebenserwartung (LE) +/-1 Jahr. Aufgrund der bereits in der Rückstellungsberechnung berücksichtigten sehr geringen Fluktuation wurde für diesen Parameter keine

Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Die Auswirkungen bei einer Veränderung der Gehaltstrends +/- 0,25% würden in etwa jenen Effekten mit jeweils gedrehtem Vorzeichen aus einer isolierten Anpassung des Abzinsungssatzes entsprechen, wodurch es im Endeffekt zu keiner wesentlichen Veränderung kommen würde.

Die Sensitivitätsbetrachtung der Lebenserwartung erfolgte dabei über eine Verschiebung der durchschnittlichen Lebenserwartung für den Gesamtbestand des jeweiligen Plans.

Die Differenzen zu den bilanzierten Werten sind in nachfolgender Tabelle als relative Abweichung angegeben:

	Zins +0,25%	Zins -0,25%	+1 Jahr LE	- 1 Jahr LE
Abfertigung DBO	TEUR -32	TEUR 33	TEUR 2	TEUR -2

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Laufzeiten (Duration) der jeweiligen Verpflichtungen (Werte in TEUR):

	Fälligkeitsprofil – DBO			DBO Duration	Fälligkeitsprofil – Cash			Cash Duration
	1-5	6-10	10+		1-5	6-10	10+	
	Jahre	Jahre	Jahre		Jahre	Jahre	Jahre	
Abfertigungen	742	396	604	7,5	822	514	1.066	7,79

Die korrespondierenden Vergleichsinformationen aus dem Vorjahr gestalten sich wie folgt:

	Fälligkeitsprofil – DBO			DBO Duration	Fälligkeitsprofil – Cash			Cash Duration
	1-5	6-10	10+		1-5	6-10	10+	
	Jahre	Jahre	Jahre		Jahre	Jahre	Jahre	
Abfertigungen	752	582	447	7	842	801	892	8,25

Jubiläumsrückstellung:

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Dienstzeitaufwendungen	2	2
Zinsaufwand	1	1
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+)	4	-2
Nettoaufwand des Jahres	6	1

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Barwert der erworbenen Anwartschaften 01.04.	51	63
Dienstzeitaufwendungen	2	2
Zinsaufwand	1	1
Jubiläumsgeldzahlungen	-12	-13
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+)	4	-2
Barwert der erworbenen Anwartschaften 31.03.	45	51

Pensionsverpflichtungen, für die in Form von Rückstellungen vorzusorgen ist, bestehen nicht.

25 Finanzverbindlichkeiten

31.03.2019 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.847	3.495	0	8.342
Verbindlichkeiten aus Leasing	143	4.582	0	4.724
Gesamt	4.990	8.077	0	13.067

31.03.2018 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.146	1.643	0	10.788
Verbindlichkeiten aus Leasing	285	4.692	0	4.977
Gesamt	9.431	6.335	0	15.766

Die Finanzverbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.03.2019 (in TEUR)	31.03.2018 (in TEUR)
Kreditverbindlichkeiten aus Akquisitionsfinanzierung	3.200	6.598
Investitionskredite	1.643	2.190
Kontokorrentkredite	3.500	2.000
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen	4.724	4.977
Gesamt	13.067	15.766

Die Kreditverbindlichkeiten aus der Akquisitionsfinanzierung stellen den noch offenen Betrag aus der damaligen Kreditaufnahme in Höhe von TEUR 25.000 im Geschäftsjahr 2007/08 dar. Zur Sicherstellung des Kredites wurden die Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH an den Kreditgeber verpfändet.

Aus dem Kauf einer Stichtiefdruckmaschine besteht ein ERP-geförderter Kredit, der in Höhe von TEUR 2.200 vereinbart und mit einem Betrag von TEUR 2.190 ausgeschöpft ist. Im Geschäftsjahr 2018/19 wurden TEUR 547 getilgt.

Dingliche Sicherheiten bestehen bei den als Finanzierungsleasing bilanzierten Leasingvereinbarungen insoweit als der Leasinggeber zivilrechtlicher Eigentümer der geleasten Anlage ist.

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist im Vorjahr allen seinen Verpflichtungen aus Finanzierungsvereinbarungen nachgekommen.

26 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

31.03.2019 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.311	0	0	4.311
Gesamt	4.311	0	0	4.311

31.03.2018 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.672	0	0	3.672
Gesamt	3.672	0	0	3.672

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen umfassen offene Verpflichtungen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr sowie aus laufenden Kosten. Das Management geht davon aus, dass der Buchwert der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ihrem beizulegenden Zeitwert entspricht. Dingliche Sicherheiten wurden nicht bestellt.

27 Verbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden

Die passivierten Vertragsverbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.03.2019 (in TEUR)
Vorauszahlungen von Kunden	2.177
Abgrenzungen von stückzahlenabhängigen Staffelpatronen	479
Erhaltene Mietvorauszahlungen	48
Gesamt	2.703

In den Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden werden Verpflichtungen, Güter oder Dienstleistungen, für die bereits eine Gegenleistung erhalten wurde, ausgewiesen. Darin sind hauptsächlich Vorauszahlungen von Kunden enthalten. Zusätzlich werden Abgrenzungen von stückzahlenabhängigen Staffelpatronen, welche für ein Kalenderjahr gewährt werden, für die Monate Jänner bis März auf Basis von geschätzten Jahresmengen in dieser Position erfasst.

28 Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

31.03.2019 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	326	1.314	1.490	3.130
Gesamt	326	1.314	1.490	3.130

31.03.2018 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	311	1.401	1.407	3.119
Gesamt	311	1.401	1.407	3.119

Die finanziellen Verbindlichkeiten betreffen einbehaltene Haftrücklässe zur Sicherstellung allfälliger Gewährleistungsansprüche für die gelieferten Chips.

29 Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten

31.03.2019 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	4.179	126	0	4.305
<i>davon aus Steuern</i>	<i>1.491</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>1.491</i>
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	<i>231</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>231</i>
<i>davon Abgrenzungen Personal</i>	<i>2.244</i>	<i>126</i>	<i>0</i>	<i>2.370</i>
<i>davon noch nicht fällige Zinsen</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>davon sonstige Abgrenzungen</i>	<i>212</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>212</i>
Gesamt	4.178	126	0	4.305

31.03.2018 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	4.946	201	0	5.146
<i>davon erhaltene Anzahlungen</i>	<i>838</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>838</i>
<i>davon aus Steuern</i>	<i>1.559</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>1.559</i>
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	<i>219</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>219</i>
<i>davon Abgrenzungen Personal</i>	<i>1.883</i>	<i>153</i>	<i>0</i>	<i>2.036</i>
<i>davon noch nicht fällige Zinsen</i>	<i>4</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>4</i>
<i>davon Ertragsabgrenzung</i>	<i>433</i>	<i>48</i>	<i>0</i>	<i>481</i>
<i>davon sonstige Abgrenzungen</i>	<i>9</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>9</i>
Gesamt	4.946	201	0	5.146

Die Verbindlichkeiten aus Steuern betreffen insbesondere Umsatzsteuern. Die Abgrenzungen für Personalverpflichtungen umfassen im Wesentlichen abgegrenzte Urlaubsansprüche und Zeitguthaben sowie anteilige Sonderzahlungen und Verbindlichkeiten aus Löhnen, die erst nach dem Bilanzstichtag ausbezahlt wurden.



C Sonstige Angaben zum Konzernabschluss

1 Segmentberichterstattung

Operative Segmente

- ◆ Segment Security Print
- ◆ Segment e-government

Das Segment Security Print umfasst den Entwurf und die Herstellung von Hochsicherheitsdruckprodukten. Dies beinhaltet neben Blanko-Identitätsdokumenten auch Gutscheine und Briefmarken.

Im Segment e-government wird die Entwicklung, Implementierung und Bereitstellung von Personalisierungslösungen für Identitätsdokumente angeboten. Weiters werden im OeSD- Personalisierungszentrum Identitätsdokumente wie z. B. Reisepässe, Führerscheine und Personalausweise produziert und ausgeliefert. Die Produkte MICK und MIA werden ebenfalls diesem Segment zugerechnet.

Angaben zu den operativen Segmenten

Zur internen Performancemessung der Segmente wird das Betriebsergebnis (EBIT) herangezogen. Diese Erfolgsgröße entspricht daher dem Segmentergebnis im Sinne von IFRS 8.23. Innenumsätze zwischen den beiden Segmenten liegen nicht vor. Die Wertansätze für die Segmentberichterstattung entsprechen grundsätzlich den, auf den IFRS-Konzernabschluss angewendeten, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Ein Unterschied besteht lediglich darin, dass sich die interne Berichterstattung am Umsatzkostenverfahren orientiert, während die externe Berichterstattung nach dem Gesamtkostenverfahren erfolgt.

2018/19 (in TEUR)	Security-Print	e-government	Gesamt
Umsatzerlöse	16.618	26.849	43.468
aktivierte Eigenleistungen	0	825	825
sonstige betriebliche Erträge	232	118	350
Segmentaufwendungen (ohne Abschreibungen)	-13.710	-24.082	-37.791
Segment EBITDA	3.141	3.711	6.852
Abschreibungen	-728	-1.222	-1.950
Segment EBIT	2.413	2.489	4.902

2017/18 (in TEUR)	Security-Print	e-government	Gesamt
Umsatzerlöse	18.664	28.115	46.778
aktivierte Eigenleistungen	0	308	308
sonstige betriebliche Erträge	2.994	38	3.033
Segmentaufwendungen (ohne Abschreibungen)	-15.501	-23.378	-38.879
Segment EBITDA	6.157	5.083	11.239
Abschreibungen	-717	-1.243	-1.959
Segment EBIT	5.440	3.840	9.280

In den sonstigen betrieblichen Erträgen des Segments Security-Print ist im Vorjahr ein Ertrag aus der Einigung mit und Zahlung durch die Republik Kosovo in Höhe von TEUR 2.910 enthalten. Die Vorjahres-Segmentergebnisse sind daher durch diesen Sondereffekt beeinflusst.

Die bedingten Angaben zum Segmentvermögen unterbleiben, da das interne Berichtswesen für das Management diesbezüglich keine Unterteilung des Vermögens in die beiden Segmente enthält. Gleiches gilt auch für die bedingten Angaben zu den Segmentschulden.

Segmentübergreifende Angaben

Geografische Angaben

Die Umsatzerlöse von externen Kunden nach Absatzmärkten (Sitz der Kunden) stellen sich wie folgt dar:

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Österreich	39.078	41.754
EU	2.138	1.589
Drittland	2.252	3.435
Gesamt	43.468	46.778

Da die Gesellschaft ihren operativen Betrieb ausschließlich von Österreich aus führt, befinden sich alle Vermögenswerte im Inland.

Es gibt kein Drittland, welchem Umsatzerlöse von mehr als 10% zugeordnet sind.

Angaben zu wesentlichen Kunden

Gemäß IFRS 8.34 bestehen Informationspflichten zu den wesentlichen Kunden. Als solche sind diejenigen anzusehen, mit denen der Konzern mindestens 10% seiner gesamten externen Umsatzerlöse erzielt.

Als wesentlicher Kunde im Sinne dieser Bestimmung zählt die Republik Österreich (einschließlich der mit der mittelbaren Bundesverwaltung betrauten Organe der Landesverwaltung wie beispielsweise Bezirkshauptmannschaften und Magistrate). Mit der Republik Österreich wurden im Geschäftsjahr 2018/19 Umsätze in Höhe von TEUR 35.115 erzielt (im Vorjahr TEUR 37.029), welche beide Segmente betreffen.

Für das Kerngeschäft in Österreich – den Sicherheitsdokumenten – bestehen seit vielen Jahren aufrechte Lieferverträge mit der Republik Österreich. Mit Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen die Republik Österreich vom 20. März 2018 hat der EUGH wegen der direkten Vergabe von Dienstleistungsaufträgen an den Konzern eine Vertragsverletzung festgestellt. Am 22. Juni 2018 wurden sämtliche Hochsicherheitsausweise der Republik Österreich EU-weit ausgeschrieben. Das Vergabeverfahren läuft zweistufig: Nach der Präqualifikation wird mit den qualifizierten Bietern verhandelt. Aktuell läuft das Verhandlungsverfahren. Aufgrund den Aussagen der vergebenden Stelle rechnen wir mit einem Zuschlag an den Bestbieter im Zuge des Sommers 2019.

Wir haben uns für die Verhandlungsrunde qualifiziert und sehen uns bestens gerüstet. Die Leistungen für die Republik Österreich sind von hoher Kundenzufriedenheit geprägt und der Konzern verfügt über hohes Know-how. Auswirkungen auf das Geschäft werden aufgrund der durch die Ausschreibung normierten Vorlaufzeiten frühestens für das Geschäftsjahr 2022/23 erwartet.

2 Eventualverbindlichkeiten

Zum 31.03.2019 bestehen Haftungsverhältnisse in der Höhe von TEUR 2.489 (im Vorjahr TEUR 1.554). Eine Inanspruchnahme der Haftungen ist unwahrscheinlich. Diese betreffen Bereitschaftserklärungen, Biet- und Liefergarantien, die der Konzern im Rahmen von Ausschreibungen gegenüber potentiellen Kunden in Form von Bankgarantien zu erbringen hat. Mit der UniCredit Bank Austria AG bestehen diesbezüglich Vereinbarungen über abrufbare Garantiesummen.

3 Finanzinstrumente

Risikomanagement

Der Effekt der erstmaligen Anwendung von IFRS 9 auf den Konzernabschluss ist im Kapitel A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden beschrieben und dargestellt. Aufgrund der gewählten Umstellungsmethode wurden die Vergleichswerte nicht angepasst.

Finanzinstrumente sind auf Vertrag basierende wirtschaftliche Vorgänge, die einen Anspruch auf Zahlungsmittel beinhalten. Gemäß IAS 32 gehören hierzu einerseits originäre Finanzinstrumente wie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen oder auch Finanzforderungen und Finanzschulden. Derivative Finanzinstrumente, die ebenfalls unter diese Kategorie fallen würden, liegen im Konzern nicht vor.

Der Konzern unterliegt hinsichtlich seiner Vermögenswerte und Verbindlichkeiten verschiedenen Finanzrisiken. Finanzielles Risikomanagement wird dabei als Summe unterschiedlicher Maßnahmen verstanden, die darauf abzielen, Risiken zu beherrschen und die nachhaltige Ertragskraft des Konzerns zu sichern.

Finanzrisiken sind wie folgt definiert:

- ◆ Kreditrisiko
- ◆ Währungsrisiko
- ◆ Zinsrisiko
- ◆ Liquiditätsrisiko
- ◆ Preisrisiko

Das Finanzmanagement im Konzern erfolgt zentral durch die Abteilung Finanzen in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, die die übrigen Konzerngesellschaften serviciert. Durch diese Zentralisierung kann das Risikomanagement ebenso zentral durchgeführt werden.

Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko wird ein unerwarteter Verlust an finanziellen Vermögenswerten verstanden (z. B. Ausfall von Forderungen in Folge Zahlungsunfähigkeit von Kunden). Das maximale Kreditrisiko wird durch die Buchwerte der in der Bilanz angesetzten finanziellen Vermögenswerte zuzüglich bestehender Haftungen wiedergegeben und beträgt zum 31.03.2019 TEUR 14.459 (im Vorjahr TEUR 17.797).

Die Außenstände aus Lieferungen und Leistungen werden laufend zentral überwacht. Die Kunden des Konzerns sind im überwiegenden Ausmaß öffentliche Stellen.

Die Zahlungen erfolgen grundsätzlich innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele bzw. im Rahmen üblicher länderspezifischer Überschreitungen. Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden keine Wertberichtigungen für erforderlich gehalten.

Das Risiko bei anderen auf der Aktivseite der Bilanz dargestellten Finanzinstrumenten (insb. Guthaben bei Kreditinstituten) ist ebenfalls als gering anzusehen, da es sich bei den Vertragspartnern um Finanzinstitute mit guter Bonität handelt.

Währungsrisiko

Die Forderungen und Verbindlichkeiten des Konzerns bestehen im Wesentlichen in Euro. Das Währungsrisiko zum Bilanzstichtag ist somit sehr gering.

Die Einkaufs- und Vertriebspolitik ist auch zukünftig darauf ausgerichtet, dass in Heimwährung fakturiert wird. So dies nicht durchsetzbar ist, wird bei zukünftigen Projekten der Einsatz von Absicherungsmaßnahmen geprüft.

Zinsrisiko

Der Konzern ist hinsichtlich seiner Finanzverbindlichkeiten Zinsänderungsrisiken ausgesetzt. Das Zinsänderungsrisiko resultiert dabei insbesondere aus variabel verzinslichen Finanzverbindlichkeiten. Im Geschäftsjahr 2015/16 wurde für den Ankauf einer neuen Druckmaschine ein ERP-geförderter Kredit mit fixem Zinssatz aufgenommen. Abgesehen von diesem Kredit waren zum 31.03.2019 (ebenso wie im Vorjahr) alle langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie sämtliche Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen variabel verzinst. Bei dem Leasingvertrag über die Betriebsliegenschaft in der Tenschertstraße 7 (1230 Wien) ist in Ergänzung zur grundsätzlich variablen Verzinsung ein Mindestzins von 3,0% bzw. 3,25% vorgesehen, welcher im Moment zur Anwendung kommt.

(in TEUR)	Buchwert 31.03.2019	Buchwert 31.03.2018
Fix verzinsliche Finanzverbindlichkeiten	5.143	4.190
<i>davon kurzfristig</i>	<i>4.047</i>	<i>2.547</i>
Variabel verzinsliche Finanzverbindlichkeiten ohne Mindestzins	3.378	6.777
Variabel verzinsliche Finanzverbindlichkeiten mit Mindestzins von 3,0%	4.190	4.289
Variabel verzinsliche Finanzverbindlichkeiten mit Mindestzins von 3,25%	479	510

Zinsänderungsrisiken werden gemäß IFRS 7 mittels Sensitivitätsanalysen dargestellt. Im Rahmen der Sensitivitätsanalyse wird ermittelt, welche Auswirkung eine Änderung der Marktzinssätze auf die Zinserträge und Zinsaufwendungen sowie auf das Eigenkapital zum Bilanzstichtag nehmen würde. Wenn das Marktzinsniveau, bezogen auf den 31.03.2019, um 50 Basispunkte höher gewesen wäre, so hätte dies auf das Finanzergebnis des folgenden Jahres einen negativen Effekt in Höhe von TEUR 25 (im Vorjahr TEUR 17). Der Fair Value des im Geschäftsjahr 2015/16 aufgenommenen, fix verzinsten Kredites beträgt zum 31.03.2019 TEUR 1.579 (im Vorjahr TEUR 2.189).

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, sich nicht jederzeit Finanzmittel beschaffen zu können, um eingegangene Verbindlichkeiten zu begleichen. Die Beherrschung des Liquiditätsrisikos erfolgt im Konzern durch vorausschauende Liquiditätsplanung, die Vereinbarung ausreichender Kreditlinien sowie die ausreichende Diversifizierung der Kreditgeber.

Preisrisiko

Im nationalen Markt existierten bislang langfristige Lieferverträge mit unseren Kunden, mit indexierten Verkaufspreisen. Aufgrund von Ausschreibungen besteht das Risiko, dass das Preisniveau mittelfristig sinkt. Auf der Beschaffungsseite existieren für die wesentlichen Vorprodukte mittel- und langfristige Rahmenverträge, die starke Preisschwankungen verhindern.

Derivative Finanzinstrumente

Im Konzern wurden sowohl im Berichtsjahr als auch im Vorjahr keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

Zusätzliche Angaben zu den Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei sind bei allen finanziellen Vermögenswerten, die in der Folge nicht erfolgswirksam bewertet werden, die dem Erwerb direkt zurechenbaren Transaktionskosten zu berücksichtigen.

Zahlungsmittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie finanzielle Vermögenswerte haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert (IFRS 7.29 (a)).

Finanzielle Verbindlichkeiten werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert und in der Folgebewertung mit den fortgeführten Anschaffungskosten (FLAC) bewertet.

Aus der nachstehenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Zins- und Tilgungszahlungen der originären finanziellen Verbindlichkeiten ersichtlich:

	Buchwert 31.03.2019 (in TEUR)	Cash-Flows 2019/20		Cash-Flows 2020/21 – 2023/24		Cash-Flows 2024/25 ff	
		Zinsen 2019/20	Tilgung 2019/20	Zinsen 2020/21- 2023/24	Tilgung 2020/21- 2023/24	Zinsen 2024/25 ff.2024/25 ff.	Tilgung
Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	8.342	70	4.847	51	3.495	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.311	0	4.311	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	4.724	141	143	365	4.582	0	0
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	3.130	0	326	0	1.314	0	1.490

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben in der Regel kurze Restlaufzeiten. Die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar. Die beizulegenden Zeitwerte von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten werden als Barwerte der mit den Schulden verbundenen Zahlungen unter Zugrundelegung der jeweils gültigen Zinskurve ermittelt.

Bewertungskategorie nach IFRS 9

Die Entwicklung der Aktiva und Passiva hinsichtlich der Bewertungskategorien nach IFRS 9 stellt sich wie folgt dar:

Aktiva 31.03.2019 (in TEUR)	Geschäftsmodell nach IFRS 9	Zuordnung	Buchwert 31.03.2019	Fortgeführte Anschaff- ungskosten	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2019
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente *	Halten	AC	5.012	5.012	0	5.012
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen *	Halten	AC	6.783	6.783	0	6.783
Finanzielle Vermögenswerte			358	286	71	358
<i>davon Wertpapiere</i>	<i>Halten und Verkaufen</i>	<i>FVTPL</i>	<i>71</i>	<i>0</i>	<i>71</i>	<i>71</i>
sonstige finanzielle Vermögenswerte *	Halten	AC	286	286	0	286

Passiva 31.03.2019 (in TEUR)	Geschäftsmodell nach IFRS 9	Zuordnung	Buchwert 31.03.2019	Fortgeführte Anschaff- ungskosten	Fair Value 31.03.2019
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen *	Halten	FLAC	4.311	4.311	4.311
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Halten	FLAC	8.342	8.342	8.281
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	Halten	FLAC	4.724	4.724	4.780
Finanzielle Verbindlichkeiten *	Halten	FLAC	3.130	3.130	3.130

- * Da es sich um kurzfristige Finanzinstrumente handelt, ist der Buchwert ein angemessener Näherungswert für den Fair Value zum Stichtag.

Aktiva 31.03.2018 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2018	Fortgeführte Anschaff- ungskosten	Anschaff- ungskosten	Fair Value erfolgs- neutral	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2018
Zahlungsmittel und Zahlungsmittel-äquivalente *	LaR	9.534	9.534	0	0	0	9.534
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen *	LaR	6.588	6.588	0	0	0	6.588
Finanzielle Vermögenswerte		121	47	0	0	74	121
<i>davon Wertpapiere</i>	<i>HfT</i>	<i>74</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>74</i>	<i>74</i>
sonstige finanzielle Vermögenswerte *	LaR	47	47	0	0	0	47

Passiva 31.03.2018 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2018	Fortgeführte Anschaff- ungskosten	Anschaff- ungskosten	Fair Value erfolgs- neutral	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2018
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen *	FLAC	3.672	3.672	0	0	0	3.672
Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	FLAC	10.788	10.788	0	0	0	10.787
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	FLAC	4.977	4.977	0	0	0	5.268
Finanzielle Verbindlichkeiten *	FLAC	3.119	3.119	0	0	0	3.119

* Da es sich um kurzfristige Finanzinstrumente handelt, ist der Buchwert ein angemessener Näherungswert für den Fair Value zum Stichtag.

Lediglich die Anteile an einer in Ungarn bzw. an einer in Griechenland börsennotierten Gesellschaft werden mit dem Fair Value bewertet. Für die Bewertung wird der Börsenkurs zum Bilanzstichtag herangezogen. Es handelt sich somit um Bewertungen nach Level 1 der Fair Value Hierarchie. Der Fair Value zum 31.03.2019 beträgt TEUR 71 (im Vorjahr TEUR 74).

Nettofinanzergebnis nach Bewertungskategorien

2018/19 (in TEUR)	Zinsen	Dividende	FX- Bewertung	Wertmin- derung	Wertstei- gerung	Abgang Finanzin- strumente	Netto- ergebnis
Zu fortgeführten Anschaffungs- kosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	5	0	5
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	6	0	-3	0	0	3
Zu fortgeführten Anschaffungs- kosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	-247	0	0	0	0	0	-247
Nettoergebnis	-247	6	0	-3	5	0	-239

2017/18 (in TEUR)	Zinsen	Dividende	FX- Bewertung	Wertmin- derung	Wertstei- gerung	Abgang Finanzin- strumente	Netto- ergebnis
Held for trading (aktiv)	0	5	0	0	8	0	13
Loans and receivables	1	0	0	0	0	2.910	2.911
Financial liabilities at amortized cost	-368	0	0	0	0	0	-368
Nettoergebnis	-367	5	0	0	8	2.910	2.555

4 Leasing

Leasingnehmer als operating lease

Der Konzern ist mehrere Vertragsverhältnisse als Leasingnehmer eingegangen. Bei einem Teil der eingegangenen Vereinbarungen handelt es sich um operative Leasinggeschäfte, die diverse Betriebs- und Geschäftsausstattung betreffen. Zum 31.03.2019 sehen die Verträge dabei Laufzeiten bis zu 36 Monaten vor.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen aufgrund von operativen Leasingverträgen setzen sich für jede der folgenden Perioden wie folgt zusammen, wobei im Wesentlichen eine Kündigungsfrist über die vereinbarte Laufzeit von fünf Jahren vereinbart wurde.

31.03.2019 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	125	59	0	185
Gesamt	125	59	0	185

31.03.2018 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	127	177	0	304
Gesamt	127	177	0	304

Im Geschäftsjahr 2018/19 wurden wie im Vorjahr Leasingzahlungen in der Höhe von rund TEUR 128 als Aufwand erfasst.

Leasingnehmer als finance lease

Darüber hinaus werden bestimmte Sachanlagen im Rahmen von Finanzierungsleasingvereinbarungen beschafft. Diese betreffen im Geschäftsjahr 2018/19 insbesondere technische Anlagen und Maschinen (z. B. Kuvertierungsmaschinen), Serverlandschaften und Kraftfahrzeuge. Weiters ist auch die Leasingvereinbarung über die Betriebsliegenschaft Tenschertstraße 7 (1230 Wien) als Finanzierungsleasing einzustufen. Die Restlaufzeiten der zum 31.03.2019 aktiven Vereinbarungen betragen dabei zwischen zwei und vier Jahren. Es handelt sich durchgängig um variabel verzinsten Verpflichtungen, die sich nach dem 3-Monats-EURIBOR bzw. 6-Monats-EURIBOR inklusive eines vertraglichen vereinbarten Aufschlages bemessen. Bei dem Leasingvertrag über die Betriebsliegenschaft in der Tenschertstraße 7 (1230 Wien) ist in Ergänzung zur grundsätzlich variablen Verzinsung ein Mindestzins von 3,0% bzw. 3,25% vorgesehen, welcher im Moment zur Anwendung kommt. Alle Leasingvereinbarungen basieren auf schriftlich festgelegten Vertragslaufzeiten. Es wurden keine Vereinbarungen über bedingte Mietzahlungen getroffen.

Die Nettobuchwerte der Finanzierungsleasing-Anlagen je Gruppe von Vermögenswerten und deren Entwicklung sind aus folgender Darstellung ersichtlich.

(in TEUR)	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten				Buchwerte		Abschreibung		
	Stand 01.04.2018	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2019	31.03.2019	31.03.2018	kumuliert 31.03.2018	Geschäftsjahr	kumuliert 31.03.2019
Gebäude	9.557	0	0	9.557	7.824	8.010	1.733	187	1.546
Technische Anlagen und Maschinen	5.833	0	0	5.833	268	555	5.565	288	5.277
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	727	35	0	762	56	62	706	41	665
Gesamt	16.116	35	0	16.151	8.148	8.628	8.004	515	7.489

Zum Bilanzstichtag hatte der Konzern mit den Vermietern die folgenden Mindestleasingzahlungen aus den Finanzierungsleasingverträgen vertraglich vereinbart:

31.03.2019 (in TEUR)	Mindestleasing- zahlungen	Enthaltener Zinsaufwand	errechneter Barwert
< 1 Jahr	284	141	143
1 – 5 Jahre	4.947	365	4.582
> 5 Jahre	0	0	0
Gesamt	5.231	507	4.724

Mindestleasingzahlungen	5.231
abzgl. Zinsaufwand	-507
Barwert der Leasingzahlungen	4.724
abzgl. kurzfristiger Barwertanteil	-143
langfristige Leasingverbindlichkeiten	4.582

31.03.2018 (in TEUR)	Mindestleasing- zahlungen	Enthaltener Zinsaufwand	errechneter Barwert
< 1 Jahr	430	145	285
1 – 5 Jahre	5.195	503	4.692
> 5 Jahre	0	0	0
Gesamt	5.624	647	4.977

Mindestleasingzahlungen	5.624
abzgl. Zinsaufwand	-647
Barwert der Leasingzahlungen	4.977
abzgl. kurzfristiger Barwertanteil	-285
langfristige Leasingverbindlichkeiten	4.692

Leasinggeber

Es besteht lediglich ein Mietverhältnis, bei dem der Konzern Leasinggeber ist. Es handelt sich dabei um ein operatives Leasing. Die jährlichen Erträge betragen TEUR 18, die Restlaufzeit beträgt drei Jahre. Der überwiegende Leasingwert wurde vom Leasingnehmer bereits zu Beginn des Vertragsverhältnisses im Voraus entrichtet und wird im Konzernabschluss entsprechend über die Laufzeit der Vereinbarung ertragswirksam erfasst. Die Differenz wird vom Leasingnehmer monatlich bezahlt und ertragswirksam erfasst. Die noch nicht ertragswirksam vereinnahmten Entgelte werden als Abgrenzungsposten auf der Passivseite in den Vertragsverbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden dargestellt.

5 Transaktionen mit nahestehenden Personen bzw. Unternehmen

Als nahestehende Personen bzw. Unternehmen werden die beiden Kernaktionäre, die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung, sowie die von ihnen beherrschten oder ihnen nahestehenden Personen und Unternehmen behandelt. Weiters zählen zu den nahestehenden Personen auch die Mitglieder des Aufsichtsrates und die Mitglieder des Vorstands.

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH kaufte, wie im Vorjahr, im abgelaufenen Geschäftsjahr auf Basis einer schriftlichen Vereinbarung von der E.C.P. capital partners Investberatung GmbH (Beteiligung von Herrn Dr. Johannes Strohmayer und Herrn Ing. Robert Schächter) Beratungsleistungen im Wert von unverändert TEUR 390 zu.

Zum 31.03.2019 bestehen wie im Vorjahr Forderungen gegen nahestehende Personen in der Höhe von TEUR 117.

Die Vergütungen des Managements und der Mitglieder des Aufsichtsrates werden unter Punkt C8 angeführt.

6 Erläuterungen zur Konzern Geldflussrechnung

Die Geldflussrechnung zeigt, wie sich die Zahlungsmittel des Konzerns im Laufe des Berichtsjahres durch Mittelzu- und Mittelabflüsse verändert haben. Innerhalb der Geldflussrechnung wird zwischen Zahlungsströmen aus der Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit unterschieden. Die in der Geldflussrechnung ausgewiesene Liquidität umfasst Kassabestand und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Darstellung der operativen Teile der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Im Bereich der Investitionstätigkeit bestehen zum Stichtag noch nicht bezahlte Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Anlagenzugängen in der Höhe von TEUR 52 (im Vorjahr TEUR 118).

Der Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR -6.326 (im Vorjahr TEUR -8.150) und ergibt sich aus der Tilgung von Krediten und Leasingverbindlichkeiten sowie aus der Dividendenausschüttung.

Die Veränderung von Finanzverbindlichkeiten, deren Ein- und Auszahlungen in der Kapitalflussrechnung im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gezeigt werden, stellt sich wie folgt dar:

(in TEUR)	Buchwert 31.03.2018	Zahlungs- wirksamer Cash Flow	Erwerb	Zahlungsunwirksam Wechsel- kurs- änderung	Änderung im beizulegen- den Zeitwert	Umgliede- ung Fristig- keiten	Buchwert 31.03.2019
Langfristige Schulden	4.843	0	0	0	0	5	4.847
Kurzfristige Schulden	5.946	-2.446	0	0	0	-5	3.495
Leasingverbindlichkeiten	4.977	-288	35	0	0	0	4.724
Zur Absicherung von lang- fristigen Schulden gehaltene Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Schulden aus Finanzierungstätigkeit	15.766	-2.734	35	0	0	0	13.067

(in TEUR)	Buchwert 31.03.2017	Zahlungs- wirksamer Cash Flow	Erwerb	Zahlungsunwirksam Wechsel- kurs- änderung	Änderung im beizulegen- den Zeitwert	Umgliede- ung Fristig- keiten	Buchwert 31.03.2018
Langfristige Schulden	8.788	0	0	0	0	-3.946	4.843
Kurzfristige Schulden	6.700	-4.700	0	0	0	3.946	5.946
Leasingverbindlichkeiten	5.290	-341	29	0	0	0	4.977
Zur Absicherung von lang- fristigen Schulden gehaltene Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Schulden aus Finanzierungstätigkeit	20.778	-5.041	29	0	0	0	15.766

7 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Zwischen dem Bilanzstichtag zum 31.03.2019 und der Freigabe zur Veröffentlichung am 11.06.2019 gab es keine angabepflichtigen Ereignisse.

8 Organe der Muttergesellschaft

Der Vorstand der Gesellschaft setzt sich aus Herrn Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Herrn Mag. Lukas Praml und Herrn Mag. Helmut Lackner zusammen. Es sind keine Prokuristen bestellt.

Als Aufsichtsräte sind Herr Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Herr Dr. Wilfried Stadler (stellvertretender Vorsitzender) und Herr Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof bestellt. Vom Betriebsrat wurden Herr Martin Smit und Herr Thomas Sperlich als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat entsandt. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates sind auch Mitglieder des Prüfungsausschusses.

Für die Übernahme der Geschäftsführung in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH sowie als Abgeltung ihrer Vorstandstätigkeit haben die Mitglieder des Vorstands folgende Vergütungen erhalten:

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Laufende Bezüge	877	843
<i>davon variable Prämienbestandteile</i>	469	607
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	198
Abfindung Aktienoptionsprogramm	0	1.181
Summe ausbezahlte Bezüge	877	2.222

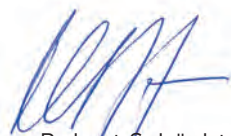
An Beiträgen zu Mitarbeitervorsorgekassen wurden TEUR 13 (im Vorjahr TEUR 12) entrichtet. Die Abfertigungsrückstellungsauflösung im Vorjahr beträgt TEUR 98. Für die bestehenden Mitglieder der Geschäftsführung ist keine Abfertigungsrückstellung zu bilden, da diese bereits in der Mitarbeitervorsorgekasse erfasst ist. Darüber hinaus gibt es einen Managementvertrag mit der E.C.P. capital partners Investberatung GmbH in der Höhe von TEUR 390, der auch die Vorstandstätigkeit von Herrn Ing. Robert Schächter miteinschließt.

Die Aufsichtsräte erhielten wie im Vorjahr insgesamt eine Vergütung von TEUR 16.

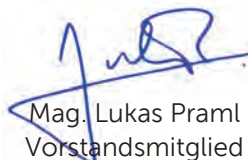
Es wurden keine Vorschüsse oder Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrates gewährt. Zugunsten des Vorstands oder der Aufsichtsräte wurden keine Haftungsverhältnisse eingegangen.

Der Vorstand hat den Konzernabschluss am 11.06.2019 freigegeben und zur Prüfung und Billigung an den Aufsichtsrat weitergeleitet.

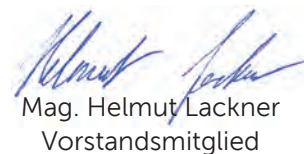
Wien, 11. Juni 2019



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Mag. Lukas Praml
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

OSD

BIOMETRIE

BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM KONZERNABSCHLUSS

PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben den Konzernabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. März 2019, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzerngeldflussrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. März 2019 sowie der Ertragslage des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind (IFRS), und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB.

GRUNDLAGE FÜR DAS PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr. 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte ist wie folgt aufgebaut:

- ▶ Sachverhalt und Risiko
- ▶ Prüferisches Vorgehen
- ▶ Verweis auf weitergehende Informationen

Werthaltigkeit des Firmenwertes

Sachverhalt und Risiko und Verweis auf weitergehende Informationen

Unter den immateriellen Vermögenswerten wird ein Firmenwert in Höhe von TEUR 20.751 ausgewiesen, welcher aus dem Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Jahr 2007 resultiert. Dieser Firmenwert verteilt sich auf die beiden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten „Security Print“ und „e-government“. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG führt mindestens einmal jährlich und darüber hinaus bei Vorliegen von Hinweisen einen Werthaltigkeitstest (Impairment Test) durch. Die Überprüfung der Werthaltigkeit des Firmenwertes erfordert wesentliche Schätzungen über die zukünftige Entwicklung der Erlöse und Aufwendungen und den daraus resultierenden Zahlungsmittelüberschüssen sowie Annahmen zur Festlegung der verwendeten Diskontierungszinssätze.

Ein großer Teil der Umsatzerlöse resultiert aus der Herstellung von Ausweisen und amtlichen Dokumenten für die Republik Österreich. Aufgrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes im März 2018, wonach die nach Maßgabe der Bestimmungen des § 2 Abs. 3 Staatsdruckereigesetzes bisher durchgeführte direkte Vergabe von Aufträgen der Republik Österreich gegen EU-Recht verstößt, wurde seitens der Republik Österreich ein mehrstufiges Verfahren gestartet, das zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses nicht abgeschlossen ist. In Abhängigkeit vom Ausgang des Vergabeverfahrens können sich Auswirkungen auf den zukünftigen Geschäftsumfang des Konzerns mit der Republik Österreich ergeben und unter Umständen die zukünftige Ertragssituation des Konzerns negativ beeinflussen.

Die Angaben zu den Erläuterungen des Firmenwertes und dessen Werthaltigkeitsüberprüfung sind im Konzernanhang unter Punkt A.3. (Grundlagen und Bilanzierungsmethoden im Abschnitt Ermessensbeurteilungen und zukünftige Schätzungen) sowie unter Punkt B.13. (Immaterielle Vermögenswerte) enthalten.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben die Angemessenheit der zukunftsbezogenen Schätzungen und wesentlichen Annahmen sowie der herangezogenen Berechnungsmethoden unter Einbeziehung von Bewertungsspezialisten beurteilt.

Dabei haben wir uns mit den in der von der Unternehmensleitung freigegebenen Planungsrechnung angesetzten Prämissen und wesentlichen Werttreibern befasst, um die Angemessenheit dieser Planungen zu verifizieren. Als Indikator für die Planungstreue haben wir einen Vergleich der in den Vorperioden erfolgten Planungen mit den tatsächlichen eingetretenen Werten vorgenommen.

Die zur Festlegung des Diskontierungszinssatzes herangezogenen Annahmen haben wir unter Einbeziehung von Bewertungsspezialisten durch Vergleich mit branchenspezifischen Richtwerten und Ermittlungsmethoden auf ihre Angemessenheit geprüft und das Berechnungsschema nachvollzogen.

Zur Risikobeurteilung möglicher Abweichungen von Ergebnis- und Cash-flow-Schätzungen sowie Abweichungen von den abgeleiteten Diskontierungszinssätzen wurden Sensitivitätsberechnungen vorgenommen. In Bezug auf mögliche Ergebnisse des laufenden Ausschreibungsverfahrens haben wir die Einschätzung des Vorstandes hinterfragt und die zugrundeliegenden Annahmen gewürdigt.

VERANTWORTLICHKEITEN DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigten, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

VERANTWORTLICHKEITEN DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- ▶ Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ▶ Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben.
- ▶ Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- ▶ Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes, der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- ▶ Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- ▶ Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.

Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben, und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und - sofern einschlägig - damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

BERICHT ZUM KONZERNLAGEBERICHT

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Konzernlagebericht nicht festgestellt.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Konzernabschluss, den Konzernlagebericht und den Bestätigungsvermerk. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt. Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Konzernabschluss stehen, oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN NACH ARTIKEL 10 DER EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 20. Juni 2018 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 2. Oktober 2018 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2011/2012 Abschlussprüfer.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt „Bericht zum Konzernabschluss“ mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von der geprüften Gesellschaft gewahrt haben.

Wir haben zusätzlich zur Konzernabschlussprüfung für die geprüfte Gesellschaft und für von dieser beherrschte Unternehmen keine Leistungen erbracht, die nicht im Konzernabschluss oder im Konzernlagebericht angegeben worden sind.

AUFTRAGSVERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Gerhard Posautz.

Wien, am 11. Juni 2019

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft


Mag. Gerhard Posautz
Wirtschaftsprüfer


Mag. Peter Bartos
Wirtschaftsprüfer



Dr. Johannes Strohmayer, Vorsitzender des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Der Aufsichtsrat der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hat im Geschäftsjahr 2018/19 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und sich von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung überzeugt. Neben der Überwachung der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich der Aufsichtsrat vor allem mit der strategischen Ausrichtung des Unternehmens befasst. Im Berichtsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen und zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Der gemäß UGB erstellte Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2019, der gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Konzernabschluss zum 31.03.2019 und die Lageberichte für das Geschäftsjahr 2018/19 wurden von der BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft in Einklang mit den in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben.

Die Überprüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses zum 31.03.2019 und der Lageberichte für das Geschäftsjahr 2018/19 durch den Aufsichtsrat haben zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben. Der Bericht des Abschlussprüfers BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrates vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat sich mit dem geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2019, dem Konzernabschluss zum 31.03.2019 sowie den Lageberichten für das Geschäftsjahr 2018/19 einverstanden erklärt, den Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2019 gebilligt und damit den Jahresabschluss gemäß § 96 Abs 4 Aktiengesetz festgestellt.

Wien, am 18.06.2019

Dr. Johannes Strohmayer
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Vorschlag für die Gewinnverteilung

Der Vorstand wird in der am 19. Juli 2019 stattfindenden 9. ordentlichen Hauptversammlung vorschlagen, aus dem im Jahresabschluss zum 31.03.2019 ausgewiesenen Bilanzgewinn von EUR 13.695.086,62 eine Dividende von EUR 0,53 je (dividendenberechtigter) Aktie (in Summe EUR 3.855.750,00 auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von EUR 9.839.336,62 auf neue Rechnung vorzutragen.

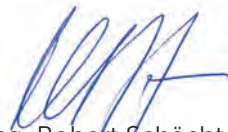
Wien, im Juni 2019

Der Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

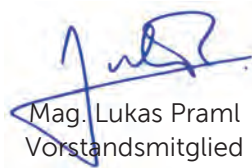
Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 124 Abs. 1 BörseG

Als gesetzliche Vertreter der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG bestätigen wir nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss zum 31. März 2019 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

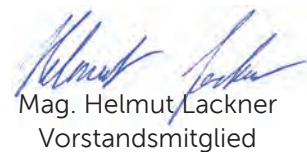
Wien, 11. Juni 2019



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Mag. Lukas Praml
Vorstandsmitglied

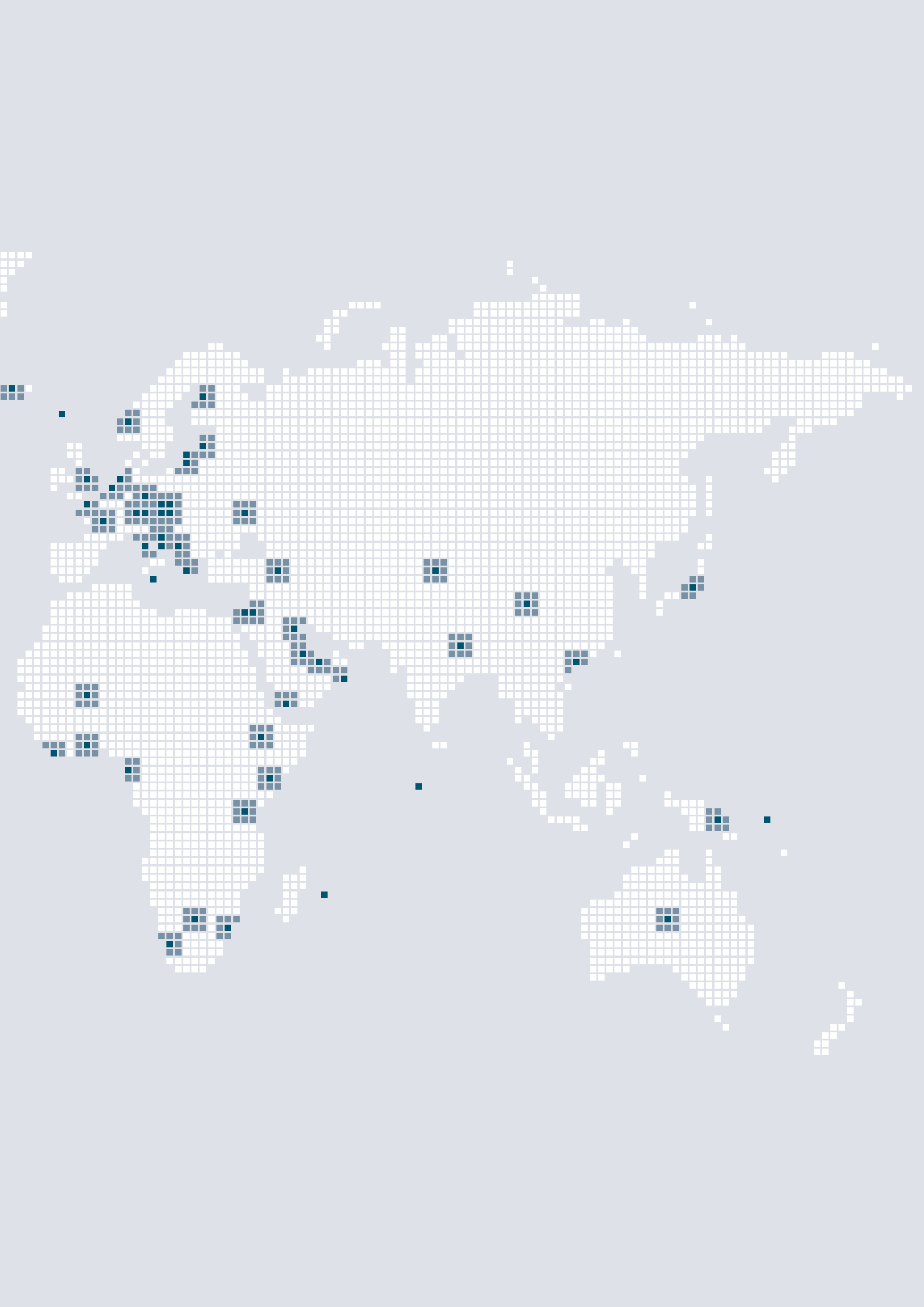


Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Tenschertstraße 7
1230 Wien

Sicherheit und Vertrauen weltweit.





IDENTITÄTEN SICHER MANAGEN

Seit über 200 Jahren – und in digitaler Zukunft.

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Tenschertstraße 7 | 1239 Wien

staatsdruckerei.at | facebook.com/staatsdruckerei



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien

TEIL B:

**EINZELABSCHLUSS DER ÖSTERREICHISCHE
STAATSDRUCKEREI HOLDING AG**

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2018/19

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT

zum 31. März 2019

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

4. BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben den Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien, bestehend aus der Bilanz zum 31. März 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. März 2019 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

GRUNDLAGE FÜR DAS PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr. 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der

Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

- ▶ Sachverhalt und Risiko
- ▶ Prüferisches Vorgehen
- ▶ Verweis auf weitergehende Informationen

Werthaltigkeit Anteile an verbundenen Unternehmen

Sachverhalt und Risiko und Verweis auf weitergehende Informationen

Prüferisches Vorgehen

In den Anteilen an verbundenen Unternehmen ist der Beteiligungsansatz an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH mit einem Buchwert von TEUR 27.720 enthalten. Die Beurteilung der Werthaltigkeit des Beteiligungsansatzes erfordert wesentliche Schätzungen der gesetzlichen Vertreter zur Beurteilung, ob eine Wertminderung zum Bilanzstichtag vorliegt sowie gegebenenfalls zur Quantifizierung solcher Wertminderungen. Das wesentliche Risiko besteht dabei in der Schätzung der zukünftigen Entwicklung der Erlöse und Aufwendungen und den daraus resultierenden Cashflows der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, welche zur Beurteilung der Werthaltigkeit herangezogen werden. Ein großer Teil der Umsatzerlöse resultiert aus der Herstellung von Ausweisen und amtlichen Dokumenten für die Republik Österreich. Aufgrund der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes im März 2018, wonach die nach Maßgabe der Bestimmungen des § 2 Abs. 3 Staatsdruckereigesetzes bisher durchgeführte direkte Vergabe von Aufträgen der Republik Österreich gegen EU-Recht verstößt, wurde seitens der Republik Österreich ein mehrstufiges Vergabeverfahren gestartet, das zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht abgeschlossen ist. In Abhängigkeit vom Ausgang des Vergabeverfahrens können sich Auswirkungen auf den zukünftigen Geschäftsumfang mit der Republik Österreich ergeben und unter Umständen die zukünftige Ertragssituation des Unternehmens negativ beeinflussen.

Die Angaben der Gesellschaft zu den Anteilen an verbundenen Unternehmen sind im Anhang in den Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen (Punkt A), den Erläuterungen zur Bilanz (Punkt B.2. - Finanzanlagen) sowie in den Angaben zu verbundenen Unternehmen (Punkt D) enthalten. Bei den Angaben zu den Finanzanlagen werden auch die wesentlichen Annahmen bei der Durchführung der Überprüfung der Werthaltigkeit im Anhang dargestellt.

Wir haben die Angemessenheit der zukunftsbezogenen Schätzungen und wesentlichen Annahmen beurteilt.

Dabei haben wir uns mit den in der von der Unternehmensleitung freigegebenen Planungsrechnung angesetzten Prämissen und wesentlichen Werttreibern befasst, um die Angemessenheit dieser Planungen zu verifizieren. Als Indikator für die Planungstreue haben wir einen Vergleich der in den Vorperioden erfolgten Planungen mit den tatsächlichen eingetretenen Werten vorgenommen. Die zur Festlegung des Diskontierungszinssatzes herangezogenen Annahmen haben wir unter Einbeziehung von Bewertungsspezialisten durch Vergleich mit branchenspezifischen Richtwerten und Ermittlungsmethoden auf ihre Angemessenheit geprüft und das Berechnungsschema nachvollzogen.

Zur Risikobeurteilung möglicher Abweichungen von Ergebnis- und Cashflow-Schätzungen sowie Abweichungen von den abgeleiteten Diskontierungszinssätzen wurden Sensitivitätsberechnungen vorgenommen. In Bezug auf mögliche Ergebnisse des laufenden Ausschreibungsverfahrens haben wir die Einschätzung des Vorstandes hinterfragt und die zuständigen Annahmen gewürdigt.

VERANTWORTLICHKEITEN DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

VERANTWORTLICHKEITEN DES ABSCHLUSS- PRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESAB- SCHLUSSES

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- ▶ Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ▶ Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- ▶ Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- ▶ Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls

diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.

- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben, und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

BERICHT ZUM LAGEBERICHT

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält die nach § 243a UGB zutreffenden Angaben und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN NACH ARTIKEL 10 DER EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 20. Juni 2018 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 2. Oktober 2018 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2011/2012 Abschlussprüfer.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt „Bericht zum Jahresabschluss“ mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs. 1 der EU-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von der geprüften Gesellschaft gewahrt haben.

Wir haben zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Gesellschaft und für von dieser beherrschte Unternehmen keine Leistungen erbracht, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben worden sind.

AUFTRAGSVERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Gerhard Posautz.

Wien, am 11. Juni 2019

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Gerhard Posautz
Wirtschaftsprüfer

Mag. Peter Bartos
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Bilanz zum 31.03.2019

Aktiva	in EUR	
	31.03.2019	31.03.2018
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten	7.799.802,71	7.976.824,63
	7.799.802,71	7.976.824,63
II. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	30.000.000,00	30.000.000,00
	30.000.000,00	30.000.000,00
	37.799.802,71	37.976.824,63
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	411.747,67	1.074.047,51
davon mit einer RLZ >1 Jahr	400.000,00	0,00
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	65.009,31	62.943,51
davon mit einer RLZ >1 Jahr		0,00
	476.756,98	1.136.991,02
II. Wertpapiere und Anteile		
1. sonstige Wertpapiere und Anteile	36.329,55	36.329,55
	36.329,55	36.329,55
III. Guthaben bei Kreditinstituten	180.433,68	340.166,17
	693.520,21	1.513.486,74
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.434,94	0,00
	38.503.757,86	39.490.311,37
Passiva	in EUR	
	31.03.2019	31.03.2018
A. Eigenkapital	Saldenübernahme	
I. eingefordertes und einbezahltes Grundkapital	7.500.000,00	7.500.000,00
abzgl. Nennwert eigene Anteile	-225.000,00	-225.000,00
Summe ausgegebenes Kapital	7.275.000,00	7.275.000,00
II. Rücklage aus Aktienoptionen	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage		
gesetzliche Rücklage	750.000,00	750.000,00
IV. Rücklage für eigene Anteile	225.000,00	225.000,00
V. Bilanzgewinn, davon Gewinnvortrag	EUR 8.212.028,72 (31.03.2018: EUR 10.443.894,28)	13.695.086,62
	21.945.086,62	20.245.028,72
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	6.704.675,34	7.351.708,52
2. sonstige Rückstellungen	33.172,50	38.015,00
	6.737.847,84	7.389.723,52
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.199.991,06	6.598.269,36
davon mit einer RLZ <1 Jahr	800.000,00	6.598.269,36
davon mit einer RLZ >1 Jahr	2.399.991,06	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	37.409,93	36.755,38
davon mit einer RLZ <1 Jahr	37.409,93	36.755,38
davon mit einer RLZ >1 Jahr	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.915.167,69	417.132,00
davon mit einer RLZ <1 Jahr	1.915.167,69	417.132,00
davon mit einer RLZ >1 Jahr	0,00	0,00
4. sonstige Verbindlichkeiten	4.668.254,72	4.803.402,39
davon mit einer RLZ <1 Jahr	134.792,62	135.147,67
davon mit einer RLZ >1 Jahr	4.533.462,10	4.668.254,72
davon aus Steuern	EUR 0,00 (31.03.2018: EUR 0,00)	
	9.820.823,40	11.855.559,13
davon mit einer RLZ <1 Jahr	2.887.370,24	7.187.304,41
davon mit einer RLZ >1 Jahr	6.933.453,16	4.668.254,72
	38.503.757,86	39.490.311,37

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 01.04.2018 - 31.03.2019

	in EUR	in EUR
	GJ 2019	GJ 2018
1. Umsatzerlöse	1.035.933,97	898.202,27
2. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00	0,00
2. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand	0,00	0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-51.673,96	-49.271,16
	-51.673,96	-49.271,16
3. Personalaufwand		
a) Gehälter	0,00	-241.982,00
4. Abschreibungen		
a) auf Sachanlagen	-177.021,92	-177.021,92
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 13 fallen	-50,00	-215,00
b) übrige	-881.962,19	-772.705,61
	-882.012,19	-772.920,61
6. Betriebserfolg = Zwischensumme aus Ziffer 1 bis 5	-74.774,10	-342.993,42
7. Erträge aus Beteiligungen	5.800.000,00	5.500.000,00
davon aus verbundenen Unternehmen	EUR 5.800.000,00 (2018: EUR 5.500.000,00)	
8. Erträge aus Wertpapieren des Umlaufvermögens	6.041,75	5.234,93
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	43,78	47,12
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-212.087,35	-291.710,28
11. Finanzerfolg = Zwischensumme aus Ziffer 7 bis 10	5.593.998,18	5.213.571,77
12. Ergebnis vor Steuern	5.519.224,08	4.870.578,35
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	davon lat. Steuern: EUR	
	-36.166,18	-3.319.443,91
14. Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss	5.483.057,90	1.551.134,44
15. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	8.212.028,72	10.443.894,28
16. Bilanzgewinn	13.695.086,62	11.995.028,72

Anhang zum 31. März 2019

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

A) ALLGEMEINE GRUNDLAGEN

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s) entstand durch formwechselnde Umwandlung der High Security Holding GmbH, durch die mit Generalversammlungsbeschluss vom 24.06.2010 die Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft mit neuem Firmenwortlaut umgewandelt wurde. Diese formwechselnde Umwandlung wurde mit Beschluss des Handelsgerichts Wien vom 28.07.2010, GZ Fr 10082/10s, bewilligt und am 29.07.2010 in das Firmenbuch zu FN 290506 s eingetragen.

Im Zuge der Umwandlung wurde das Stammkapital der Gesellschaft von TEUR 35 auf TEUR 7.500 erhöht. Die Kapitalerhöhung erfolgte in Höhe von TEUR 965 aus Gesellschaftsmitteln und in Höhe von TEUR 6.500 aus einer Barkapitalerhöhung. Das erhöhte und von den Gesellschaftern der Gesellschaft zur Gänze bar eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft entspricht dem Grundkapital der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (vormals High Security Holding GmbH) und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende Stückaktien zerlegt. Seit 11. November 2011 notieren die Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment ‚Standard Market Auction‘. Kernaktionäre der Gesellschaft sind die GRT Privatstiftung, die G3 Industrie Privatstiftung und die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung.

Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches in der geltenden Fassung unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln (§ 222 Abs. 2 UGB), erstellt.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses werden die Grundsätze der Vollständigkeit und der ordnungsmäßigen Bilanzierung eingehalten. Bei der Bewertung wird von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Bei Vermögensgegenständen und Schulden wird der Grundsatz der Einzelbewertung angewendet.

Dem Vorsichtsprinzip wird Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste, die im Berichtsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Die Grundsätze des wirtschaftlichen Gehalts sowie die Wesentlichkeit wurden bei Erstellung des Abschlusses berücksichtigt. Bei der Beurteilung von Geschäftsfällen und Vereinbarungen ist das Tragen von Chancen und Risiken für die Bilanzierung ausschlaggebend und nicht die formelle juristische Gestaltung.

Die bisher angewandten Bewertungsmethoden, wurden auch bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses beibehalten.

Das **abnutzbare Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibung bewertet.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bzw. im Falle von Wertminderungen zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die Überprüfung der Werthaltigkeit des Buchwertes erfolgt jährlich gemeinsam mit dem Werthaltigkeitstest im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses. Dabei wird durch Diskontierung der zukünftig erwarteten Erträge und Aufwendungen und den daraus abgeleiteten Zahlungsströmen eine Abschätzung des beizulegenden Wertes vorgenommen.

Die durch den Diskontierungszinssatz zum Ausdruck gebrachten Kapitalkosten werden als gewichteter Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten berechnet und nach dem Capital Asset Pricing Model (CAPM) ermittelt.

Forderungen werden zum Nennwert abzüglich Wertberichtigung für erkennbare Einzelrisiken bilanziert.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren Börsenkurs am Abschlussstichtag angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden unter Bedachtnahme auf den Vorsichtsprinzip in der Höhe des voraussichtlichen Bedarfs gebildet.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag passiviert. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Fremdwährung werden mit dem Umrechnungskurs zum Zeitpunkt des Geschäftsfalles bzw. mit dem höheren Stichtagskurs umgerechnet. Es bestehen zum Stichtag keine Fremdwährungsverbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde ein steuerlicher Gruppenvertrag zwischen der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG als Gruppenträger und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH als Gruppenmitglied abgeschlossen. Seit dem Geschäftsjahr 2012 sind auch die OeSD International GmbH und seit dem Geschäftsjahr 2018 die OeSD Europe GmbH und die younix Identity AG Gruppenmitglieder. Der Gruppenvertrag sieht vor, dass vom Gruppenmitglied für steuerpflichtige Ergebnisse eine Steuerumlage an den Gruppenträger zu leisten ist. Verluste werden evident gehalten und in den Folgejahren mit steuerpflichtigen Ergebnissen gegengerechnet. Die Gruppenumlage für die Gruppenmitglieder wird mit 23% des steuerlichen Gewinnes festgesetzt. In diesem Zusammenhang erfolgt die Umlage in Abstimmung mit dem Gruppenmitglied.

Das Geschäftsjahr 2019 betrifft den Zeitraum 1. April 2018 bis 31. März 2019.

Alle Angaben erfolgen in TEUR. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechnungsgenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

B) ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

1) Sachanlagen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens wird im beiliegenden Anlagenspiegel dargestellt.

Im Zuge der Verschmelzung im Geschäftsjahr 2012 mit der OeSD Leasing GmbH hat die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG auch den Leasingvertrag mit der Bank Austria Leasing ARGO Immobilienleasing GmbH über die Betriebsliegenschaft in der Tenschertstraße 7 (1230 Wien) übernommen.

Dieser Leasingvertrag ist derart ausgestaltet, dass die wesentlichen Chancen und Risiken in wirtschaftlicher Betrachtung beim Leasingnehmer liegen. Aus diesem Grund erfolgt (wie davor schon bei der OeSD Leasing GmbH) eine bilanzielle Einstufung als Finanzierungsleasingvereinbarung. Die Nutzungsdauer für die Betriebsliegenschaft beträgt unverändert zum Vorjahr 26 Jahre. Der Grundwert beträgt zum 31.03.2019 unverändert TEUR 4.790.

2) Finanzanlagen

Im Vorjahr wurde im Wege der Abspaltung zur Neugründung zum Stichtag 31.03.2017 der Teilbetrieb ‚Innovations‘ von der Österreichische Staatsdruckerei GmbH auf die neu gegründete younix Identity AG übertragen. Die Abspaltung wurde am 22.11.2017 beim Firmenbuch mit der Nummer 481441 B eingetragen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält alle Anteile an der younix Identity AG. Anlässlich der Abspaltung wurde ein Teil des Beteiligungsansatzes an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH auf den neu geschaffenen Beteiligungsansatz an der younix Identity AG übertragen.

Die Aufteilung erfolgte im Verhältnis des beizulegenden Zeitwertes zwischen dem übertragenen und dem bei der Österreichische Staatsdruckerei GmbH verbleibendem Vermögen. Der Ansatz dieser Beteiligung erfolgt ebenfalls in den Finanzanlagen. Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH ist mit einem Ansatz von TEUR 27.720 und die younix Identity AG mit TEUR 2.280 enthalten.

Ein großer Teil der Umsatzerlöse der Österreichische Staatsdruckerei GmbH resultiert aus der Herstellung von Ausweisen und amtlichen Dokumenten für die Republik Österreich. In Folge der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes im März 2018, wonach die nach Maßgabe der Bestimmungen des § 2 Abs. 3 Staatsdruckereigesetzes bisher durchgeführte direkte Vergabe von Aufträgen der Republik Österreich gegen EU-Recht verstößt, wurden im Juni 2018 sämtliche Hochsicherheitsausweise der Republik Österreich EU-weit ausgeschrieben. Das Vergabeverfahren läuft zweistufig: Nach der Präqualifikation wird mit den qualifizierten Bietern verhandelt. Aktuell läuft das Verhandlungsverfahren. Aufgrund der Aussagen der vergebenden Stelle rechnen wir mit einem Zuschlag an den Bestbieter im Zuge des Sommers 2019. Wir haben uns für die Verhandlungsrunde qualifiziert und sehen uns bestens gerüstet. Die Leistungen für die Republik Österreich sind von hoher Kundenzufriedenheit geprägt und der Konzern verfügt über hohes Know-how. Auswirkungen auf das Geschäft werden aufgrund der durch die Ausschreibung normierten Vorlaufzeiten frühestens für das Geschäftsjahr 2023 erwartet.

Lediglich im Falle eines negativen Ausgangs der Ausschreibung bei gleichzeitigem Nichtgelingen der Akquisition neuer (alternativer) Aufträge nach Ablauf der angesprochenen Übergangszeiten könnte der Fall eintreten, dass der Buchwert des Beteiligungsansatzes über dem beizulegenden Zeitwert liegt und damit ein Wertminderungsbedarf entsteht. Aus Sicht des Vorstands sprechen zum Bilanzstichtag keine Gründe dafür, die den Eintritt eines solchen Szenarios mit einigermaßen realistischer Wahrscheinlichkeit erwarten lassen würden.

3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In der OeSD International GmbH wurde ein Körperschaftsteuer-Aufwand von TEUR 3 (im Vorjahr TEUR 79) ermittelt. In der Österreichische Staatsdruckerei GmbH wurde ein Körperschaftsteuer-Aufwand von TEUR 1.425 (im Vorjahr TEUR 2.477) ermittelt. Im Vorjahr sind diese Steuerumlagen gegenüber der OeSD International GmbH sowie gegenüber der Österreichische Staatsdruckerei GmbH abzüglich geleisteter Vorauszahlungen in der Position Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 1.074 enthalten. Im Berichtsjahr wurde ein langfristiges Darlehen an younix Identity AG in der Höhe von TEUR 911 gewährt, wovon TEUR 400 bereits ausgenützt sind.

Die sonstigen Forderungen betreffen überwiegend Vorsteuerguthaben, im Vorjahr vor allem Forderungen gegenüber Lieferanten.

In den sonstigen Forderungen sind wie im Vorjahr keine Erträge enthalten, welche erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam sind.

4) Sonstige Wertpapiere und Anteile

Wie im Vorjahr wurden die bestehenden Wertpapiere weitergeführt und zum Bilanzstichtag 31.03.2019 mit TEUR 36 bewertet.

5) Guthaben bei Kreditinstituten

Der ausgewiesene Betrag besteht zur Gänze aus Bankguthaben.

6) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt. Am 18.10.2013 wurden zum Zwecke der Bedienung des Aktienoptionsprogramms

112.500 eigene Aktien und am 19.09.2014 weitere 112.500 eigene Aktien erworben. Die angeschafften Aktien entsprechen 3% der ausgegebenen Aktien.

Der Nennwert der eigenen Anteile in Höhe von TEUR 225 wird gemäß Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 im Eigenkapital als Abzugsposten im ausgegebenen Kapital sowie als eigener Posten (Rücklage für eigene Anteile) dargestellt.

Es besteht eine gesetzliche Rücklage im Ausmaß von 10% des Grundkapitals.

7) Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen setzten sich wie folgt zusammen:

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Körperschaftsteuern der steuerlichen Gruppe	4.667	5.905
Passive latente Steuern	1.127	1.053
Rückstellung für Steuerausgleichsvereinbarung	911	394
Summe Steuerrückstellungen	6.705	7.352

Der Steueraufwand war im Vorjahr durch die Bildung einer Rückstellung für mögliche KöSt-Nachzahlungen in Höhe von TEUR 3.351 maßgeblich erhöht. Die Rückstellung beruhte auf den zu erwartenden Feststellungen der damals noch laufenden steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 2010 bis 2012 in der die Finanzverwaltung zur Auffassung gelangt, dass der Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH aus dem Jahr 2007 nicht zu einer Firmenwertabschreibung berechtigt. Zwischenzeitlich ist die Steuerprüfung abgeschlossen und die zu erwartende Feststellung liegt nunmehr auch als Bescheid vor. Die OeSD teilt die Rechtsauffassung der Finanzbehörde nicht und bekämpft diesen Bescheid. Daher wird die Rückstellung fortgeführt und um den auf das Berichtsjahr entfallenden Betrag erhöht.

Die latenten Steuern errechnen sich aus Differenzen zwischen Handels- und Steuerrecht im Bereich des Anlagevermögens und der Leasingverbindlichkeiten, der Stiftungseinlagen samt Nachstiftungen, des Aktienoptionsprogramms, sowie der Geldbeschaffungskosten. Es wird durchgängig ein Steuersatz von 25% verwendet. Die im Vorjahr neu in die steuerliche Gruppe aufgenommene younix Identity AG verbuchte im Berichtsjahr 2019 einen Verlust. Im Ausmaß von 23% wurde für diesen eine Rückstellung für Verpflichtungen aus Gruppenausgleichsvereinbarungen in der Höhe von TEUR 517 gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten die Rückstellungen für die Jahresabschlussprüfung TEUR 25 (im Vorjahr TEUR 24).

8) Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind keine Aufwendungen enthalten (im Vorjahr TEUR 4), welche erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam sind.

Für den Kauf der Österreichische Staatsdruckerei GmbH wurden im Geschäftsjahr 2008 zwei langfristige Kredite im Gesamtwert von TEUR 25.000 aufgenommen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden diese Kredite umgeschuldet und zur Gänze getilgt (TEUR 11.143). Zur Umschuldung wurden zwei langfristige Kredite im Gesamtwert von TEUR 12.000 aufgenommen. Im Vorjahr wurden davon TEUR 1.200 getilgt. Im Berichtsjahr wurden davon TEUR 2.598 getilgt und der Restbetrag von TEUR 4.000 auf fünf Jahre umgeschuldet. Davon wurden im Berichtsjahr bereits TEUR 800 getilgt. Im kommenden Geschäftsjahr 2019/20 beträgt die Tilgung TEUR 800. Zur Sicherstellung des Kredits wurden die Anteile der Österreichische Staatsdruckerei GmbH an den Kreditgeber verpfändet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 1.915 (im Vorjahr TEUR 417) betreffen Konzernverrechnungen und Vorauszahlungen für Körperschaftssteuern.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind unter anderem Verbindlichkeiten aus Gebäudeleasing in Höhe von TEUR 4.668 (im Vorjahr TEUR 4.799) enthalten. Für die Leasingverbindlichkeiten bestehen dingliche Sicherheiten insoweit als der Leasinggeber zivilrechtlicher Eigentümer des geleasten Objekts ist.

Die restlichen sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Vorjahr noch nicht fällige Zinsverrechnungen der beiden Kredite.

C) ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

1) Umsatzerlöse

Die ausgewiesenen Umsätze betreffen Mieterlöse und Erlöse aus Facility-Dienstleistungen. Sämtliche Umsatzerlöse wurden im Inland erbracht.

2) Aufwendungen für bezogene Leistungen

Hierunter werden die Kosten für Fremdpersonal betreffend Facility-Dienstleistungen verrechnet.

3) Personalaufwand

Für das im Geschäftsjahr 2013 beschlossene Aktienoptionsprogramm wurde im Vorjahr ein Aufwand von TEUR 242 verbucht. Der Abfindungsbetrag für Herrn Prof. Reinhart Gausterer betrug dabei TEUR 1.181. Die in den Vorjahren gebildeten Rücklagen aus Aktienoptionen in Höhe von TEUR 939 wurden aufgelöst und der darüberhinausgehende Betrag als Personalaufwand erfasst. Das Aktienoptionsprogramm ist im Vorjahr ausgelaufen.

4) Abschreibungen

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr betragen wie im Vorjahr TEUR 177.

5) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Rechts- und Beratungsaufwendungen, Dienstleistungen der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und Sachversicherungen. Im Berichtsjahr wurde von der Österreichische Staatsdruckerei GmbH für die Vorstandstätigkeit von Herrn Mag. Lukas Praml und Herrn Mag. Helmut Lackner ein Betrag von TEUR 304 (im Vorjahr TEUR 291) verrechnet.

Das Honorar des Abschlussprüfers beträgt für die Prüfung des Einzel- und Konzernabschlusses zum 31.03.2019 TEUR 25 (im Vorjahr TEUR 24). An erbrachten Beratungsleistungen und sonstigen Leistungen wurden vom Abschlussprüfer im Geschäftsjahr 2019 wie im Vorjahr insgesamt Honorare in Höhe von TEUR 24 in Rechnung gestellt.

6) Steuern vom Einkommen und Ertrag

Unter Berücksichtigung des steuerlichen Gruppenvertrages ergibt sich ein Steuerertrag von TEUR 37 (im Vorjahr ein Steueraufwand von TEUR 3.002). Die Dotierung der passiven latenten Steuer beträgt TEUR 74 (im Vorjahr TEUR 317). Somit ergeben sich Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von in Summe TEUR 36 (im Vorjahr TEUR 3.319). In Folge einer Neueinschätzung des Risikos der steuerlichen Nichtanerkennung der

Firmenwertabschreibung im Rahmen der Gruppenbesteuerung wurden zum 31.03.2018 aufwandswirksam unter den Steuerrückstellungen ausgewiesene Vorsorgen in Höhe von TEUR 3.351 gebildet. Der Steueraufwand ist im Vorjahr daher durch diesen Sachverhalt maßgeblich erhöht.

D) ANGABEN ÜBER VERBUNDENE UNTERNEHMEN

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG mit Sitz in Wien hält alle Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG erstellt einen Konzernabschluss, der die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, die Österreichische Staatsdruckerei GmbH, die OeSD International GmbH, die OeSD International SEE SH.P.K., die OeSD Europe GmbH, die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung einschließt und die im Geschäftsjahr 2018 durch Abspaltung neu gegründete younix Identity AG. Der Konzernabschluss wird beim Handelsgericht Wien eingereicht.

Am 1. März 2012 wurde mit Eintragung ins Firmenbuch die OeSD International SEE SH.P.K. als 100%-ige Tochter der OeSD International GmbH gegründet und mit einem Stammkapital in Höhe von TEUR 1 ausgestattet. Ihren Sitz hat die OeSD International SEE SH.P.K. in Prishtina, Republik Kosovo.

Am 21. Juni 2012 wurde die OeSD Europe GmbH (FN 382708g) mit Sitz in Wien als 100%-ige Tochter der OeSD International GmbH gegründet. Das Stammkapital beträgt TEUR 35 und wurde zur Hälfte geleistet.

Mit Generalversammlungsbeschluss vom 14.11.2017 wurde im Wege der Abspaltung zur Neugründung zum Stichtag 31.03.2017 der Teilbetrieb ‚Innovations‘ von der Österreichische Staatsdruckerei GmbH auf die neu gegründete younix Identity AG übertragen. Die Abspaltung wurde am 22.11.2017 beim Firmenbuch mit der Nummer 481441 b eingetragen. Das Grundkapital beträgt TEUR 70. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält alle Anteile an der younix Identity AG.

Eigenkapital und Ergebnis der unmittelbar von der Gesellschaft gehaltenen Beteiligungen

zum 31.03.2019

<u>Gesellschaft</u>	<u>Sitz</u>	<u>Stammkapital</u>	<u>Beteiligung</u>	<u>Eigenkapital u. Ergebnis 2019</u>		<u>Währung</u>
Österreichische Staatsdruckerei GmbH	Wien	72.672,84	100,00%	6.158.411,23	5.285.093,52	EUR
younix Identity AG	Wien	70.000,00	100,00%	3.168.918,84	-2.135.894,07	EUR

zum 31.03.2018

<u>Gesellschaft</u>	<u>Sitz</u>	<u>Stammkapital</u>	<u>Beteiligung</u>	<u>Eigenkapital u. Ergebnis 2018</u>		<u>Währung</u>
Österreichische Staatsdruckerei GmbH	Wien	72.672,84	100,00%	6.673.317,71	8.329.588,51	EUR
younix Identity AG	Wien	70.000,00	100,00%	5.304.812,91	-1.614.359,79	EUR

E) ANGABEN ÜBER ORGANE UND ARBEITNEHMER

Der Vorstand der Gesellschaft setzt sich aus Herrn Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Herrn Mag. Lukas Praml und Herrn Mag. Helmut Lackner zusammen. Herr Mag. Lukas Praml folgt Herrn Prof. Reinhart Gausterer, der seine Vorstandstätigkeit aufgrund seiner Pensionierung Ende Juni 2017 beendet hat. Es sind keine Prokuristen bestellt.

Die Gesellschaft beschäftigt wie im Vorjahr keine Arbeitnehmer.

Für die Übernahme der Geschäftsführung in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH sowie als Abgeltung ihrer Vorstandstätigkeit haben die Mitglieder des Vorstands folgende Vergütungen erhalten:

	2018/19 (in TEUR)	2017/18 (in TEUR)
Laufende Bezüge	877	843
<i>davon variable Prämienbestandteile</i>	469	607
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	198
Abfindung Aktienoptionsprogramm	0	1.181
Summe ausbezahlte Bezüge	877	2.222

An Beiträgen zu Mitarbeitervorsorgekassen wurden TEUR 13 (im Vorjahr TEUR 12) entrichtet. Die Abfertigungsrückstellungsauflösung im Vorjahr beträgt TEUR 98. Für die bestehenden Mitglieder der Geschäftsführung ist keine Abfertigungsrückstellung zu bilden, da diese bereits in der Mitarbeitervorsorgekasse erfasst sind. Darüber hinaus gibt es einen Managementvertrag mit der E.C.P. capital partners Investberatungs GmbH in der Höhe von TEUR 390, der auch die Vorstandstätigkeit von Herrn Ing. Schächter miteinschließt. Diese Vergütungen und Aufwendungen werden in der Tochtergesellschaft der Österreichischen Staatsdruckerei Holding AG erfasst.

Als Aufsichtsräte sind Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Dr. Wilfried Stadler (stellvertretender Vorsitzender) und Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof bestellt. Vom Betriebsrat wurden Herr Martin Smit und Herr Thomas Sperlich als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat entsandt. Die konstituierende Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft fand am 14.07.2016 statt. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates sind auch Mitglieder des Prüfungsausschusses.

Die Aufsichtsräte erhielten wie im Vorjahr eine Vergütung von TEUR 16. Für die Vorstandstätigkeit von Mag. Helmut Lackner und Mag. Lukas Praml wurde von der Österreichische Staatsdruckerei GmbH ein Betrag von TEUR 304 (im Vorjahr TEUR 291) verrechnet.

Es wurden keine Vorschüsse und Kredite gewährt. Zugunsten des Vorstandes oder der Aufsichtsräte wurden keine Haftungsverhältnisse eingegangen.

F) DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Im Berichtsjahr wurden, wie im Vorjahr, keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

G) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es kam zu keinen zu berichtenden Ereignissen nach dem Bilanzstichtag.

H) Ergebnisverwendungsvorschlag

Für das Berichtsjahr wird der Vorstand der Gesellschaft die Auszahlung einer Dividende von EUR 0,53 pro stimmberechtigter Aktie vorschlagen. Dies entspricht einer Ausschüttung von insgesamt rund TEUR 3.856.

Wien, 11. Juni 2019



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Mag. Lukas Praml
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Anlagenspiegel zum 31.3.2019						
	Anschaffungs- und Herstellungskosten		kumulierte Abschreibungen		Buchwerte	
	Stand zum 1.4.2018	Stand zum 31.3.2019	Stand zum 1.4.2018	Zugänge	Stand zum 31.3.2019	Buchwert 31.3.2019
I. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	9.083.211,63	9.083.211,63	1.106.387,00	177.021,92	1.283.408,92	7.799.802,71
Summe Sachanlagen	9.083.211,63	9.083.211,63	1.106.387,00	177.021,92	1.283.408,92	7.799.802,71
II. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	30.000.000,00	30.000.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000.000,00
Summe Finanzanlagen	30.000.000,00	30.000.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000.000,00
Gesamtsumme Anlagevermögen	39.083.211,63	39.083.211,63	1.106.387,00	177.021,92	1.283.408,92	37.799.802,71

Lagebericht 2019

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Unternehmens

1.1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2019 betrifft den Zeitraum 01.04.2018 bis 31.03.2019. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s) entstand durch formwechselnde Umwandlung der High Security Holding GmbH, die mit Generalversammlungsbeschluss vom 24.06.2010 in eine Aktiengesellschaft mit neuem Firmenwortlaut umgewandelt wurde. Diese formwechselnde Umwandlung wurde mit Beschluss des Handelsgerichts Wien vom 28.07.2010, GZ Fr 10082/10s, bewilligt und am 29.07.2010 in das Firmenbuch zu FN 290506 s eingetragen.

Im Zuge der Umwandlung wurde das Stammkapital der Gesellschaft von TEUR 35 auf TEUR 7.500 erhöht. Das erhöhte und von den Gesellschaftern der Gesellschaft zur Gänze bar eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft entspricht dem Grundkapital der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (vormals High Security Holding GmbH) und ist in 7.500.000 nennwertlose, auf Inhaber lautende Stückaktien zerlegt. Seit 11.11.2011 notieren die Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment ‚Standard Market Auction‘. Kernaktionäre der Gesellschaft sind die GRT Privatstiftung, die G3 Industrie Privatstiftung und die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hielt während des gesamten Berichtsjahres 225.000 eigene Aktien, dies entspricht 3% der ausgegebenen Aktien.

Unternehmensgegenstand ist die Beteiligung an Gesellschaften in Form einer Holding, sowie die Durchführung von Beratungsleistungen zu allgemeinen Sicherheitsthemen.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält seit 2007 alle Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH (FN 186375g, HG Wien). Im Geschäftsjahr bezahlte die Österreichische Staatsdruckerei GmbH eine Dividende in Höhe von TEUR 5.800 (im Vorjahr TEUR 5.500).

Mit Generalversammlungsbeschluss vom 14.11.2017 wurde im Wege der Abspaltung zur Neugründung zum Stichtag 31.03.2017 der Teilbetrieb ‚Innovations‘ von der Österreichische Staatsdruckerei GmbH auf die neu gegründete younix Identity AG übertragen. Die Abspaltung wurde am 22.11.2017 beim Firmenbuch mit der Nummer 481441 b eingetragen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält alle Anteile an der younix Identity AG.

Der Vorstand der Gesellschaft setzte sich wie im Vorjahr aus Herrn Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Herrn Mag. Helmut Lackner und Herrn Mag. Lukas Praml zusammen. Es sind keine Prokuristen bestellt.

Im Berichtsjahr gehörten folgende Personen dem Aufsichtsrat an: Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Dr. Wilfried Stadler (Vorsitzender-Stv.), Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof (Vorsitzender Stv.), Martin Smit (Arbeitnehmersvertreter) und Thomas Sperlich (Arbeitnehmersvertreter). In der Hauptversammlung am 14. Juli 2016 wurden die Aufsichtsratsmandate der Kapitalvertreter um fünf Jahre verlängert. Im Geschäftsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen und zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist die oberste Konzerngesellschaft des Konzerns, der aus acht Unternehmen besteht. Neben der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH umfasst der Konzern auch die OeSD International GmbH, einer 100%-Tochter der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Die OeSD International GmbH hält 100% der Anteile an der OeSD International SEE SH.P.K. und der OeSD Europe GmbH. Im Geschäftsjahr 2018 neu hinzugekommen sind die durch Abspaltung von der Österreichische Staatsdruckerei GmbH zur Neugründung entstandene younix Identity AG sowie die gemeinsam mit der Cryptas International GmbH gegründete Joint-Venture-Gesellschaft European Trust Services GmbH, an der die Österreichische Staatsdruckerei GmbH 51% der Anteile hält.

Es wird ein Konzernabschluss gemäß IFRS erstellt. Mit Stiftungsurkunde vom 05.03.2012 haben die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und die Österreichische Staatsdruckerei GmbH gemeinsam die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung mit Sitz in Wien errichtet. Der Stiftung wurde ein Stiftungsvermögen von TEUR 4.300 zugewendet, wobei TEUR 2.150 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden. Mit diesen Mitteln hat die Stiftung insgesamt 4,9% der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG erworben. Die Stiftung hat den Zweck Dividenden direkt an die Mitarbeiter der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG auszuzahlen.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde ein steuerlicher Gruppenvertrag abgeschlossen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist Gruppenträger und die Österreichische Staatsdruckerei GmbH und die OeSD International GmbH sind Gruppenmitglied. Seit dem Geschäftsjahr 2018 sind auch die OeSD Europe GmbH und die younix Identity AG Gruppenmitglieder. Die Gruppenumlage wird mit 23% des steuerlichen Gewinnes festgesetzt.

Alle Angaben erfolgen in TEUR. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechnungsgenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres betrugen TEUR 1.036 (im Vorjahr TEUR 898). Es wurde ein negatives Betriebsergebnis von TEUR -75 (im Vorjahr TEUR -343) erzielt. Der Finanzerfolg in Höhe von TEUR 5.594 (im Vorjahr TEUR 5.214) setzte sich im Wesentlichen aus Beteiligungserträgen (TEUR 5.800, im Vorjahr TEUR 5.500) und Zinsaufwendungen (TEUR 212, im Vorjahr TEUR 292) zusammen. Das Ergebnis vor Steuern betrug somit TEUR 5.519 (im Vorjahr TEUR 4.871).

Unter Berücksichtigung des steuerlichen Gruppenvertrages ergibt sich insgesamt ein Steueraufwand von TEUR -110 (im Vorjahr ein Steueraufwand von TEUR -3.002). Die Dotierung der passiven latenten Steuer beträgt TEUR 74 (im Vorjahr TEUR 317). Somit ergeben sich Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von in Summe TEUR -36 (im Vorjahr TEUR -3.319). Der Steueraufwand war im Vorjahr durch die Bildung einer Rückstellung für mögliche KöSt-Nachzahlungen in Höhe von TEUR 3.351 maßgeblich erhöht. Die Rückstellung beruhte auf den zu erwartenden Feststellungen der damals noch laufenden steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 2010 bis 2012 in der die Finanzverwaltung zur Auffassung gelangt, dass der Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH aus dem Jahr 2007 nicht zu einer Firmenwertabschreibung berechtigt. Zwischenzeitlich ist die Steuerprüfung abgeschlossen und die zu erwartende Feststellung liegt nunmehr auch als Bescheid vor. Die OeSD teilt die Rechtsauffassung der Finanzbehörde nicht und bekämpft diesen Bescheid. Daher wird die Rückstellung fortgeführt und um den auf das Berichtsjahr entfallenden Betrag erhöht.

Nach Steuern resultierte ein Jahresüberschuss von TEUR 5.483 (im Vorjahr TEUR 1.551).

Vom Bilanzgewinn des Vorjahres (TEUR 11.995) wurde eine Dividende in Höhe von TEUR 3.783 ausgeschüttet. Somit betrug der Gewinnvortrag aus dem Vorjahr TEUR 8.212. Zuzüglich des Jahresüberschusses ergab sich somit ein Bilanzgewinn des Geschäftsjahres von TEUR 13.695.

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH erzielte im Geschäftsjahr einen Umsatz von TEUR 43.502 (im Vorjahr TEUR 46.157). Der Betriebserfolg betrug TEUR 6.357 (im Vorjahr TEUR 11.032) und der Finanzerfolg TEUR 465 (im Vorjahr TEUR -58). Nach Abzug der Ertragssteuern (TEUR 1.538, im Vorjahr TEUR 2.644) ergab sich ein Jahresüberschuss von TEUR 5.285 (im Vorjahr TEUR 8.330).

Die younix Identity AG erzielte im Geschäftsjahr einen Umsatz von TEUR 343 (im Vorjahr TEUR 465). Der Betriebserfolg betrug TEUR -2.773 (im Vorjahr TEUR -2.231). Nach Hinzurechnung der Ertragssteuern (Ausweis positiver Ertragssteuern aufgrund der Gruppenbesteuerungsvereinbarung) von TEUR 637 (im Vorjahr TEUR 617) ergab sich ein Jahresfehlbetrag von TEUR 2.136 (im Vorjahr TEUR -1.615).

1.3. Finanzlage

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr TEUR 7.552 (im Vorjahr TEUR 4.882). Im Geschäftsjahr 2019 wurde im Rahmen eines langfristigen Darlehens TEUR -400 (im Vorjahr TEUR 0) an die younix als Nettogeldfluss aus der Investitionstätigkeit angewiesen. Der Cash Flow aus Finanzierungsaktivitäten beträgt TEUR -7.312 (im Vorjahr TEUR -4.601). Dieser setzt sich zusammen aus der Tilgung von Leasingverbindlichkeiten (TEUR -131, im Vorjahr TEUR -127), der Tilgung von Bankkrediten (TEUR -3.398, im Vorjahr TEUR -1.200), sowie der Dividendenzahlung an die Aktionäre (TEUR -3.783, im Vorjahr TEUR -3.274).

Die Veränderung der liquiden Mittel beträgt daher in Summe TEUR -160 (im Vorjahr TEUR 282) und es resultiert ein Endbestand an liquiden Mitteln von TEUR 180 (im Vorjahr TEUR 340).

1.4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme sank im Berichtsjahr um TEUR 987 auf TEUR 38.504 (im Vorjahr TEUR 39.490).

Das Anlagevermögen ging aufgrund der Abschreibungen auf Grundstücke und Bauten wie im Vorjahr) um TEUR 177 zurück. Das Umlaufvermögen sank um TEUR 820 (Im Vorjahr Anstieg um TEUR 1.392), die aktive Rechnungsabgrenzung stieg um TEUR 10 (im Vorjahr Rückgang um TEUR 11).

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital aufgrund des Jahresgewinns (TEUR 5.483) abzüglich der Dividende (TEUR 3.783) um TEUR 1.700. Die Rückstellungen sanken um TEUR 652 aufgrund von Körperschaftssteuerzahlungen. Die Verbindlichkeiten sanken um TEUR 2.035 vor allem wegen Darlehenstilgungen.

Die Eigenmittelquote gemäß § 23 URG beträgt 57,0% (im Vorjahr 51,3%).

1.5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung.

1.6. Forschung und Entwicklung (Forschungsbericht)

Die Gesellschaft erbringt keine eigenständigen Forschungsleistungen.

1.7. Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigte, wie im Vorjahr, zum Bilanzstichtag keine Mitarbeiter.

Mit Stiftungsurkunde vom 05.03.2012 haben die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und die Österreichische Staatsdruckerei GmbH gemeinsam die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung mit Sitz in Wien errichtet. Der Stiftung wurde ein Stiftungsvermögen von TEUR 4.300 zugewendet, wobei TEUR 2.150 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden. Mit diesen Mitteln hat die Stiftung insgesamt 4,9% der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG erworben. Damit partizipieren die Mitarbeiter des Konzerns am finanziellen Erfolg und Wachstums des Konzerns.

1.8. Umwelt

Als Holdinggesellschaft werden keine Betriebsanlagen betrieben. Die von der Gesellschaft verursachten Umweltauswirkungen sind gering.

2. Voraussichtliche Entwicklung

Die wichtigste Beteiligung, die Österreichische Staatsdruckerei GmbH, hat sich sehr positiv entwickelt. Für das Kerngeschäft in Österreich – den Sicherheitsdokumenten – bestehen seit vielen Jahren aufrechte Lieferverträge mit der Republik Österreich. Mit Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen die Republik Österreich vom 20. März 2018 hat der EUGH wegen der direkten Vergabe von Dienstleistungsaufträgen an den Konzern eine Vertragsverletzung festgestellt. Am 22. Juni 2018 wurden sämtliche Hochsicherheitsausweise der Republik Österreich EU-weit ausgeschrieben. Das Vergabeverfahren läuft zweistufig: Nach der Präqualifikation wird mit den qualifizierten Bietern verhandelt. Aktuell läuft das Verhandlungsverfahren. Aufgrund der Aussagen der vergebenden Stelle rechnen wir mit einem Zuschlag an den Bestbieter im Zuge des Sommers 2019.

Wir haben uns für die Verhandlungsrunde qualifiziert und sehen uns bestens gerüstet. Die Leistungen für die Republik Österreich sind von hoher Kundenzufriedenheit geprägt und der Konzern verfügt über hohes Know-how. Auswirkungen auf das Geschäft werden aufgrund der durch die Ausschreibung normierten Vorlaufzeiten frühestens für das Geschäftsjahr 2022 erwartet.

Die durch Abspaltung von der Österreichische Staatsdruckerei GmbH neu gegründete younix Identity AG ist ein Start-up Unternehmen, das in den ersten Jahren noch keine Dividendenzahlungen leisten können. Die Mittelfristplanung des Unternehmens lässt jedoch ab dem Geschäftsjahr 2022 positive Ergebnisse erwarten.

3. Risikoberichterstattung

Im Zuge ihrer Holdingtätigkeit ist die Gesellschaft keinen eigenen operativen Risiken ausgesetzt. Zur Bedienung der langfristigen Kredite ist eine kontinuierliche Dividendenausschüttung durch die Österreichische Staatsdruckerei GmbH notwendig. Entsprechend wird durch ein laufendes Monitoring die Ertrags-, Finanz- und Vermögenssituation der Beteiligungen beobachtet.

Seit Sommer 2014 fand eine Betriebsprüfung im Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG statt. Ein wesentlicher Diskussionspunkt war dabei die Anerkennung der steuerlichen Firmenwertabschreibung im Rahmen der Gruppenbesteuerung. Seitens der Finanzverwaltung wird dabei der im Jahr 2007 stattgefundene Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH als ein die Firmenwertabschreibung (und in weiterer Folge auch den Abzug der Fremdfinanzierungskosten) ausschließender Erwerb von einem konzernzugehörigen Unternehmen bzw. von einem unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausübenden Gesellschafter qualifiziert. Nach Auffassung des Konzerns liegen derartige Ausschlussgründe nicht vor.

Aufgrund des Fortgangs der Betriebsprüfung im Geschäftsjahr 2018 (Nichtanerkennung der Firmenwertabschreibung im Rahmen der Übermittlung der vorläufigen Prüfungsfeststellung im Dezember 2017 sowie dazu mit der Betriebsprüfung abgehaltene Besprechung Ende Februar 2018) wurde daher bereits im Vorjahr eine in den Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern enthaltene Vorsorge in Höhe von TEUR 3.351 gebildet, welche mögliche Steuernachzahlungen in Folge der Nichtanerkennung geltend gemachter Firmenwertabschreibungen, mit der Akquisition zusammenhängender Fremdkapitalzinsen (ab 2011) sowie sich in Folge ergebender Anspruchszinsen umfassen.

Im Berichtsjahr wurde die Betriebsprüfung abgeschlossen und mit Bescheid vom Februar 2019 festgestellt, dass die Firmenwertabschreibung von der Finanzbehörde nicht anerkannt wird. Da der Vorstand eine andere Rechtsauffassung vertritt, werden alle notwendigen Schritte gesetzt um die gegebene Zulässigkeit der steuerlichen Firmenwertabschreibung nachzuweisen bzw. durchzusetzen. Entsprechend wurde die Rückstellung weiterentwickelt und beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 3.006.

Im Berichtsjahr wurden, wie im Vorjahr, keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

4. Angaben gemäß § 243a UGB

Zusammensetzung Kapital, Maßgebliche Aktionäre und Angaben zur Ausübung von Stimmrechten (§ 243a Abs. 1 UGB)

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennwertlose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt.

Gemäß § 243a Abs. 1 Z 3 UGB anzugebende Aktionäre mit einer Beteiligung von zumindest 10% sind die GRT-Privatstiftung mit rund 45,6 % und die G3 Industrie Privatstiftung mit rund 45,7%.

Die im März 2012 gemeinsam mit der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG errichtete Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung hält einen Anteil von 4,9%. Jede Verfügung über diese Anteile durch die Stiftung (z.B. Verkauf, Verpfändung, Schenkung usw.) bedarf der Zustimmung durch die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG. Die Stiftung wird durch den Stiftungsvorstand vertreten. Vorsitzender des Stiftungsvorstands ist Herr Mag. Helmut Lackner, der auch Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist. Bei der Ausübung ihrer Stimmrechte wird die Stiftung durch den Stiftungsvorstand vertreten.

In der **Hauptversammlung vom 21.07.2017** wurde der Vorstand für die Dauer von 30 Monaten zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 sowie Abs. 1a und 1b AktG bis zu maximal 10% des Grundkapitals ermächtigt. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen oder wieder zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen oder auf Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit § 153 Abs. 3 und 4 AktG ist, unbeschadet der Bestimmung des § 65 Abs. 1b letzter Satz AktG, die Verwendung von erworbenen eigenen Aktien zum Zwecke der Bedienung von Mitgliedern des Vorstands gewährten Aktienoptionen im Ausmaß von maximal bis zu 225.000 Aktien gestattet, wobei diesfalls das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist.

Schließlich wurde der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ermächtigt, erworbene eigene Aktien gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit §§ 169 bis 171 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf jede andere gesetzliche Art, auch außerbörslich zu veräußern, wobei der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht (das Wiederkaufsrecht) der Aktionäre ausschließen kann.

Mit diesem Beschluss wurde der vorangegangene Hauptversammlungsbeschluss vom 11.07.2014 ersetzt.

Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (§ 243a Abs. 2 UGB)

Unter dem internen Kontrollsystem (IKS) sind sämtliche aufeinander abgestimmte Methoden und Maßnahmen zu verstehen, die dazu dienen, das Vermögen zu sichern, die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Abrechnungsdaten zu gewährleisten und die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschäftspolitik zu unterstützen. Das Risikomanagement umfasst sämtliche Prozesse, die der Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken sowie der Ergreifung von geeigneten Maßnahmen zur Risikokontrolle dienen.

Die Einrichtung eines angemessenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bzw. die Finanzberichterstattung liegt in der Verantwortung des Vorstands. Das am Sitz der Gesellschaft angesiedelte Rechnungswesen ist für die Finanzbuchhaltung und das Controlling aller in den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG vollkonsolidiert einbezogenen Unternehmen zuständig. Das Rechnungswesen ist direkt dem Vorstand unterstellt.

Durch entsprechende organisatorische Maßnahmen wird sichergestellt, dass die gesetzliche Vorgabe, dass die Eintragungen in die Bücher und die sonstigen Aufzeichnungen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet zu erfolgen haben, erfüllt wird.

Der gesamte Prozess von der Beschaffung bis zur Zahlung unterliegt Regeln und Richtlinien, die wesentliche damit im Zusammenhang stehenden Risiken vermeiden sollen. Zu diesen Maßnahmen und Regeln zählen beispielsweise Funktionstrennungen, Unterschriftenordnungen, ausschließlich kollektive und auf wenige Personen eingeschränkte Zeichnungsermächtigung für Zahlungen sowie systemunterstützte Prüfungen durch die verwendete SAP-Software. Durch dieses systematische Kontrollmanagement ist es gewährleistet, dass die Rechnungslegung der Gesellschaft in Einklang mit den nationalen und internationalen Rechnungslegungsstandards sowie internen Richtlinien steht.

Zwischen Controlling und der Finanzbuchhaltung besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Informationen des internen und externen Rechnungswesens basieren auf derselben Datenbasis und werden monatlich für das Berichtswesen abgestimmt. Das Berichtswesen umfasst neben unmittelbar finanziellen Leistungsindikatoren (einschließlich Soll-Ist-Vergleiche) auch Informationen über sonstige für die Unternehmenssteuerung relevante Betriebskennzahlen.

Auf Basis dieses standardisierten Finanzberichtswesens wird der Vorstand laufend über alle relevanten Sachverhalte informiert. Bei bedeutenden Ereignissen erfolgt eine unmittelbare anlassbezogene Berichterstattung an den Vorstand.

Der Aufsichtsrat wird in zumindest einer pro Quartal stattfindenden Aufsichtsratssitzung über den laufenden Geschäftsgang inklusiver operativer Planung und mittelfristiger Strategie unterrichtet. In besonderen Fällen wird der Aufsichtsrat auch unmittelbar informiert. Die Überwachung des internen Kontrollsystems erfolgt durch regelmäßige Berichterstattung und Behandlung im Aufsichtsrat.

Wien, 11. Juni 2019



Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Mag. Lukas Praml
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

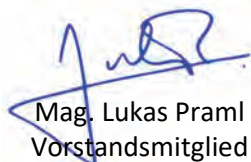
Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 124 Abs. 1 BörseG

Als gesetzliche Vertreter der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG bestätigen wir nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Mutterunternehmens zum 31. März 2019 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

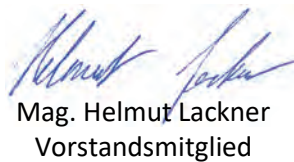
Wien. 11. Juni 2019



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Mag. Lukas Praml
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Tenschertstraße 7
1230 Wien